

Abonnieren Sie DeepL Pro, um dieses Dokument zu bearbeiten.  
Weitere Informationen finden Sie auf www.DeepL.com/Pro

**ZUSAMMENFASSUNG VON:**

[Richtlinie (EU) 2019/633 über unlautere Handelspraktiken in den Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen in der Lieferkette für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:32019L0633)

**WAS IST DAS ZIEL DER RICHTLINIE?**

* Sie enthält eine Mindestliste **verbotener unlauterer Handelspraktiken** zwischen Käufern und Lieferanten in der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette und legt Mindestregeln für die Durchsetzung fest.
* Es soll verhindern, dass größere Unternehmen kleine und mittlere Zulieferer aufgrund ihrer schwächeren Verhandlungsposition ausbeuten und dass die Kosten solcher Praktiken auf die Primärproduzenten abgewälzt werden.

**SCHLÜSSELPUNKTE**

Die Regeln schützen kleine und mittlere Lieferanten sowie größere Lieferanten mit einem Jahresumsatz von höchstens 350 Mio. €. Der Schutz hängt von der relativen Größe des Lieferanten und des Käufers in Bezug auf den Jahresumsatz ab. Diese Lieferanten werden nach Umsatz in 5 Unterkategorien eingeteilt:

* bis zu 2 Millionen €;
* 2-10 Mio. €;
* 10-50 Mio. €;
* 50-150 Millionen €; und
* 150-350 Mio. €.

**Verbot von unlauteren Handelspraktiken**

Die Richtlinie verbietet die folgenden **unlauteren Handelspraktiken** unter allen Umständen:

* Die [Zahlung](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:mi0074) für leicht verderbliche landwirtschaftliche Produkte und Lebensmittel erfolgt innerhalb von 30 Tagen;
* Die Zahlung für andere landwirtschaftliche Produkte und Lebensmittel erfolgt innerhalb von 60 Tagen;
* Kurzfristige Stornierungen von verderblichen Agrar- und Lebensmittelprodukten;
* einseitige Änderungen der Bedingungen des Liefervertrages durch den Käufer;
* vom Käufer geforderte Zahlungen, die nicht im Zusammenhang mit dem Verkauf eines Agrar- und Lebensmittelprodukts stehen;
* Zahlungen, die der Käufer für die Verschlechterung oder den Verlust von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Lebensmitteln verlangt, sofern diese Verschlechterung oder dieser Verlust nicht auf Fahrlässigkeit oder Verschulden des Lieferanten zurückzuführen ist;
* Weigerung des Käufers, trotz Aufforderung durch den Lieferanten eine schriftliche Bestätigung eines Liefervertrages zu erteilen;
* die missbräuchliche Verwendung von Betriebsgeheimnissen des Lieferanten durch den Käufer;
* gewerbliche Vergeltungsmaßnahmen des Käufers gegen den Lieferanten, wenn der Lieferant seine vertraglichen oder gesetzlichen Rechte ausübt;
* Übertragung der Kosten für die Prüfung von Kundenreklamationen auf die Produkte des Lieferanten, auch wenn keine Fahrlässigkeit oder kein Verschulden seitens des Lieferanten vorliegt.

Die Richtlinie verbietet die folgenden **unlauteren Handelspraktiken**, es sei denn, der Lieferant und der Käufer **haben sie** klar und eindeutig **vereinbart**:

* der Käufer unverkaufte Agrar- und Lebensmittelprodukte an den Lieferanten zurückgibt, ohne für diese unverkauften Produkte zu bezahlen oder ohne für die Entsorgung dieser Produkte zu bezahlen, oder beides;
* dem Lieferanten als Bedingung für die Bevorratung, Auslage oder Listung seiner Agrar- und Lebensmittelprodukte oder für die Bereitstellung solcher Produkte auf dem Markt eine Zahlung auferlegt wird;
* der Käufer bittet den Lieferanten um Rabatte auf landwirtschaftliche und Lebensmittelprodukte, die vom Käufer im Rahmen einer Werbeaktion verkauft werden;
* der Käufer den Lieferanten auffordert, für die Werbung oder Vermarktung von Agrar- und Lebensmittelprodukten durch den Käufer zu zahlen;
* der Käufer dem Lieferanten Personal für die Einrichtung von Räumlichkeiten, die für den Verkauf der Produkte des Lieferanten genutzt werden, in Rechnung stellt.

**Reklamationen und Vertraulichkeit**

Die EU-Länder benennen **nationale Durchsetzungsbehörden**. Lieferanten können sich bei der Durchsetzungsbehörde ihres eigenen Landes oder des Landes des Käufers, der einer verbotenen Handelspraxis verdächtigt wird, beschweren.

Wenn sie darum gebeten wird, muss die Vollstreckungsbehörde die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Identität des Beschwerdeführers und aller anderen Informationen zu schützen, die als schädlich für die Interessen des Beschwerdeführers oder der Lieferanten angesehen werden.

**Befugnisse der zuständigen Behörden**

Die Durchsetzungsbehörden müssen die Befugnisse und das Fachwissen haben, um:

* Untersuchungen einleiten und durchführen;
* benötigen Informationen von Käufern und Lieferanten;
* unangekündigte Inspektionen vor Ort durchführen;
* gegebenenfalls anordnen, dass eine verbotene Praxis eingestellt wird;
* gegen das Unternehmen, das den Verstoß begangen hat, Bußgelder und andere Strafen sowie einstweilige Maßnahmen zu verhängen oder ein Verfahren zur Verhängung solcher Strafen einzuleiten;
* Entscheidungen veröffentlichen.

Die EU-Länder können wirksame alternative freiwillige Streitbeilegungsmechanismen fördern.

Die EU-Länder müssen sicherstellen, dass die Durchsetzungsbehörden untereinander und mit der Kommission wirksam zusammenarbeiten und sich in Fällen mit grenzüberschreitender Dimension gegenseitig unterstützen.

Die [Europäische Kommission](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_commission.html) wird durch den [Ausschuss für die gemeinsameOrganisationder Agrarmärkte](http://ec.europa.eu/agriculture/committees/cmo_en) unterstützt, der mit der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 eingesetzt wurde (siehe Zusammenfassung [Die gemeinsameOrganisationder Agrarmärkte in der EU](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:0302_1)).

**AB WANN GILT DIE RICHTLINIE?**

Sie muss bis zum 1. Mai 2021 in den EU-Ländern Gesetz werden. Die EU-Länder müssen die Maßnahmen bis zum 1. November 2021 anwenden.

**ZUSAMMENFASSUNG VON:**

[Schlussfolgerungen - Entwicklung von Medienkompetenz und kritischem Denken durch Bildung und Training](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:52016XG0614(01))

**WAS IST DAS ZIEL DIESER SCHLUSSFOLGERUNGEN?**

* Diese Schlussfolgerungen lenken die Aufmerksamkeit auf die vielen Vorteile und Möglichkeiten, die das Internet und die sozialen Medien mit sich bringen, weisen aber auch auf die potenziellen Bedrohungen und Gefahren hin, die diese mit sich bringen können.
* Sie betonen die Bedeutung von Bildung und Ausbildung, um jungen Menschen zu helfen, medienkompetente und verantwortungsbewusste Bürger der Zukunft zu werden und um gewalttätigem Extremismus und Radikalisierung vorzubeugen.

**SCHLÜSSELPUNKTE**

* Ein Schlüsselelement der allgemeinen und beruflichen Bildung ist es, den jungen Menschen grundlegende Werte, wie sie im [Vertrag über die Europäische Union](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:12016M002) verankert sind, zu vermitteln und gleichzeitig ihre Fähigkeit zu unabhängigem und kritischem Denken zu fördern.
* Pädagogen und Ausbildungspersonal sollten unterstützt werden, damit kontroverse Themen im Unterricht offen diskutiert werden können und das Personal sich mit den Kenntnissen und Fähigkeiten auf dem Laufenden halten kann, die für den Zugang, die Interpretation, die Produktion und die verantwortungsvolle Nutzung von Medieninhalten erforderlich sind. Der Austausch von bewährten Praktiken zu Medienkompetenz und kritischem Denken sollte im Rahmen des [strategischen Rahmens ET2020](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=uriserv:ef0016) weiter gefördert werden.
* Um Medienkompetenz und kritisches Denken zu fördern, sollten EU-Fonds und -Programme wie [Erasmus+](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=uriserv:150102_1), die [Connecting Europe Facility](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/connecting_europe_facility.html), die [Europäischen Struktur- und Investitionsfonds](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/structural_cohesion_fund.html), [Horizont 2020](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/horizon_2020.html), [Kreatives Europa](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=uriserv:1002_1) und [Europa für Bürgerinnen und Bürger](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=uriserv:130106_2) von den EU-Ländern und der [Europäischen Kommission](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_commission.html) genutzt werden.

**HINTERGRUND**

* Medienkompetenz, die sich auf die Fähigkeit von Menschen bezieht, auf verschiedene Arten von Medien zuzugreifen, sie zu verstehen, zu gestalten und kritisch zu bewerten, ist ein Schlüssel zum aktiven Engagement im demokratischen Leben.
* Digitale Kompetenz, die den sicheren, kreativen und kritischen Umgang mit Informations- und Kommunikationstechnologien umfasst, ist eine entscheidende Komponente der Medienkompetenz. Allerdings verfügen 40 % der EU-Bürger über keine digitalen Kompetenzen.
* **ZUSAMMENFASSUNG VON:**
* [Entschließung des Europäischen Parlaments: Im Hinblick auf eine EU-Kinderrechtsstrategie (2007/2093(INI))](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:52008IP0012)
* **WAS IST DAS ZIEL DIESER RESOLUTION?**
* Die Entschließung ist ein weitreichender Ausblick auf Maßnahmen und Politiken, die das [Europäische Parlament](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_parliament.html) zum Schutz der Kinderrechte vorschlägt. Sie baut auf der Mitteilung "[Im Hinblick auf eine EU-Kinderrechtsstrategie](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:52006DC0367)" auf, die von der [Europäischen Kommission](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_commission.html) im Jahr 2006 ausgearbeitet wurde.
* **SCHLÜSSELPUNKTE**
* Die Entschließung begrüßt die Initiative der Kommission, die den politischen Willen anerkennt, dass Kinder in den Genuss der in der [UN-Konvention über die Rechte des Kindes](http://www.ohchr.org/EN/ProfessionalInterest/Pages/CRC.aspx) festgelegten Rechte kommen müssen.
* In der Entschließung wird gefordert, dass **die Rechte der Kinder im Mittelpunkt aller Politiken und außenpolitischen Maßnahmen der EU stehen** und dass alle internationalen Abkommen eine rechtsverbindliche Klausel zur Achtung der Rechte des Kindes enthalten müssen.
* Die Strategie sollte die **Bedeutung der Familie** als grundlegende Institution der Gesellschaft für das Überleben, den Schutz und die Entwicklung des Kindes anerkennen und fordert ein Monitoring, finanzielle Mittel und jährliche Berichte.
* Nicht alle EU-Länder haben einen **Ombudsmann** zur Wahrung der Rechte von Kindern ernannt.
* **Kinderbeteiligung**
* Kinder und Jugendliche haben das Recht, ihre Meinung zu äußern, wobei Mädchen und Jungen gleichermaßen beteiligt sind.
* **Gewalt**
* Die Gesetzgebung und präventive Maßnahmen werden angemahnt, um Gewalt, sexuellem Missbrauch, erniedrigender Bestrafung und schädlichen traditionellen Praktiken wie Genitalverstümmelung oder Zwangsehe zu begegnen. Sie verurteilt jede Form von physischer, psychischer und sexueller Gewalt, Folter, Ausbeutung, Geiselnahme, Menschenhandel oder Verkauf von Kindern oder ihren Organen.
* **Sexuelle Ausbeutung**
* Die sexuelle Ausbeutung von Kindern sollte bei der Anwendung rechtlicher Sanktionen als "Vergewaltigung" betrachtet werden, und die Bezahlung für Sex mit einem Minderjährigen sollte ein Verbrechen sein. Es sollte einen effektiveren rechtlichen Rahmen zum Schutz von Kindern geben, durch Institutionen wie [Europol](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/europol.html) und [Eurojust](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/eurojust.html), um Sextourismus, Kinderhandel und Pädophilie zu bekämpfen. EU-Bürger, die außerhalb der EU Straftaten im Zusammenhang mit Sextourismus begehen, sollten nach einem einheitlichen EU-Strafrecht behandelt werden.
* **Gefährdete Kinder**
* Die EU sollte jedes Kind, das sich in einer sozialen Situation befindet, die seine geistige oder körperliche Integrität gefährdet, als "**in Gefahr**" definieren. Jedes Kind, das Zeuge häuslicher Gewalt wird, gilt als Opfer einer Straftat. Es werden mehrere Initiativen (Informationskampagnen, Austausch bewährter Praktiken usw.) vorgeschlagen, um z. B. den Verkauf von Alkohol und Drogen zu erfassen.
* **Schädliche Medieninhalte**
* Die Resolution versucht, schädliche Medieninhalte zu verbieten, einschließlich Cyber-Mobbing und gewalttätige Videospiele, und erkennt das wachsende Phänomen des Austauschs von Kinderpornografie oder Bildern von sexuellem Missbrauch über mobile Messaging an. Sie fordert auch die Sperrung von Websites, die mit sexuellem Missbrauch zu tun haben.
* **Jugendkriminalität**
* Das Parlament fordert eine umfassende Antwort auf die "Jugendkriminalität" auf nationaler und EU-Ebene, durch Präventionsprogramme und die soziale Integration junger Straftäter zusätzlich zur rechtlichen Intervention. Es fordert außerdem einen Plan zur Prävention von Jugendkriminalität, um Mobbing in Schulen und Banden zu bekämpfen, und fördert Alternativen zum Gefängnis.
* **Kinderarmut und soziale Ausgrenzung**
* Als Teil der Strategie zur Bekämpfung der Familienarmut, die sich auf die Verhinderung von Unterernährung und Krankheiten und Missbrauch im Zusammenhang mit der sozialen oder rechtlichen Situation der Eltern konzentriert, sollte die EU darauf hinwirken, dass es in der EU keine obdachlosen Kinder oder Straßenkinder gibt.
* **Kinderarbeit**
* Kinder, die legal arbeiten, müssen für gleichwertige Arbeit gleich bezahlt werden. Sklaverei, Schuldknechtschaft und Arbeit, die der Gesundheit und Sicherheit schadet, werden verurteilt.
* **Adoption**
* Die Qualität der Informationen, der Vorbereitung und der Abwicklung internationaler Adoptionen sowie der Dienstleistungen nach der Adoption müssen verbessert werden. Die Adoption sollte im Land des Kindes oder international erlaubt sein, wobei Heimeinrichtungen nur eine vorübergehende Lösung darstellen.
* **Kinder mit Migrationshintergrund und Kinder in bewaffneten Konflikten**
* Besondere Aufmerksamkeit sollte Flüchtlings-, asylsuchenden und Migrantenkindern gewidmet werden, damit sie ihre Rechte unabhängig vom rechtlichen Status ihrer Eltern einfordern können. Unbegleitete Minderjährige sind häufig Opfer der Ausbeutung durch das organisierte Verbrechen. Gefordert werden auch Maßnahmen zum Schutz von Roma-Kindern sowie von Kindersoldaten und Kriegsopfern.
* **Ausbildung und Registrierung**
* Eine Verbesserung der Ausbildung und Erziehung von Kindern, insbesondere von Mädchen, und eine bessere Betreuung von Kleinkindern werden gefordert. Jedes Kind sollte registriert werden, unter Beachtung des Rechts, bei der Geburt eine Nationalität oder eine Identität zu erhalten.
* **Beiträge der EU-Länder zum EU-Haushalt**
* Die Europäische Union hat Regeln für die Methoden und Verfahren festgelegt, die von den EU-Ländern in Bezug auf ihre Beiträge zum [EU-Haushalt](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/budget.html), die als [EU-Eigenmittel](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/community_own_resources.html) bezeichnet werden, einzuhalten sind.
* **ACT**
* Verordnung (EU, Euratom) Nr. [609/2014](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:32014R0609) des Rates vom 26. Mai 2014 über die Methoden und das Verfahren zur Bereitstellung der traditionellen, der MwSt.- und der BNE-Eigenmittel sowie über die Maßnahmen zur Deckung des Kassenbedarfs (Neufassung)
* **ZUSAMMENFASSUNG**
* Die Europäische Union hat Regeln für die Methoden und Verfahren festgelegt, die von den EU-Ländern in Bezug auf ihre Beiträge zum [EU-Haushalt](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/budget.html), die als [EU-Eigenmittel](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/community_own_resources.html) bezeichnet werden, einzuhalten sind.
* **WAS BEWIRKT DIESE REGELUNG?**

|  |  |  |  |  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| - — | Sie regelt die Methoden und Verfahren, nach denen die EU-Länder der Europäischen Kommission die Eigenmittel der EU zur Verfügung stellen. Die Eigenmittel machen **den größten Teil der Einnahmen aus, mit denen der EU-Haushalt finanziert wird, und umfassen**:   |  |  | | --- | --- | | - — | Zölle, die auf Importe von außerhalb der EU erhoben werden, und Steuern auf die Zuckerproduktion innerhalb der EU, |  |  |  | | --- | --- | | - — | Einnahmen, die auf einem Anteil der von den EU-Ländern erhobenen Mehrwertsteuer (VAT) basieren, |  |  |  | | --- | --- | | - — | Einnahmen auf der Grundlage des Bruttonationaleinkommens\* (BNE) der einzelnen EU-Länder. | |

|  |  |
| --- | --- |
| - — | Sie definiert auch die Maßnahmen, um gegebenenfalls den Bedarf an liquiden Mitteln (d. h. den Cashflow-Bedarf) zu decken. |

* **SCHLÜSSELPUNKTE**

|  |  |
| --- | --- |
| - — | Die Eigenmittel müssen der Europäischen Kommission zur Verfügung stehen, damit sie die notwendigen, im Haushalt vereinbarten Zahlungen leisten kann. |

|  |  |
| --- | --- |
| - — | Die EU-Länder müssen über die von ihnen erhobenen Eigenmittel Buch führen und dokumentieren und diese der Kommission jederzeit vorlegen können. |

|  |  |
| --- | --- |
| - — | Jedes EU-Land muss die Eigenmittel auf das im Namen der Kommission eröffnete Konto bei seinem Schatzamt oder der von ihm benannten Stelle gutschreiben. |

|  |  |
| --- | --- |
| - — | Die EU-Länder müssen eine getrennte Buchführung für nicht eingezogene Forderungen führen. Sie müssen Einzelheiten über diese Konten angeben und der Kommission vierteljährliche Erklärungen vorlegen. Auf diese Weise kann die Kommission die Maßnahmen der EU-Länder zur Einziehung der Eigenmittel überwachen, insbesondere derjenigen, die durch Betrug oder Unregelmäßigkeiten gefährdet sind. |

|  |  |
| --- | --- |
| - — | Um die Finanzierung des EU-Haushalts unter allen Umständen zu gewährleisten, müssen die EU-Länder der EU die im Haushaltsplan ausgewiesenen Eigenmittel in Form von konstanten monatlichen Zwölfteln zur Verfügung stellen. Sie können die zur Verfügung gestellten Beträge später entsprechend der tatsächlichen Bemessungsgrundlage der MwSt.-Eigenmittel und den entsprechenden Änderungen des BNE anpassen, sobald diese vollständig bekannt sind. |

|  |  |
| --- | --- |
| - — | Es sollte geklärt werden, wie sich Änderungen der BNE-Daten, die nach dem Ende des jeweiligen Haushaltsjahres vorgenommen werden, auf die Finanzierung der Bruttokürzungen (die Kürzungen der BNE-Beiträge bestimmter EU-Länder) auswirken. |

* **WANN GILT DIESE REGELUNG?**
* Ab 1. Januar 2014.
* **HINTERGRUND**
* Die Verordnung (EU, Euratom) Nr. [609/2014](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:32014R0609) ist einer von drei Rechtsakten, die das sogenannte "Eigenmittelpaket" in Verbindung mit dem [mehrjährigen Finanzrahmen](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/multiannual_financial_framework.html) der EU - dem EU-Haushalt für den Zeitraum 2014-2020 - bilden. Die beiden anderen Rechtsakte des Pakets sind:

|  |  |
| --- | --- |
| - — | [Beschluss 2014/335/EU, Euratom des](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=uriserv:0601_3) Rates über das System der Eigenmittel der Europäischen Union, |

|  |  |
| --- | --- |
| - — | [Verordnung (EU, Euratom) Nr. 608/2014](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=uriserv:0601_4) des Rates vom 26. Mai 2014 zur Festlegung von Durchführungsmaßnahmen für das System der Eigenmittel der Europäischen Union. |

**Leitlinien zum Begriff der Beeinträchtigung des Handels**

**ZUSAMMENFASSUNG VON:**

[Leitlinien zum Begriff der Beeinträchtigung des Handels in den Artikeln 101 und 102 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:52004XC0427%2806%29)

**WAS IST DAS ZIEL DER RICHTLINIEN?**

* [Artikel 101](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=celex:12016E101) AEUV (ex-Artikel 81 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EGV)) verbietet Kartelle\* und Verhaltensweisen, die den Wettbewerb verhindern, einschränken oder verfälschen (vertikale\* und horizontale Vereinbarungen\*), mit bestimmten Ausnahmen (spezifiziert in Artikel 101 Absatz 3).
* [Artikel 102](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=celex:12016E102) AEUV (ex-Artikel 82 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EGV)) verbietet den Missbrauch durch Unternehmen mit einer marktbeherrschenden Stellung.
* Die beiden Artikel finden nur Anwendung, wenn festgestellt werden kann, dass Vereinbarungen und Verhaltensweisen geeignet sind, **den Handel zwischen EU-Ländern *spürbar* zu beeinträchtigen**.
* Diese Leitlinien [der Europäischen Kommission](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_commission.html) sollen die Methodik für die Anwendung des Konzepts der **Beeinträchtigung des Handels** zwischen EU-Ländern in Bezug auf Wettbewerbsfälle erläutern und darlegen und damit die Rechtsprechung des Gerichtshofs [der Europäischen Union](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/eu_court_justice.html) widerspiegeln.

**SCHLÜSSELPUNKTE**

* Im Falle von **Artikel 101 AEUV unterliegt**, wenn die Vereinbarung als Ganzes geeignet ist, den Handel zwischen EU-Ländern zu beeinträchtigen, die gesamte Vereinbarung dem EU-Recht, einschließlich aller Teile der Vereinbarung, die für sich genommen den Handel zwischen EU-Ländern nicht beeinträchtigen. In Fällen, in denen sich die vertraglichen Beziehungen zwischen denselben Parteien auf mehrere Tätigkeiten erstrecken, müssen diese Tätigkeiten, um Teil derselben Vereinbarung zu sein, unmittelbar miteinander verbunden und integraler Bestandteil derselben Gesamtgeschäftsvereinbarung sein. Ist dies nicht der Fall, stellt jede Tätigkeit eine separate Vereinbarung dar.
* Im Falle von **Artikel 102 AEUV** muss der Missbrauch den Handel zwischen EU-Ländern beeinträchtigen. Verhaltensweisen, die Teil einer von dem marktbeherrschenden Unternehmen verfolgten Gesamtstrategie sind, müssen im Hinblick auf ihre Gesamtauswirkungen beurteilt werden. Wendet ein marktbeherrschendes Unternehmen verschiedene Praktiken an, um dasselbe Ziel zu verfolgen (z. B. die Ausschaltung oder den Ausschluss von Wettbewerbern), so reicht es für die Anwendbarkeit von Artikel 102 AEUV auf alle Praktiken, die Teil dieser Gesamtstrategie sind, aus, dass mindestens eine dieser Praktiken geeignet ist, den Handel zwischen EU-Ländern zu beeinträchtigen.
* Die Richtlinien konzentrieren sich auf 3 Hauptaspekte und versuchen zu klären:
  + das **Konzept des Handels zwischen EU-Ländern**, das sich nicht auf den traditionellen grenzüberschreitenden Austausch von Waren und Dienstleistungen beschränkt. Es ist ein weiter gefasster Begriff, der alle grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Aktivitäten einschließlich der Niederlassung\* umfasst. Das Konzept impliziert, dass es eine Auswirkung auf die grenzüberschreitende Wirtschaftstätigkeit geben muss, die mindestens (Teile von) 2 EU-Ländern betrifft;
  + die Bedeutung der Worte **"zu beeinträchtigen geeignet"**, die die Art der erforderlichen Auswirkungen auf den Handel zwischen EU-Ländern definieren. Nach dem vom Gerichtshof entwickelten Standardtest muss auf der Grundlage einer Reihe objektiver rechtlicher oder tatsächlicher Faktoren mit **hinreichender Wahrscheinlichkeit zu** erwarten sein, dass die Vereinbarung oder Verhaltensweise einen direkten oder indirekten, tatsächlichen oder potenziellen Einfluss auf den Warenverkehr zwischen EU-Ländern haben kann. In Fällen, in denen die Vereinbarung oder Verhaltensweise geeignet ist, die Wettbewerbsstruktur innerhalb der EU zu beeinträchtigen, ist die Zuständigkeit des EU-Rechts gegeben;
  + der Begriff der **"Spürbarkeit"**: Das Kriterium der Beeinträchtigung des Handels enthält ein **quantitatives Element**, das die Zuständigkeit des EU-Rechts auf Vereinbarungen und Verhaltensweisen beschränkt, die geeignet sind, Auswirkungen einer bestimmten Größenordnung zu verursachen. Die Spürbarkeit kann insbesondere unter Bezugnahme auf die Stellung und die Bedeutung der betreffenden Unternehmen auf dem Markt für die betreffenden Produkte beurteilt werden. Diese Beurteilung hängt von den Umständen des jeweiligen Einzelfalls ab, insbesondere von der Art der Vereinbarung und der Verhaltensweise, der Art der erfassten Produkte und der Marktstellung der beteiligten Unternehmen.
* Die Kommission ist der Auffassung, dass Vereinbarungen grundsätzlich **nicht** geeignet sind, den Handel zwischen EU-Ländern spürbar zu beeinträchtigen, wenn zwei Bedingungen gleichzeitig erfüllt sind:
  + der **aggregierte Marktanteil** der Parteien auf dem relevanten Markt in der EU nicht mehr als 5 % beträgt; und
  + bei **horizontalen** Vereinbarungen der **Gesamtjahresumsatz** der Unternehmen mit den betreffenden Produkten 40 Mio. € nicht übersteigt. Bei **vertikalen Vereinbarungen darf** der **Gesamtumsatz des Lieferanten** mit den betreffenden Produkten 40 Mio. EUR nicht überschreiten.
* Die Leitlinien enthalten eine Analyse verschiedener Formen von Vereinbarungen und Praktiken, die einen Hinweis darauf geben, wie das Konzept der Handelsauswirkungen in der Praxis angewendet werden sollte.
* Das Kriterium der Beeinträchtigung des Handels ist ein eigenständiges EU-rechtliches Zuständigkeitskriterium. Es muss in jedem Einzelfall gesondert beurteilt werden und ist eine von der Wettbewerbsbeschränkung getrennte Beurteilung.

**AB WANN GELTEN DIE RICHTLINIEN?**

Sie haben sich seit dem 27. April 2004 beworben.

**Einsicht in die Akte der Europäischen Kommission in Fusions- und Kartellfällen**

**ZUSAMMENFASSUNG VON:**

[Bekanntmachung der Kommission über die Regeln für die Einsicht in die Kommissionsakte in Fusions- und Kartellfällen](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:52005XC1222%2803%29)

**WAS IST DAS ZIEL DER KOMMISSIONSMITTEILUNG?**

Sie enthält Regeln für die Einsichtnahme in die Akten [der Europäischen Kommission](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_commission.html) durch Parteien, die an Fusions- und Kartellverfahren beteiligt sind. Die Bekanntmachung zielt darauf ab, die Transparenz der Wettbewerbsverfahren zu verbessern, und unterstreicht das Engagement der Kommission für ein ordnungsgemäßes Verfahren und das Recht der Parteien auf Verteidigung.

**SCHLÜSSELPUNKTE**

Die Akteneinsicht soll die wirksame Ausübung der Verteidigungsrechte gegen etwaige Einwände der Kommission in Fällen nach [Artikel 101](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:12016E101) und [Artikel 102](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:12016E102) des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union sowie in Fällen nach der [Fusionskontrollverordnung](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:l26096) ermöglichen, die das Verfahren zur Kontrolle bestimmter Zusammenschlüsse von Unternehmen regelt.

**Artikel 101** (ex-Artikel 81 EG-Vertrag) verbietet Vereinbarungen zwischen Unternehmen und Unternehmensvereinigungen, die den Wettbewerb einschränken, z. B. Preisabsprachen oder Marktaufteilung. **Artikel 102 (ex-Artikel** 82 EG-Vertrag) verbietet Unternehmen, die eine marktbeherrschende Stellung missbrauchen, indem sie z. B. unfaire Preise verlangen, die Produktion beschränken oder Innovationen verweigern.

**Wer hat das Recht auf Einsicht in die Datei?**

Akteneinsicht wird auf Antrag den Personen, Unternehmen oder Unternehmensvereinigungen gewährt, an die die Kommission Beschwerdepunkte gerichtet hat. In der Mitteilung wird klargestellt, wer das Recht hat, Akteneinsicht zu beantragen und unter welchen Umständen. Personen, Unternehmen oder Unternehmensvereinigungen, die eine **Mitteilung der Beschwerdepunkte\* erhalten haben,** haben das Recht, **alle Beweise** in der Ermittlungsakte der Kommission einzusehen, unabhängig davon, ob sie belastend oder entlastend sind.

In der Mitteilung wird ein gesondertes Recht eingeräumt, das Beschwerdeführern in Kartellfällen und anderen Beteiligten in Fusionsfällen **begrenzte Einsicht** in bestimmte Unterlagen der Akte gewährt. Diese Rechte werden gesondert behandelt, da sie sich in Umfang, Art und Zeitpunkt von dem Recht auf Akteneinsicht unterscheiden, das den Adressaten einer Mitteilung der Beschwerdepunkte gewährt wird.

Das Recht auf Akteneinsicht in Wettbewerbsfällen **unterscheidet sich** von dem [allgemeinen Recht auf Zugang zu Dokumenten](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:l14546) nach der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001. Das Recht auf Akteneinsicht wurde zu einem anderen Zweck eingeführt und unterliegt anderen Regeln.

**Zugängliche und nicht-zugängliche Dokumente**

Die **Kommissionsakte** enthält **alle Unterlagen, die zu dem konkreten Verfahren gehören**, auf das sich die Mitteilung der Beschwerdepunkte stützt. In der Mitteilung wird angegeben, welche Arten von Unterlagen zugänglich sind und welche nicht. **Nur 2 Arten von Informationen sind nicht zugänglich**:

* interne Dokumente, die sowohl interne Dokumente der Kommission als auch Dokumente, die zwischen der Kommission und anderen Behörden ausgetauscht werden, umfassen;
* Geschäftsgeheimnisse und andere vertrauliche Informationen, deren Offenlegung einer Person oder einem Unternehmen ernsthaften Schaden zufügen könnte. Soweit möglich, gewährt die Kommission Zugang zu nicht vertraulichen Fassungen der Originalinformationen.

**Verantwortlichkeiten der Parteien, die Informationen einreichen**

Um den Schutz von Geschäftsgeheimnissen und anderen vertraulichen Informationen zu gewährleisten, muss jede Person, die Informationen an die Kommission übermittelt, diese auch einreichen:

* Material, das sie als vertraulich betrachten, deutlich kennzeichnen;
* eine separate nicht-vertrauliche Version bereitstellen;
* in Kartellverfahren, eine kurze Beschreibung jeder gelöschten Information liefern.

**Vertraulichkeitsansprüche**

In der Bekanntmachung werden die Kriterien beschrieben, die die Kommission bei der Beurteilung von **Anträgen auf vertrauliche Behandlung** zugrunde legt. Sie sieht auch vor, dass die Notwendigkeit, die Verteidigungsrechte zu wahren, das Anliegen, vertrauliche Informationen zu schützen, überwiegen kann.

Er bestätigt, dass die Kommission den Zugang entweder in elektronischer Form oder in Papierform gewähren kann.

**HINTERGRUND**

Für weitere Informationen siehe:

* [Kartellrecht](http://ec.europa.eu/competition/antitrust/legislation/legislation.html) (*Europäische Kommission*)
* [Fusionsgesetzgebung](http://ec.europa.eu/competition/mergers/legislation/legislation.html) (*Europäische Kommission*).

**SCHLÜSSELBEGRIFFE**

**Mitteilung der Beschwerdepunkte:** Erklärung der Kommission zu ihrer vorläufigen Auffassung, dass die Adressaten möglicherweise gegen die Wettbewerbsregeln verstoßen haben.

**Stärkung der EU-Verbraucherrechte**

**ZUSAMMENFASSUNG VON:**

[Richtlinie 2011/83/EU über Rechte der Verbraucher](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:32011L0083)

[Richtlinie (EU) 2019/2161 zur Änderung der Richtlinie 93/13/EWG sowie der Richtlinien 98/6/EG, 2005/29/EG und 2011/83/EU im Hinblick auf die bessere Durchsetzung und Modernisierung der EU-Verbraucherschutzvorschriften](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:32019L2161)

**WAS IST DAS ZIEL DER RICHTLINIEN?**

**Die Richtlinie 2011/83/EU** zielt darauf ab:

* Erhöhung des Verbraucherschutzes durch Harmonisierung mehrerer zentraler Aspekte der nationalen Gesetzgebung zu Verträgen zwischen Kunden und Verkäufern;
* den Handel zwischen EU-Ländern zu fördern, insbesondere für Verbraucher, die online einkaufen;

Die Richtlinie ersetzte die Fernabsatzrichtlinie ([97/7/EG)](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:31997L0007) und die Haustürgeschäftrichtlinie ([85/577/EWG)](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:31985L0577).

Die **Richtlinie (EU) 2019/2161** zur besseren Durchsetzung und Modernisierung der EU-Verbraucherschutzvorschriften ändert die Richtlinie 2011/83/EU. Die Änderungen erhöhen den Schutz für EU-Verbraucher in mehreren Bereichen, z. B. bei Käufen über Online-Marktplätze, bei der Transparenz der Preispersonalisierung\* und beim Ranking von Online-Angeboten sowie bei den Verbraucherrechten bei der Nutzung "kostenloser" Online-Dienste.

**SCHLÜSSELPUNKTE**

**Umfang**

* Mit einigen Ausnahmen wie [Pauschalreisen](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:090405_1) oder Finanzdienstleistungen wie [Verbraucherkrediten](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:co0001) und [Versicherungen](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:24040301_1) deckt die **Richtlinie 2011/83/EU**, geändert durch die Richtlinie (EU) 2019/2161, ein breites Spektrum von Verträgen zwischen Unternehmern und Verbrauchern ab, nämlich **Kaufverträge\***, **Dienstleistungsverträge\***, **Verträge über digitale Online-Inhalte** und **Verträge über die Lieferung von Wasser, Gas, Strom und Fernwärme**). Sie gilt für Verträge, die in Geschäften geschlossen werden, und für Verträge, die außerhalb von Geschäftsräumen (z. B. in der Wohnung des Verbrauchers) oder im Fernabsatz (z. B. online) geschlossen werden.
* Die **Änderungsrichtlinie (EU) 2019/2161** erweitert den Anwendungsbereich der Richtlinie 2011/83/EU auf Verträge, bei denen der Unternehmer dem Verbraucher eine **digitale Dienstleistung\*** oder einen **digitalen Inhalt\*** liefert oder sich dazu verpflichtet, und der Verbraucher **personenbezogene Daten\*** bereitstellt oder sich dazu verpflichtet. Außerdem wird die Situation von Produkten geklärt, die Verbrauchern auf **Online-Marktplätzen\*** angeboten werden, bei denen sowohl der Anbieter des Online-Marktplatzes als auch der Drittanbieter an der Bereitstellung der in der Richtlinie 2011/83/EU vorgeschriebenen **vorvertraglichen Informationen** beteiligt sind.

**Informationspflichten**

* Vor dem Abschluss eines Vertrages müssen Gewerbetreibende dem Verbraucher in klarer, verständlicher Sprache Informationen zur Verfügung stellen, wie z. B:
  + ihre **Identität und Kontaktdaten**;
  + **die Haupteigenschaften des Produkts**; und
  + die **geltenden Bedingungen**, einschließlich der Zahlungsbedingungen, der Lieferzeit, der Erfüllung und der Dauer des Vertrages sowie der Kündigungsbedingungen.
* In **Geschäften** müssen nur Informationen angegeben werden, die nicht bereits offensichtlich sind.
* Die Informationspflichten, insbesondere über das Widerrufsrecht, sind bei Verträgen, die im Fernabsatz (z. B. per Post, Telefon oder online) geschlossen werden, und bei Verträgen, die außerhalb von Geschäftsräumen geschlossen werden (z. B. wenn ein Gewerbetreibender die Wohnung eines Verbrauchers besucht), **detaillierter**.
* Die Änderungsrichtlinie (EU) 2019/2161 enthält einen neuen Artikel, der sich mit den **besonderen Informationspflichten** für auf Online-Marktplätzen geschlossene Verträge befasst. Online-Marktplätze sind verpflichtet, Verbraucher darüber zu informieren, ob der Drittanbieter ein Unternehmer oder ein Nichtunternehmer (ein Verbraucher) ist, den Verbraucher über die Nichtanwendbarkeit der EU-Verbraucherschutzvorschriften auf Verträge mit Nichtunternehmern zu warnen und zu erklären, wer für die Erfüllung des Vertrags verantwortlich ist: der Drittanbieter oder der Online-Marktplatz selbst.
* Außerdem verpflichtet die Änderungsrichtlinie (EU) 2019/2161 Händler dazu, Verbraucher darüber zu informieren, ob der Preis auf der Grundlage einer automatisierten Entscheidungsfindung personalisiert wurde.

**Rücktrittsrecht**

* Verbraucher können von **Fernabsatz- und außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen** innerhalb von 14 Tagen nach Lieferung der Ware\* oder Abschluss des Dienstleistungsvertrags, vorbehaltlich bestimmter Ausnahmen, ohne Angabe von Gründen und Kosten zurücktreten. Ein vom Verkäufer zur Verfügung gestelltes Standard-Widerrufsformular reicht aus. Werden die Verbraucher nicht über ihre Rechte belehrt, verlängert sich die Widerrufsfrist um 12 Monate.
* **Ausnahmen** gelten unter verschiedenen Umständen, z. B. für schnell verderbliche Waren, versiegelte, vom Verbraucher geöffnete Waren, die aus gesundheitlichen oder hygienischen Gründen nicht zurückgegeben werden können, und Hotelreservierungen oder Autovermietungen, die an bestimmte Termine gebunden sind. Ausnahmen gelten unter bestimmten Umständen auch für **Verträge über die Lieferung digitaler Inhalte**, die nicht auf einem materiellen Datenträger geliefert werden, wenn die Leistung begonnen hat.
* Wenn Verbraucher von einem Vertrag zurücktreten, müssen sie es unterlassen, die **digitalen Inhalte** oder den **digitalen Service zu** nutzen und sie Dritten zur Verfügung zu stellen.

**Keine ungerechtfertigten Zahlungskosten oder zusätzliche Gebühren**

* Gewerbetreibende dürfen von Verbrauchern keine Gebühren verlangen, die über den Kosten liegen, die der Gewerbetreibende für die betreffende Zahlungsart zu tragen hat.
* Wenn der Verbraucher bei einem Gewerbetreibenden anruft, um sich über den abgeschlossenen Vertrag zu erkundigen oder zu beschweren, darf er nicht mehr als die Telefongrundgebühr bezahlen.
* Gewerbetreibende müssen die ausdrückliche Zustimmung eines Verbrauchers haben, wenn sie zusätzliche kostenpflichtige Dienste anbieten. Vorgekreuzte Kästchen auf einem Bestellformular dürfen für solche Zahlungen nicht verwendet werden.

**Strafen**

* Die **Änderungsrichtlinie (EU) 2019/2161** verpflichtet die EU-Länder zur Einführung wirksamer, verhältnismäßiger und abschreckender Sanktionen, um Händler zu bestrafen, die gegen die nationalen Vorschriften zur Umsetzung der Richtlinie verstoßen.
* Die Änderungsrichtlinie (EU) 2019/2161 führt eine Liste von Kriterien ein, die bei der Verhängung von Bußgeldern anzuwenden sind. Außerdem müssen die EU-Länder die Möglichkeit vorsehen, Geldbußen in Höhe von mindestens 4 % des Umsatzes eines Händlers bzw. 2 Mio. EUR zu verhängen, wenn keine Informationen über den Umsatz des Händlers verfügbar sind, wenn sie in Zusammenarbeit größere grenzüberschreitende Verstöße feststellen, die Verbraucher in mehreren EU-Ländern betreffen.

**AB WANN GELTEN DIE RICHTLINIEN?**

Die **Richtlinie 2011/83/EU** gilt seit dem 12. Dezember 2011 und musste bis zum 13. Dezember 2013 in den EU-Ländern Gesetz werden. Sie gilt für Verträge, die nach dem 13. Juni 2014 geschlossen werden.

Die **Änderungsrichtlinie (EU) 2019/2161** muss bis zum 28. November 2021 in den EU-Ländern Gesetz werden und gilt ab dem 28. Mai 2022.

**HINTERGRUND**

Für weitere Informationen siehe:

* [Verbraucherschutz](http://ec.europa.eu/info/policies/consumers/consumer-protection_en) (*Europäische Kommission*)
* [Factsheet - New Deal: Welche Vorteile erhalte ich als Verbraucher?](http://ec.europa.eu/info/files/factsheet-new-deal-what-benefits-will-i-get-consumer_en) (*Europäische Kommission*).

**SCHLÜSSELBEGRIFFE**

**Preispersonalisierung:** Hier kann ein Verkäufer/Dienstleister Preise festlegen, die für verschiedene Kunden personalisiert sind. Dies wird durch die Entwicklung von Big Data und Analytik zunehmend möglich und ist eine Form der Preisdiskriminierung (bei der ein Verkäufer ein identisches Produkt zu unterschiedlichen Preisen an verschiedene Marktsegmente verkaufen kann). Personalisierte Preisgestaltung liegt vor, wenn Unternehmen unterschiedliche Preise für einzelne Verbraucher festlegen oder Produkte individuell auf die Präferenzen der Verbraucher abstimmen.

**Kaufvertrag:** jeder Vertrag, mit dem der Gewerbetreibende das Eigentum an Waren auf den Verbraucher überträgt oder sich dazu verpflichtet, einschließlich aller Verträge, die sowohl Waren als auch Dienstleistungen zum Gegenstand haben.

**Dienstleistungsvertrag:** jeder Vertrag, bei dem es sich nicht um einen Kaufvertrag handelt und bei dem der Gewerbetreibende dem Verbraucher eine Dienstleistung erbringt oder sich zu deren Erbringung verpflichtet und der Verbraucher den Preis dafür zahlt oder sich zu dessen Zahlung verpflichtet.

**Digitaler Dienst:**

* eine Dienstleistung, die es dem Verbraucher ermöglicht, Daten in digitaler Form zu erstellen, zu verarbeiten, zu speichern oder darauf zuzugreifen; oder
* ein Dienst, der die gemeinsame Nutzung von oder jede andere Interaktion mit Daten in digitaler Form ermöglicht, die vom Verbraucher oder anderen Nutzern dieses Dienstes hochgeladen oder erstellt wurden.

**Digitale Inhalte:** Daten, die in digitaler Form produziert und geliefert werden.

**Personenbezogene Daten:** alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare Person beziehen.

**Online-Marktplatz:** ein Dienst unter Verwendung von Software, einschließlich einer Website, eines Teils einer Website oder einer Anwendung, der von einem Gewerbetreibenden oder in seinem Namen betrieben wird und es Verbrauchern ermöglicht, Fernabsatzverträge mit anderen Gewerbetreibenden oder Verbrauchern abzuschließen.

**Waren:**

* alle physischen, beweglichen Gegenstände, einschließlich Wasser, Gas und Elektrizität, wenn sie in einem begrenzten Volumen oder in einer bestimmten Menge verkauft werden;
* alle körperlichen, beweglichen Gegenstände, die digitale Inhalte oder einen digitalen Dienst enthalten oder mit diesen so verbunden sind, dass das Fehlen dieser digitalen Inhalte oder dieses digitalen Dienstes die Waren an der Erfüllung ihrer Funktionen hindern würde ("Waren mit digitalen Elementen").

**Internationale Kulturbeziehungen - eine EU-Strategie**

**ZUSAMMENFASSUNG VON:**

[Gemeinsame Mitteilung (JOIN (2016)29 final) - Strategie der internationalen kulturellen Zusammenarbeit](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:52016JC0029)

[Artikel 6 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:12016E006)

**WAS IST DAS ZIEL DER MITTEILUNG UND ARTIKEL 6 TFEU?**

* In der Mitteilung wird eine Strategie für effektivere internationale Kulturbeziehungen (d. h. den Austausch von Ideen, Ansichten und Meinungen zwischen verschiedenen Kulturen) vorgeschlagen, um die Priorität der [Europäischen Kommission zu](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_commission.html) unterstützen, die EU zu einem stärkeren globalen Teilnehmer, einem besseren internationalen Partner und einem wichtigeren Beitrag zu nachhaltigem Wachstum zu machen.
* Es stellt ein **Modell für die kulturelle Zusammenarbeit** zwischen EU-Ländern, nationalen Kulturorganisationen sowie privaten und öffentlichen Einrichtungen vor, die sich der "Kulturdiplomatie" bedienen, um eine globale Ordnung zu fördern, die auf Frieden, [Rechtsstaatlichkeit](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/rule_of_law.html), Meinungsfreiheit, gegenseitigem Verständnis und der Achtung der Grundwerte beruht.
* Obwohl die Kulturpolitik in erster Linie eine Angelegenheit der EU-Länder selbst ist, kann die EU gemäß Artikel 6 AEUV eine Rolle bei der Unterstützung, Koordinierung und Ergänzung der Aktivitäten der EU-Länder in diesem Bereich spielen.

**SCHLÜSSELPUNKTE**

Bei Kultur geht es nicht nur um Kunst oder Literatur. Sie umfasst ein breites Spektrum an Aktivitäten, vom interkulturellen Dialog\* bis zum Tourismus, von Bildung und Forschung bis zur Kreativwirtschaft, vom Schutz des kulturellen Erbes bis zur Förderung neuer Technologien und vom Kunsthandwerk bis zur Entwicklungszusammenarbeit.

Sie spielt auch eine wichtige Rolle in der **EU-Außenpolitik**, wo kulturelle Zusammenarbeit Stereotypen und Vorurteilen entgegenwirkt und der Dialog Konflikte verhindern und die Versöhnung fördern kann. Sie hilft bei der Bewältigung globaler Herausforderungen wie der Integration von Flüchtlingen, der Bekämpfung von gewalttätiger Radikalisierung und dem Schutz des kulturellen Erbes der Welt.

Kultur kann auch ein Instrument sein, um wichtige **soziale und wirtschaftliche Vorteile** zu erzielen**,** wie z. B. Bürgerbeteiligung und Tourismuseinnahmen, sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU.

Die Strategie baut auf früheren Mitteilungen über [Kultur und die internationalen Beziehungen der EU](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:cu0002) sowie über [die Rolle der Kultur in der Entwicklungszusammenarbeit der EU](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:11010202_3) auf und aktualisiert diese. Sie konzentriert sich auf die Stärkung der kulturellen Zusammenarbeit in **drei Hauptbereichen**:

* **Förderung einer nachhaltigen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung** durch Stärkung der Kultur- und Kreativwirtschaft und Unterstützung der Rolle der lokalen Behörden. Beispiele dafür in Aktion sind:
  + das [Programm"Creative Networks"](http://www.asef.org/projects/programmes/2955-asef-creative-networks) der Asia-Europe Foundation;
  + EU-Unterstützung im südlichen Mittelmeerraum für ein Projekt zur Entwicklung von Clustern in der Kultur- und Kreativwirtschaft mit der [UNIDO (United Nations Industrial DevelopmentOrganisation](http://www.unido.org/));
  + ein [europäisches Netzwerk von Creative Hubs](http://creativehubs.eu/), an dem alle Länder beteiligt sind, die am [Programm"Kreatives Europa"](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:1002_1) teilnehmen (einschließlich Serbien, Moldawien, Türkei, Georgien und Ukraine).
* Förderung von friedlichen Beziehungen zwischen Gemeinschaften und Völkern mit unterschiedlichen religiösen Überzeugungen. Der Dialog kann dazu beitragen, faire, friedliche und inklusive Gesellschaften zu fördern, die die Menschenrechte respektieren und lokale Befindlichkeiten berücksichtigen, wobei die Maßnahmen auf die jeweiligen kulturellen Kontexte und Interessen zugeschnitten sind. Dies schließt ein:
  + Programme zur Förderung der Kultur innerhalb der [Östlichen Partnerschaft](https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/neighbourhood/eastern-partnership_en), an der Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldawien und die Ukraine beteiligt sind;
  + Unterstützung der [Anna-Lindh-Stiftung](http://www.annalindhfoundation.org/) und ihres Netzwerks von Organisationen in den 42 Ländern der [Union für den Mittelmeerraum](http://ufmsecretariat.org/).
* **Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich des kulturellen Erbes** durch Förderung der Forschung, Bekämpfung des illegalen Handels mit Kulturgütern und Unterstützung des Schutzes von Kulturerbestätten. Die Rehabilitierung und Förderung des kulturellen Erbes zieht den Tourismus an und fördert das Wirtschaftswachstum. Beispiele hierfür sind:
  + Forschung im Rahmen von [Horizont 2020](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:2701_3), um neue Wege zur Erhaltung und zum Umgang mit dem vom Klimawandel bedrohten Kulturerbe zu finden, an denen sich auch Nicht-EU-Länder beteiligen können;
  + Bekämpfung des illegalen Handels mit Kulturgütern, einschließlich der Unterstützung der Ausbildung von Zollbeamten bei Grenzkontrollen, um die frühzeitige Erkennung von gestohlenen Artefakten zu erleichtern;
  + Zusammenarbeit mit der [UNESCO](http://en.unesco.org/), um einen **Krisenreaktionsmechanismus** zum Schutz von Kulturerbestätten einzurichten. Der [Regionale Treuhandfonds der EU als Reaktion auf die Syrien-Krise](https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/neighbourhood/countries/syria/madad_en) wird ebenfalls zum Schutz des kulturellen Erbes und zur Förderung der kulturellen Vielfalt beitragen.

Die Zusammenarbeit der EU im Kulturbereich umfasst sowohl die EU als auch die Entwicklungsländer und kann durch folgende Maßnahmen verbessert werden:

* Ressourcen bündeln und in Nicht-EU-Ländern zusammenarbeiten;
* bessere Zusammenarbeit mit nationalen Kulturinstituten innerhalb der EU;
* die verstärkte Nutzung von EU-Botschaften in Nicht-EU-Ländern ([Delegationen](https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/about/eu-delegations_en));
* die Einrichtung von europäischen Kulturhäusern, die Dienstleistungen für die lokale Bevölkerung erbringen, gemeinsame Projekte durchführen und Stipendien sowie Kultur- und Bildungsaustausch anbieten sollen;
* gemeinsame EU-Kulturveranstaltungen;
* Fokus auf strategische internationale Partner;
* Austausch von Studenten, Forschern und Alumni zwischen EU- und Nicht-EU-Ländern.

Diese kulturelle Strategie kann gefördert werden, indem vorhandene Ressourcen genutzt werden, wie z. B.:

* [Partnerschaftsinstrument](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:28_1) (EU-Outreach-Instrument)
* [Europäisches Instrument für Demokratie und Menschenrechte](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:1302_1)
* [Instrument, das zu Stabilität und Frieden beiträgt](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:110102_3)
* [ProgrammKreatives Europa](https://eacea.ec.europa.eu/creative-europe_en) (Förderung des kulturellen Erbes)
* [EU-Erweiterungspolitik](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/enlargement.html) (einschließlich Kulturpolitik)
* [EuropäischeNachbarschaftspolitik](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/neighbourhood_policy.html) (Beziehungen zu 16 Nachbarländern)
* [Instrument der Entwicklungszusammenarbeit](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:110102_1)
* [Cotonou-Abkommen](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:r12101) (Zusammenarbeit der EU mit den Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifiks).

**Informationstechnologie für Zollzwecke**

**ZUSAMMENFASSUNG VON:**

[Beschluss 2009/917/JI über den Einsatz der Informationstechnologie im Zollbereich](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:32009D0917)

**WAS IST DAS ZIEL DER ENTSCHEIDUNG?**

* Sie ersetzt und aktualisiert das [Übereinkommen über das Zollinformationssystem (ZIS-Übereinkommen)](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:41995A1127%2802%29) von 1995 und passt es an die Verordnung (EG) Nr. [766/2008 an](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:32008R0766), mit der die Verordnung (EG) Nr. [515/97](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:31997R0515) (siehe [Zusammenfassung](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/ALL/?uri=LEGISSUM:l11037)) über die Zusammenarbeit zwischen den EU-Ländern und der [Europäischen Kommission](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_commission.html) zur Gewährleistung der ordnungsgemäßen Anwendung des Zoll- und des Agrarrechts geändert wird.
* Das ZIS soll bei der Verhinderung, Ermittlung und Verfolgung von schweren Verstößen gegen nationale Gesetze helfen, indem es Informationen schneller verfügbar macht und die Effektivität der Zusammenarbeit und der Kontrollverfahren der EU-Länder im Zollbereich erhöht.

**SCHLÜSSELPUNKTE**

Das ZIS besteht aus einer **zentralen Datenbank**, die von jedem EU-Land aus zugänglich ist. Sie umfasst ausschließlich Daten, die zur Erreichung ihres Ziels erforderlich sind, einschließlich personenbezogener Daten, in den folgenden Bereichen:

* Commodities (Produkte, die gekauft oder verkauft werden können);
* Transportmittel;
* Unternehmen;
* Personen;
* Betrugstendenzen;
* Verfügbarkeit von Fachwissen;
* Festgehaltene, beschlagnahmte oder eingezogene Gegenstände;
* Festgehaltenes, beschlagnahmtes oder eingezogenes Bargeld.

**Datenschutz**

* Für den Datenschutz gilt die Richtlinie (EU) [2016/680](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:32016L0680), sofern in diesem Beschluss nichts anderes vorgesehen ist.
* Das CIS enthält die Daten (auch personenbezogene), die notwendig sind, um das Ziel des Systems durch Aktivitäten wie Sichtung und Meldung, diskrete Überwachung, spezifische Kontrollen und strategische und operative Analysen zu erreichen.
* Dieser Beschluss steht im Einklang mit den Grundrechten und Grundsätzen, die insbesondere mit der [Charta der Grundrechte der Europäischen Union](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/charter_fundamental_rights.html) anerkannt wurden. Sie hindert die EU-Länder nicht daran, ihre verfassungsrechtlichen Vorschriften über den Zugang der Öffentlichkeit zu amtlichen Dokumenten anzuwenden.
* Nur die EU-Länder, die die Informationen an die ZIS-Datenbank liefern, haben das Recht, diese Daten zu ändern, hinzuzufügen oder zu löschen.
* Die Daten werden nur so lange aufbewahrt, wie es zur Erreichung des Zwecks, für den sie eingegeben wurden, erforderlich ist. Die Erforderlichkeit der Aufbewahrung wird mindestens jährlich durch das Lieferland überprüft.

**Zolldateien Identifikationsdatenbank**

* Es wurde eine spezielle Datenbank, das so genannte Aktennachweissystem für Zollzwecke, eingerichtet, die es den nationalen Behörden ermöglicht, zu erfahren, ob gegen Personen oder Unternehmen, gegen die sie ermitteln, auch in anderen EU-Ländern ermittelt wird oder wurde. Für den Zweck dieser Datenbank tauschen die EU-Länder untereinander sowie mit [Europol](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=legissum:23040102_1) und [Eurojust](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:4369105) eine Liste mit schweren Verstößen gegen nationale Gesetze aus: solche, die mit einer Freiheitsstrafe von mindestens 12 Monaten oder einer Geldstrafe von mindestens 15.000 € geahndet werden.
* Ein EU-Land ist nicht verpflichtet, Informationen mit dieser speziellen Datenbank zu teilen, wenn dies der öffentlichen Ordnung oder anderen wesentlichen Interessen schaden würde.
* Die Daten werden für 3 Jahre aufbewahrt, wenn kein Verstoß festgestellt wurde, wobei die Daten 12 Monate nach der letzten Ermittlungshandlung gelöscht werden. Dies wird auf 6 Jahre verlängert, wenn ein Verstoß vorliegt, der nicht zu einer Verurteilung geführt hat, oder auf 10 Jahre, wenn eine Verurteilung erfolgt ist.

**Beaufsichtigung und Verwaltung**

* Jedes EU-Land benennt eine oder mehrere für den Schutz personenbezogener Daten zuständige nationale Aufsichtsbehörde(n), die eine unabhängige Aufsicht über die von dem Beschluss erfassten Daten ausübt. Außerdem wurde eine gemeinsame Aufsichtsbehörde eingerichtet, die aus 2 Vertretern der jeweiligen nationalen Aufsichtsbehörde jedes EU-Landes besteht.
* Der [Europäische Datenschutzbeauftragte](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=legissum:0102_11) beaufsichtigt die Aktivitäten der Kommission in Bezug auf das ZIS.
* Ein Ausschuss, bestehend aus Vertretern der Zollverwaltungen der EU-Länder, ist unter Beteiligung der Kommission für die Umsetzung und korrekte Anwendung dieses Beschlusses (basierend auf Einstimmigkeit) und das ordnungsgemäße technische und operative Funktionieren des ZIS (Beschlüsse mit Zweidrittelmehrheit) verantwortlich.

**AB WANN GILT DIE ENTSCHEIDUNG?**

Sie gilt seit dem 27. Mai 2011.

# EU-Entwicklungspolitik

## ZUSAMMENFASSUNG VON:

[Artikel 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:12016E004)

[Artikel 208 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:12016E208)

[Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe d des Vertrags über die Europäische Union (EUV)](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:12016M021)

## EU-ENTWICKLUNGSPOLITIK IN DEN VERTRÄGEN DER EUROPÄISCHEN UNION

[Artikel 4 AEUV](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:12016E004) verleiht der EU die Kompetenz, im Bereich der [Entwicklungszusammenarbeit](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/development_aid.html) tätig zu werden und eine gemeinsame Politik zu betreiben. Die EU-Länder können auch ihre eigenen [Zuständigkeiten](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/competences.html) in diesem Bereich ausüben.

Das vorrangige Ziel der EU-Entwicklungspolitik, wie es in [Artikel 208 AEUV festgelegt ist,](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:12016E208) ist die Verringerung und langfristig die Beseitigung der Armut. Artikel 208 verpflichtet die EU und die EU-Länder außerdem, die im Rahmen der [Vereinten Nationen](https://www.un.org/en/) (UN) und anderer zuständiger internationaler Organisationen eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Die Entwicklungspolitik der EU verfolgt auch die Ziele des auswärtigen Handelns der EU, insbesondere die in [Artikel 21 Absatz 2 Buchstabe d](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:12016M021) des Vertrags über die Europäische Union (EUV) genannten Ziele der Förderung einer nachhaltigen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung der Entwicklungsländer mit dem vorrangigen Ziel der Beseitigung der Armut.

Im Einklang mit den in Artikel 21 Absatz 2 EUV genannten Zielen trägt die Entwicklungspolitik unter anderem auch dazu bei, die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit und die Menschenrechte zu unterstützen, den Frieden zu erhalten und Konflikte zu verhüten, die Qualität der Umwelt und die nachhaltige Bewirtschaftung der weltweiten natürlichen Ressourcen zu verbessern, Bevölkerungen, Länder und Regionen zu unterstützen, die mit Naturkatastrophen oder vom Menschen verursachten Katastrophen konfrontiert sind, und ein internationales System zu fördern, das auf einer stärkeren multilateralen Zusammenarbeit und einer verantwortungsvollen globalen Governance beruht.

## SCHLÜSSELPUNKTE

**Globale Verpflichtungen**

*Die EU als stärkerer globaler Akteur*

Die EU ist bestrebt, alle verfügbaren Mittel der EU und der EU-Länder zusammenzubringen, um auf eine friedlichere und wohlhabendere Welt hinzuarbeiten. Die vollständige Umsetzung der [globalen Strategie der EU (EUGS)](http://eeas.europa.eu/topics/eu-global-strategy_en) zur [Außen- und Sicherheitspolitik](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/foreign_security_policy.html) begann 2017. Diese Strategie legt die Kerninteressen und Grundsätze des Engagements der EU fest und bietet eine Vision für eine glaubwürdigere, verantwortungsvollere und reaktionsfähigere EU in der Welt. Die Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) der Vereinten Nationen werden Querschnittselemente bei der Umsetzung der EUGS sein.

Die EU und die EU-Länder zusammen sind der größte Geber von öffentlicher Entwicklungshilfe (ODA). Der [**Europäische Entwicklungsfonds (EEF)**](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:1103_1) ist das Hauptinstrument der EU für die Bereitstellung von Entwicklungshilfe für 79 Länder in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean (AKP) sowie für [überseeische Länder und Gebiete](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:1105_1) im Rahmen des [Cotonou-Abkommens](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=LEGISSUM:r12101).

Mit ihrem [Instrument für Entwicklungszusammenarbeit](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:110102_1) verfolgt die EU das Ziel, die Armut in den Entwicklungsländern zu verringern sowie eine nachhaltige wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und gute Regierungsführung zu fördern.

*Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und der Europäische Konsens zur Entwicklung*

Die [2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung](http://sustainabledevelopment.un.org/post2015/transformingourworld) und ihre 17 [SDGs](http://www.un.org/sustainabledevelopment/sustainable-development-goals/), die 2015 von den 193 UN-Mitgliedsstaaten verabschiedet wurden, sind der neue globale Rahmen zur Beseitigung der Armut und zur Erreichung einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung bis 2030.

Im Einklang mit dem EUGS legt die EU in ihrem [Neuen Europäischen Konsens über die Entwicklungspolitik](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:42017Y0630%2801%29) 2017 die Grundsätze fest, die die EU-Institutionen und die EU-Länder in ihrer Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern beachten müssen, um zur Verwirklichung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und des [Aktionsplans von Addis Abeba](http://www.un.org/esa/ffd/wp-content/uploads/2015/08/AAAA_Outcome.pdf), der 2015 von den Vereinten Nationen vereinbart wurde, sowie des [Pariser Abkommens zum Klimawandel beizutragen](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:20010104_1).

Der Konsens richtet das entwicklungspolitische Handeln der EU an den SDGs aus und orientiert sich an den 5 Ps, die die 2030-Agenda umrahmen (Menschen, Planet, Wohlstand, Frieden und Partnerschaft).

*Finanzierung für nachhaltige Entwicklung*

Die EU ist Vertragspartei der Aktionsagenda von Addis Abeba, einer Vereinbarung, die von einer Partnerschaft von 193 UN-Mitgliedsländern auf der **Dritten Internationalen Konferenz der Vereinten Nationen zur Entwicklungsfinanzierung** getroffen wurde. Sie ist integraler Bestandteil der 2030-Agenda und setzt ein neues Paradigma für die Umsetzung durch den wirksamen Einsatz finanzieller und nicht-finanzieller Mittel und indem sie innerstaatliche Maßnahmen und solide Politiken in den Vordergrund stellt. Die Aktionsbereiche umfassen:

* inländische öffentliche Mittel
* nationale und internationale Privatwirtschaft und Finanzen
* internationale Entwicklungszusammenarbeit
* internationaler Handel als Motor für Entwicklung
* Schulden und Schuldentragfähigkeit
* systemische Fragen
* Wissenschaft, Technologie, Innovation und Aufbau von Kapazitäten.

*Externer Investitionsplan*

Um die Erreichung der SDGs zu unterstützen und sowohl öffentliche als auch private Investitionen zu mobilisieren, hat die EU 2017 den [Europäischen Fonds für nachhaltige Entwicklung (EFSD)](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:4314965) und die EFSD-Garantie eingerichtet. Diese sind Teil der [EU-Investitionsoffensive für Drittländer (EIP)](http://ec.europa.eu/commission/eu-external-investment-plan_en), die sich mit den Herausforderungen der nachhaltigen Entwicklung in Subsahara-Afrika und dem Übergang durch Reformen in der EU-Nachbarschaftsregion befasst.

*Post-Cotonou*

Derzeit laufen [Verhandlungen](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-3930_en.htm), um die künftigen Beziehungen der EU zu den AKP-Staaten neu zu definieren. Derzeit wird es durch das Cotonou-Abkommen definiert, das 2020 ausläuft. Das Abkommen hat dazu beigetragen, die Armut zu reduzieren, die Stabilität zu erhöhen und die AKP-Staaten in die Weltwirtschaft zu integrieren.

*Entwicklungseffektivität und gemeinsame Programmierung - bessere Zusammenarbeit mit EU-Ländern*

Die EU setzt sich dafür ein, dass die Entwicklungshilfe so effektiv wie möglich zur Erreichung der SDGs eingesetzt wird. In dieser Hinsicht hat sie mehrere internationale Vereinbarungen gebilligt, darunter:

* die [Pariser Erklärung von 2005 und die Accra Agenda for Action von 2008](http://www.oecd.org/dac/effectiveness/34428351.pdf);
* das [Busan-Ergebnisdokument 2011](http://effectivecooperation.org/wp-content/uploads/2016/03/OUTCOME_DOCUMENT_-_FINAL_EN.pdf); und
* das [Nairobi-Ergebnisdokument 2016](http://effectivecooperation.org/wp-content/uploads/2016/12/OutcomeDocumentEnglish.pdf).

Die wichtigsten Prinzipien der **Entwicklungseffektivität**, die auf dem High-Level Meeting in Nairobi 2016 neu definiert wurden, sind:

* Eigenverantwortung der Entwicklungsländer für Entwicklungsprioritäten;
* Transparenz und gegenseitige Rechenschaftspflicht;
* ergebnisorientierte Entwicklungszusammenarbeit; und
* alle Stakeholder in integrative Entwicklungspartnerschaften einbezogen werden.

Die Umsetzung dieser Prinzipien erfolgt in Programmen und Projekten sowie durch eine [**gemeinsame Programmierung**](http://ec.europa.eu/europeaid/policies/eu-approach-aid-effectiveness/joint-programming_en), bei der die verschiedenen in einem Partnerland tätigen EU-Entwicklungspartner (EU und EU-Länder) die Entwicklungszusammenarbeit gemeinsam planen.

*Politikkohärenz für Entwicklung (PCD)*

Durch [Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung (PCD)](http://ec.europa.eu/europeaid/policies/policy-coherence-development_en) versucht die EU, die negativen Spillover-Effekte ihrer Politik auf die Entwicklungsländer zu minimieren. Dies zielt darauf ab:

* Förderung von Synergien zwischen verschiedenen EU-Politiken zum Nutzen der Partnerländer und zur Unterstützung der SDGs;
* die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit zu erhöhen.

Um sicherzustellen, dass sie bei der Verfolgung der SDGs relevant bleibt, hat die EU PCD in die allgemeine Arbeit der Kommission zur Umsetzung der 2030-Agenda integriert. Auch die EU-Länder verfügen über eigene Mechanismen, um PCD in ihrer nationalen Politik zu gewährleisten. Der [EU-Bericht 2019 über die Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung](http://ec.europa.eu/europeaid/sites/devco/files/swd_2019_20_pcdreport.pdf) befasst sich mit den Fortschritten der EU-Institutionen und -Länder im Bereich PCD im Zeitraum 2015-2018.

**Menschen**

*Armut und Abbau von Ungleichheiten*

[SDG 1](http://www.un.org/sustainabledevelopment/poverty/), die Beseitigung von Armut, und [SDG 10](http://www.un.org/sustainabledevelopment/inequality/), die Bekämpfung von Ungleichheiten und Diskriminierung, sind zentral für die EU-Entwicklungspolitik.

Vorläufige Ergebnisse der von der Kommission 2017 in Auftrag gegebenen Forschungsarbeiten zur Ungleichheit zeigen:

* Innerhalb der Entwicklungsländer ist das Niveau der Einkommensungleichheit hoch und im Durchschnitt höher als noch vor 30 Jahren;
* die Einkommensungleichheit scheint in einigen Ländern Lateinamerikas (Brasilien, Peru, Mexiko) abgenommen zu haben, während sie in einigen asiatischen Ländern (China und Vietnam) zugenommen hat; und
* Lateinamerika und Afrika südlich der Sahara sind die ungleichsten Regionen der Welt.

Ungleichheit auf nationaler Ebene bleibt ein wichtiges Hindernis für schnelles Wachstum und Armutsbekämpfung. Obwohl die extreme Armut weltweit weiter schrumpft, ist sie in Afrika, insbesondere in Subsahara-Afrika, immer noch weit verbreitet.

*Menschliche Entwicklung*

Zu den Prioritäten der EU-Entwicklungspolitik gehören die Beseitigung der Armut ([SDG 1](http://www.un.org/sustainabledevelopment/poverty/)), die Bekämpfung von Ungleichheiten und Diskriminierung ([SDG 10](http://sustainabledevelopment.un.org/sdg10)) und das Zurücklassen von niemandem. Im Mittelpunkt des [Ansatzes der menschlichen Entwicklung stehen die](http://ec.europa.eu/europeaid/sectors/human-development_en) Menschen, ihre Chancen und Wahlmöglichkeiten. Die EU unterstützt die Gesellschaften und Volkswirtschaften der Partnerländer dabei, inklusiver und nachhaltiger zu werden, damit alle von der Entwicklung profitieren und niemand zurückgelassen wird.

*Gleichstellung der Geschlechter und Empowerment von Frauen*

Die Gleichstellung der Geschlechter ist ein Grundwert der EU (Artikel 2 EUV) und ein politisches Ziel, das im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (Artikel 19 AEUV) verankert ist. Durch die Förderung der Gleichstellung [der Geschlechter und derStärkung der Rolle der Frau](http://ec.europa.eu/europeaid/sectors/human-rights-and-governance/gender_en) trägt die EU zur Verwirklichung des [SDG 5](http://www.un.org/sustainabledevelopment/gender-equality/) und der gesamten 2030-Agenda bei, wie auch im Europäischen Konsens über die Entwicklungspolitik 2017 betont wird.

Die Gleichstellung der Geschlechter ist eine wesentliche Voraussetzung für eine gerechte und inklusive nachhaltige Entwicklung, da Frauen und Mädchen die Hälfte der Weltbevölkerung ausmachen. Die EU setzt sich dafür ein, dass Frauen und Mädchen vollständig und gleichberechtigt am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und zivilen Leben teilhaben können. Insbesondere unterstützt sie die Beseitigung von Hindernissen, die der Gleichstellung der Geschlechter entgegenstehen, wie diskriminierende Gesetze, ungleicher Zugang zu Dienstleistungen und Justiz, Bildung und Gesundheit, Arbeitsplätzen und wirtschaftlicher Befähigung sowie politischer Teilhabe, und die Beseitigung von sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, auch durch die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Normen und Geschlechterstereotypen und die Unterstützung von Frauenbewegungen und der Zivilgesellschaft.

Der EU-Gender-Aktionsplan (2016-2020) setzt den Rahmen für die Umsetzung dieser prioritären Ziele weltweit, durch die EU-Außenbeziehungen Politik. Im Jahr 2017 hat die [Europäische Kommission](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_commission.html) ihren ersten [Bericht zur](http://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/10102/2017/EN/SWD-2017-288-F1-EN-MAIN-PART-1.PDF) Umsetzung des [EU-Gender-Aktionsplans 2016-2020](http://ec.europa.eu/europeaid/eu-gender-action-plan-ii-gender-equality-and-womens-empowerment-transforming-lives-girls-and-women-0_en) veröffentlicht.

Eine Vorzeige-Initiative der EU ist die [500-Millionen-Euro-Spotlight-Initiative](http://ec.europa.eu/europeaid/sectors/human-rights-and-democratic-governance/gender-equality/spotlight-initiative_en), eine einzigartige Partnerschaft mit der UN zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Die Initiative bringt Partnerregierungen und die Zivilgesellschaft aus Asien, Subsahara-Afrika, Lateinamerika, der Karibik und dem Pazifikraum zusammen.

*Migration, Zwangsvertreibung und Asyl*

Während die Themen Migration und Mobilität nicht neu sind, ist die Zahl der internationalen Migranten in den letzten Jahren gestiegen und erreichte 2017 258 Millionen (gegenüber 220 Millionen im Jahr 2010 und 173 Millionen im Jahr 2000). Die meisten internationalen Migranten der Welt sind Bürger von Entwicklungsländern und Entwicklungsländer beherbergen mehr als 85 % der weltweit gewaltsam vertriebenen Personen.

Die Herausforderungen der Migration stehen weiterhin ganz oben auf der europäischen Agenda. Im Jahr 2017 hat die Europäische Kommission den Nexus zwischen Entwicklung und Migration im Einklang mit der Agenda 2030 und dem Konsens über die Entwicklungspolitik weiter proaktiv angegangen. Die Entwicklungszusammenarbeit der EU spielte eine entscheidende Rolle bei den allgemeinen Bemühungen der EU zur Bewältigung der Migration im Kontext der [Europäischen Agenda für Migration](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:52015DC0240), der [Erklärung von Valletta](http://www.consilium.europa.eu/media/21841/political_decl_en.pdf), des [Partnerschaftsrahmens für Migration](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:52016DC0385) und des neuen EU-Ansatzes zur Bekämpfung von [Zwangsvertreibungen](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:52016DC0234), in voller Übereinstimmung mit den Entwicklungszielen und -grundsätzen.

Durch eine Reihe von Entwicklungsinstrumenten, zum Beispiel durch den [Nothilfe-Treuhandfonds für Afrika](http://ec.europa.eu/europeaid/regions/africa/eu-emergency-trust-fund-africa_en) und den regionalen [Treuhandfonds](http://ec.europa.eu/trustfund-syria-region/content/home_en) der EU [für Syrien](http://ec.europa.eu/trustfund-syria-region/content/home_en), aber auch im Rahmen der regulären geografischen Instrumente, führte die Europäische Kommission Maßnahmen in den Partnerländern durch, die sich sowohl mit den kurz- als auch mit den langfristigen Herausforderungen und Chancen befassen, die sich aus der Migration ergeben.

Dabei standen insbesondere drei Aspekte im Fokus:

* 1)

Auseinandersetzung mit den Triebkräften/Wurzelursachen von irregulärer Migration/Zwangsumsiedlung;

* 2)

Stärkung der Kapazitäten der Partner für ein verbessertes Migrations-/Flüchtlingsmanagement;

* 3)

Maximierung der Entwicklungswirkung von Migration.

Durch diesen umfassenden Ansatz trug die Unterstützung im Jahr 2017 sowohl zur Stärkung des Dialogs und der Partnerschaft mit den Partnerländern im Bereich Migration als auch zur Erzielung greifbarer Ergebnisse bei der Verbesserung des Migrationsmanagements, der Gewährung von Schutz für gefährdete Migranten und Flüchtlinge und der Maximierung der positiven Auswirkungen der Migration auf die Entwicklung bei.

Neben anderen Errungenschaften, im Jahr 2017, die EU:

* 3 Mrd. € für die [Fazilität für Flüchtlinge in der Türkei](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:4300997) zugesagt; und
* ein [90-Millionen-Euro-Programm](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:52017JC0004) entwickelt, um Schutz und Hilfe für die Bedürftigen in Libyen und als Unterstützung für die Stabilisierung der Aufnahmegemeinschaften zu leisten, wobei der Schwerpunkt auf die zentrale Mittelmeerroute verlagert wird;
* genehmigte bis zum 31. Dezember 2017 insgesamt 143 Projekte im Wert von 2.388 Mio. € im Rahmen des EU-Treuhandfonds für Afrika;
* in Asien, Afghanistan, Bangladesch, Pakistan und Irak im September 2017 über die Kommission eine Sondermaßnahme in Höhe von 196 Mio. EUR angenommen, um die Herausforderungen zu bewältigen, die sich durch langwierige Zwangsvertreibung und Migration in Asien und im Nahen Osten ergeben.

*Kultur, Bildung und Gesundheit*

Die EU erkennt die Rolle der [Kultur](http://ec.europa.eu/europeaid/sectors/human-development/culture_en) für das Wirtschaftswachstum und als eine wichtige Komponente und Ermöglicher an:

* soziale Einbindung
* Freiheit der Meinungsäußerung
* Identitätsbildung
* zivile Ermächtigung
* Konfliktprävention.

Im Jahr 2017 verabschiedete die EU:

* Schlussfolgerungen zu einem [strategischen Ansatz der EU für internationale Kulturbeziehungen](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:52017XG0615%2803%29);
* eine Reihe von Programmen wie z. B. ["Investing in Culture and Creativity"](http://ec.europa.eu/europeaid/sites/devco/files/commission-implementing-decision_c2017_-_8725_-_annex_2_en.pdf), das darauf abzielt:
  + Verbesserung der kulturellen Governance in den Partnerländern;
  + die Schaffung von Arbeitsplätzen anregen; und
  + das kulturelle Erbe zu stärken.

Das Ziel von [SDG 4](http://www.un.org/sustainabledevelopment/education/) ist es, bis 2030 eine inklusive und gerechte, hochwertige Bildung zu gewährleisten und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle zu fördern. [Bildung](http://ec.europa.eu/europeaid/sectors/human-development/education_en) ist ein grundlegendes Menschenrecht und ein öffentliches Gut. Sie spielt auch eine wichtige Rolle bei der Erreichung anderer SDGs durch Lernen, Fähigkeiten und Bewusstsein.

Im Jahr 2017 hat die EU:

* unterstützte mehr als 45 Länder in ihren Bemühungen, die Bildungssysteme zu stärken;
* arbeitete mit der [Global Partnership for Education](http://www.globalpartnership.org/) zusammen, die Grundbildung unterstützt und sich auf die ärmsten Länder und/oder solche in fragilen Situationen konzentriert;
* verabschiedete ein 21-Millionen-Euro-Programm mit dem Ziel, Bildungsbedürfnisse in langwierigen Krisen zu unterstützen, wobei der Schwerpunkt auf der Verbesserung der Bildungsqualität in sicheren Lernumgebungen und dem Aufbau einer globalen Evidenzbasis für künftige Unterstützung liegt.

Um das [SDG 3](http://www.un.org/sustainabledevelopment/health/) zu Gesundheit und Wohlbefinden zu erreichen, setzte die EU ihre Arbeit im Gesundheitsbereich fort und unterstützte den [Globalen Fonds](http://www.theglobalfund.org/en/) und [GAVI, die Impfstoffallianz, sowie](http://www.gavi.org/) die Forschung zur Bekämpfung **armutsbedingter und vernachlässigter Infektionskrankheiten**. Außerdem unterstützte sie regionale Initiativen, wie das zweite [Partnerschaftsprogramm für klinische Studien zwischen Europa und den Entwicklungsländern,](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:270301_1) und andere multinationale Initiativen.

In Zusammenarbeit mit dem [Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen](http://www.unfpa.org/) unterstützt die EU Bemühungen, die Verfügbarkeit von qualitativ hochwertigen **Dienstleistungen im Bereich der reproduktiven Gesundheit** und der **Gesundheit von Müttern zu** erhöhen.

*Lebensmittel- und Ernährungssicherheit und nachhaltige Landwirtschaft*

Da jeder neunte Mensch unter [Nahrungsmittel- und Ernährungsunsicherheit leidet](http://ec.europa.eu/europeaid/sectors/food-and-agriculture/food-and-nutrition-security_en), zielt [SDG 2](http://www.un.org/sustainabledevelopment/hunger/) darauf ab, bis 2030 den Hunger zu beenden, Ernährungssicherheit zu erreichen, die Ernährung zu verbessern und eine nachhaltige Landwirtschaft zu fördern.

Nachhaltige Landwirtschaft ist zusammen mit nachhaltiger Fischerei und Aquakultur unverzichtbar für die Beendigung des Hungers und die Gewährleistung der Ernährungssicherheit und bleibt eine wichtige Triebkraft für die Beseitigung von Armut und nachhaltige Entwicklung. Sowohl die Landwirtschaft als auch die Ernährungssicherheit sind entscheidende Faktoren für das Erreichen von guten Ernährungsergebnissen.

Die EU war einer der Hauptverantwortlichen für die Veröffentlichung des [Globalen Berichts über Ernährungskrisen](http://ec.europa.eu/europeaid/global-report-food-crises-2017_en) im Jahr 2017, in dem festgestellt wurde, dass sich fast 108 Millionen Menschen in einer Ernährungskrise oder Notsituation befinden:

* die Hauptfaktoren der Ernährungsunsicherheit zu analysieren; und
* für die Anstrengungen zur Bewältigung der Herausforderungen.

Die EU hat mehrere Initiativen ins Leben gerufen, die dazu beitragen sollen, die Zahl der verkümmerten Kinder unter 5 Jahren bis 2025 um mindestens 7 Millionen zu reduzieren. Für den Zeitraum 2014-2020 sind dafür 3,5 Milliarden Euro vorgesehen.

Nachhaltige Landwirtschaft, aus wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Sicht, ist ein zentrales Thema der Entwicklungszusammenarbeit der EU mit ihren Partnerländern. Die EU konzentriert ihre Arbeit in diesem Sektor auf:

* Investitionen in kleinbäuerliche Betriebe;
* Unterstützung von Regierungsinitiativen und Programmen, die Nachhaltigkeit und Innovation im Agrarsektor fördern;
* Förderung von landwirtschaftlichen Praktiken und Technologien, die das ländliche Einkommen erhöhen und gleichzeitig nachhaltig im Hinblick auf Wasser, Böden und Ökosysteme sowie die biologische Vielfalt sind;
* Verbesserung des Zugangs der Landwirte zu Produktionsmitteln wie Land, Kapital usw., insbesondere durch Förderung der lokalen Zusammenarbeit und Partnerschaften zwischen Landwirten;
* mehr private Investitionen in den Agrarsektor zu mobilisieren;
* Stärkung der Frauen in der Landwirtschaft.

**Planet**

*Klimawandel*

Die EU hat sich verpflichtet, im Einklang mit dem Pariser Abkommen von 2015 und dem [SDG 13](http://www.un.org/sustainabledevelopment/climate-change/) zum globalen Kampf gegen den [Klimawandel](http://ec.europa.eu/europeaid/sectors/environment/climate-change-disaster-risk-reduction-and-desertification/climate-change_en) beizutragen. Wir stellen die Umsetzung der national festgelegten Beiträge in den Mittelpunkt des Politikdialogs mit unseren Partnerländern, um den Klimawandel in unsere Politiken, Strategien, Investitionspläne und Projekte zu integrieren, damit diese in vollem Umfang zum Pariser Abkommen und SDG 13 beitragen. Unsere Arbeit zum Klimawandel und die 2030-Agenda müssen Hand in Hand gehen.

Die EU hat ihre Anstrengungen zum Risikomanagement und zum Aufbau von Resilienz und Anpassungsfähigkeit an den Wandel im Einklang mit dem [Sendai-Rahmen für die Reduzierung von Katastrophenrisiken](http://www.unisdr.org/we/coordinate/sendai-framework) verstärkt. Die EU unterstützt auch den Übergang zu einer emissionsarmen, klimaresistenten, grünen Wirtschaft, die mit [SDG 8](http://www.un.org/sustainabledevelopment/economic-growth/) zum Wachstum und [SDG 12](http://www.un.org/sustainabledevelopment/sustainable-consumption-production/) zu nachhaltigem Konsum und nachhaltiger Produktion im Einklang steht. Der Klimawandel ist mit fast allen SDGs verbunden.

Im Zeitraum 2014-2018 investierte die EU 8,2 Mrd. € zur Unterstützung von Klimaschutzmaßnahmen. Der größte Anteil der EU-Klimamittel floss in Anpassungsmaßnahmen (41 %), gefolgt von Synergiemaßnahmen, die sowohl Anpassung als auch Minderung betreffen (31 %), und von Maßnahmen zur Minderung (28 %). Unser Ziel ist es, solche Maßnahmen zu fördern, die sowohl zur Anpassung als auch zur Minderung beitragen.

*Umwelt und nachhaltiger Umgang mit natürlichen Ressourcen*

Die Umwelt und die natürlichen Ressourcen, wie Land, Wasserressourcen, Wälder, [Fischbestände](http://ec.europa.eu/dgs/maritimeaffairs_fisheries/magazine/en/places/making-difference-how-fisheries-contribute-sustainable-development-around-globe) und Biodiversität, sind der Schlüssel für die Wirtschaft der Entwicklungsländer und die Lebensgrundlage ihrer Bürger. Ihr Schutz und ihre nachhaltige Bewirtschaftung sind von entscheidender Bedeutung für die Erfüllung der Agenda für nachhaltige Entwicklung 2030 (einschließlich der SDGs [6](http://www.un.org/sustainabledevelopment/water-and-sanitation/), [12](http://www.un.org/sustainabledevelopment/sustainable-consumption-production/), [14](http://www.un.org/sustainabledevelopment/oceans/) und [15](http://www.un.org/sustainabledevelopment/biodiversity/)), für die Beseitigung von Armut und Hunger und für die Gewährleistung von Gesundheit, Wohlbefinden, Zugang zu sauberem Wasser und sanitären Einrichtungen und nachhaltigem Wachstum bei gleichzeitiger Erhaltung der Ökosysteme und Bekämpfung des Klimawandels. Die EU unterstützt die Partnerländer bei der Verbesserung der Governance im Bereich Umwelt und natürliche Ressourcen, der nachhaltigen Bewirtschaftung von Land, Wasser, Wäldern und anderen natürlichen Ressourcen, dem Schutz der biologischen Vielfalt, der Bekämpfung der Umweltverschmutzung und der Förderung einer inklusiven grünen Wirtschaft.

*Nachhaltige Energie*

Der Zugang zu modernen und nachhaltigen Energiedienstleistungen ist einer der wichtigsten Zielbereiche der EU-Entwicklungshilfe. Im Jahr 2017 veröffentlichte die Kommission ein [Papier](http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-15866-2017-INIT/en/pdf), das zeigt, dass die Zusammenarbeit im Bereich der nachhaltigen Energie zur Umsetzung des Europäischen Konsenses über die Entwicklungspolitik beiträgt.

Im Rahmen der Finanziellen Vorausschau 2014-2020 wurden 3,7 Milliarden Euro für die nachhaltige Energiezusammenarbeit im Dienste der Entwicklung bereitgestellt, um einen Beitrag zu den drei EU-Zielen zu leisten, die bis 2020 erreicht werden sollen: Zugang zu Energie für etwa 40 Millionen Menschen, Steigerung der Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien um etwa 6,5 Gigawatt und Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels durch Einsparung von etwa 15 Millionen Tonnen CO2/Jahr.

So will die EU beispielsweise ihren Beitrag zu den Zielen der [Africa Renewable Energy Initiative](http://ec.europa.eu/europeaid/tags/africa-renewable-energy-initiative-arei_en) leisten und bis 2020 5 GW an erneuerbarer Energieerzeugungskapazität erreichen, während sie gleichzeitig 30 Millionen Menschen in Afrika Zugang zu nachhaltiger Energie verschafft und 11 Millionen Tonnen CO2 pro Jahr einspart.

**Wohlstand**

*Zusammenarbeit mit dem Privatsektor*

Da der Investitionsbedarf in den Partnerländern beträchtlich ist und die Gebermittel von Regierungen und internationalen Organisationen nicht ausreichen, um ihn zu decken, nutzt die EU das **Blending**, bei dem EU-Zuschüsse mit Darlehen oder Eigenkapital von öffentlichen und privaten Geldgebern kombiniert werden, und leistet so einen Beitrag zum [SDG 17](http://www.un.org/sustainabledevelopment/globalpartnerships/) (Stärkung der Mittel zur Umsetzung und der Partnerschaften für die Ziele). Der EU-Blending-Rahmen besteht aus den folgenden regionalen Blending-Fazilitäten:

* [Investitionsfazilitätfür Lateinamerika](http://ec.europa.eu/europeaid/node/7336);
* [Asia Investment Facility](http://ec.europa.eu/europeaid/regions/asia/asian-investment-facility-aif_en);
* [Investitionsfazilität für Zentralasien](http://ec.europa.eu/europeaid/regions/central-asia/investment-facility-central-asia-ifca_en);
* [Karibische Investitionsfazilität](http://ec.europa.eu/europeaid/regions/latin-america/caribbean-investment-facility_en);
* [Investitionsfazilität für den Pazifikraum](http://ec.europa.eu/europeaid/regions/pacific/investment-facility-pacific-ifp_en);
* [EU-Afrika-Infrastruktur-Treuhandfonds](http://ec.europa.eu/europeaid/regions/africa/eu-africa-infrastructure-trust-fund-eu-aitf_en);
* [Afrika-Investitionsplattform](http://ec.europa.eu/europeaid/regions/africa-investment-facility_en) und die [Nachbarschaft Investment Platform](http://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/neighbourhood/neighbourhood-wide/neighbourhood-investment-platform_en)(verwaltet von der [Generaldirektion fürNachbarschafts- und Erweiterungsverhandlungen (NEAR)](http://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/about/directorate-general_en)), die beide als Teil der ersten Säule der EIP in den EFSD integriert sind (siehe Abschnitt "Externe Investitionsplanung" oben).

Als wichtige Innovation nutzt die EFSD-Garantie begrenzte öffentliche Mittel, um insbesondere private Investitionen für tragfähige Projekte zu mobilisieren, die andernfalls Schwierigkeiten hätten, in Gang zu kommen oder zu expandieren, und konzentriert sich dabei auf nachhaltige Entwicklungsziele in den Partnerländern. Die EIP als Ganzes konzentriert sich auf die Beseitigung von Hemmnissen für nachhaltige Privatinvestitionen und die Unterstützung vorrangiger Reformen durch einen verstärkten Dialog mit dem Privatsektor und den relevanten Interessengruppen. Die Förderung nachhaltiger Investitionen und der Schaffung von Arbeitsplätzen (SDG 8) ist auch eines der Hauptziele der im September 2018 gestarteten Afrika-Europa-Allianz für nachhaltige Investitionen und Arbeitsplätze.

Im Bereich Handel hat die EU im November 2017 gemeinsam mit den EU-Ländern eine neue Aid-for-Trade-Strategie zur [Schaffung von Wohlstand durch Handel und Investitionen verabschiedet](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:52017DC0667). Die Strategie zielt darauf ab, eine bessere Mobilisierung der [EU-Handelshilfe](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=legissum:dv0006) zu fördern, um die Entwicklungsländer dabei zu unterstützen, die verschiedenen politischen Instrumente der EU, insbesondere die EU-Handelsabkommen und Präferenzregelungen (einschließlich der [Wirtschaftspartnerschaftsabkommen](http://ec.europa.eu/trade/policy/countries-and-regions/development/economic-partnerships/) und der [allgemeinen Regelung Scheme of Preferences](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:cx0003)), auf nachhaltige und integrative Weise in vollem Umfang für ihre Entwicklung zu nutzen.

*Landwirtschaftliches Wachstum*

Zwei Drittel der Armen auf der Welt leben von der Landwirtschaft, und viele Entwicklungsländer sind nach wie vor stark vom Handel mit nur wenigen Rohstoffen abhängig.

Die EU ist davon überzeugt, dass ein höheres Maß an verantwortungsvollen nationalen und internationalen, öffentlichen und privaten Investitionen in die Landwirtschaft und die Agrarindustrie erreicht werden muss, um die erforderliche Dynamik für nachhaltiges Wachstum und Resilienz in den ländlichen Gebieten der Entwicklungsländer zu schaffen. Im Einklang mit diesem Ansatz hat Präsident Jean-Claude Juncker im September 2018 die neue Afrika-Europa-Allianz für nachhaltige Investitionen und Arbeitsplätze angekündigt.

Investitionen des Privatsektors müssen durch die Schaffung eines gut regulierten und betreuten Geschäftsumfelds angeregt werden; der öffentliche Sektor hat dabei eine Schlüsselrolle zu spielen. Der öffentliche Sektor spielt dabei eine Schlüsselrolle. Erhöhte Risiken in Verbindung mit Produktions-, Finanzierungs- und Marktrisiken sind jedoch nach wie vor die Haupthindernisse für eine Steigerung der Investitionen des Privatsektors. Die EU hilft, solche Risiken durch den European External Investment Plan (EIP) zu reduzieren. Die EU unterstützt Maßnahmen zur Landbewirtschaftung in rund 40 Ländern mit einem Gesamtbudget von fast 240 Millionen Euro. In Peru und Honduras schützen EU-finanzierte Maßnahmen die Landrechte indigener Völker und sichern ihnen grundlegende Vermögenswerte (Beitrag zu SDG 2).

*Infrastruktur, Städte und Digitalisierung*

Fortschritte auf dem Weg zur 2030-Agenda sind erforderlich:

* Aufbau einer widerstandsfähigen Infrastruktur;
* Förderung einer integrativen und nachhaltigen Industrialisierung; und
* Förderung von Innovationen ([SDG 9](http://www.un.org/sustainabledevelopment/infrastructure-industrialization/)).

Die laufende **digitale Transformation** bietet Möglichkeiten, die Schaffung von Arbeitsplätzen zu erhöhen und den Zugang zu hochwertigen Basisdienstleistungen zu beschleunigen, die Transparenz und Rechenschaftspflicht von Regierungen zu verbessern und die Demokratie zu stärken. Voraussetzung ist eine gute Konnektivität und angepasste Regulierung, um die Erreichung von SDG 9 zu unterstützen.

Die EU hilft bei der Koordinierung der [gemeinsamen Afrika-EU-Infrastruktur-Agenda](http://www.africa-eu-partnership.org/sites/default/files/documents/agenda_jaes_rgi_2018.pdf) und ist im Vorstand des Africa Transport Policy Programme vertreten, das die Politik und Strategie der afrikanischen Regierungen und regionalen Wirtschaftsgemeinschaften unterstützt.

Die **rasche Urbanisierung**, insbesondere in Asien und Afrika, stellt die Entwicklung vor große Herausforderungen. Im Jahr 2017 wurde das [Programm fürinternationale urbane Zusammenarbeit](http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/cooperate/international/pdf/iuc_leaflet_en.pdf) entwickelt, das urbane Best Practices zwischen EU-Städten und Städten in strategischen Partnerländern wie Indien und China austauscht, und im Rahmen der EIP wurde ein spezielles Investitionsfenster für "nachhaltige Städte" ([SDG 11](http://www.un.org/sustainabledevelopment/cities/)) eingerichtet.

**Frieden**

*Demokratie, Menschenrechte, gute Regierungsführung*

Die EU gründet sich auf die Grundwerte der Achtung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte ([Artikel 2](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:12016M002) EUV). Die Förderung dieser Werte ist eine zentrale Priorität in den Außenbeziehungen ([Artikel 21 EUV](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:12016M021)), die in die Globale Strategie der EU (EUGS) übertragen wurde. Die EU unterstützt die Partnerländer bei der Umsetzung von [SDG 16](http://www.un.org/sustainabledevelopment/peace-justice/) zu [Demokratie](http://ec.europa.eu/europeaid/applications/eom/index.cfm%3Ffuseaction%3Dc.show_update_observer_cv_en), Zugang zur Justiz, Korruptionsbekämpfung, [Menschenrechten](http://ec.europa.eu/europeaid/sectors/human-rights-and-governance/human-rights_en) und guter Regierungsführung durch ihre Entwicklungshilfeprogrammierung. Zu den Aktivitäten in Partnerschaft mit den Regierungen von Drittländern gehören Wahlhilfe und Unterstützung der Demokratie, Justiz- und Anti-Korruptionsreformen sowie die Förderung der Unabhängigkeit der Medien und der Grundfreiheiten.

Darüber hinaus spielt die EU durch ihr spezielles [Europäisches Instrument für Demokratie und Menschenrechte](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:1302_1) weltweit eine führende Rolle. Die Prioritäten des Instruments orientieren sich an dem EU-Aktionsplan für Menschenrechte und Demokratie (2014-2019). Es konzentriert sich auf die Stärkung internationaler Menschenrechtsgremien und Gerichte und richtet sich vor allem an die Zivilgesellschaft und unabhängige Aufsichtsgremien, um die Förderung und den Schutz von Menschenrechten und Demokratie zu gewährleisten.

So ermöglicht das Europäische Instrument für Demokratie und Menschenrechte Sofortmaßnahmen und vertrauliche Projekte zum Schutz von Menschenrechtsorganisationen und Menschenrechtsaktivisten, die in den schwierigsten Umgebungen arbeiten.

Gezielte Unterstützung für EU-Delegationen wird bereitgestellt, um **Kapazitäten zur Förderung der Menschenrechte aufzubauen**. Im Bereich der **Meinungsfreiheit geschieht** dies beispielsweise über zwei Programme:

* Unterstützung der Demokratie; und
* [Media4Democracy](http://epd.eu/media4democracy/).

*Fragilität und Resilienz*

2017 verabschiedete die EU eine [sektorübergreifende Verpflichtung zur Resilienz](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:52017JC0021). Ein Pilotprozess in sechs Ländern (Tschad, Irak, Myanmar, Nigeria, Sudan und Uganda) wurde gestartet, um einen breiteren Ansatz für die Verknüpfung von humanitärer Hilfe, Entwicklung und Frieden in fragilen Kontexten zu testen.

Im Laufe des Jahres 2017 wurden die Arbeiten zur Resilienz und zum Umgang mit Fragilitäten auch in den folgenden 4 Bereichen vorangetrieben.

* Stärkung des Resilienz-Rahmens, insbesondere durch die Annahme der gemeinsamen Mitteilung "Ein strategischer Ansatz für Resilienz im außenpolitischen Handeln der EU".
* Entwicklung und Umsetzung eines [integrierten Ansatzes für externe Konflikte und Krisen](http://europa.eu/globalstrategy/en/integrated-approach-conflicts). Der integrierte Ansatz bringt die relevanten EU-Institutionen und -Instrumente sowie die EU-Länder zusammen, um ein besser koordiniertes und kohärenteres außenpolitisches Handeln zu erreichen. Das übergeordnete Ziel ist es, die Wirkung der EU bei der Verhütung, Bewältigung und Lösung von Konflikten und Krisen zu stärken.
* Stärkung der Bedeutung von Resilienz in Konflikten und Krisen, u. a. mit der Reform des Staates und Verträgen zum Aufbau von Resilienz als Teil unserer Budgethilfeoperationen.
* Unterstützung des [internationalen Dialogs über Friedenskonsolidierung undStaatsaufbau](http://www.pbsbdialogue.org/en/), der von den Regierungen fragiler Länder und [zivilgesellschaftlichenOrganisationen](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/civil_society_organisation.html) (CSOs) selbst geführt wird.

*Sicherheit*

Die [Verordnung über das Instrument zur Förderung von Stabilität und Frieden (IcSP)](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:110102_3) ist das wichtigste Finanzinstrument der Kommission zur Verbesserung von Stabilität, Frieden und Resilienz in den Partnerländern. Aufgrund der globalen Reichweite und des sicherheitspolitischen Schwerpunkts des IcSP ist es komplementär zu anderen Finanzinstrumenten; insbesondere dort, wo geografische oder thematische Instrumente, die an Kriterien der öffentlichen Entwicklungshilfe gebunden sind, nicht eingesetzt werden können, aber auch, um Fragen transregionaler oder globaler Natur anzugehen. Im Rahmen des programmierbaren Teils des IcSP, der von der [Generaldirektion für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung](http://ec.europa.eu/europeaid/general_en) (DEVCO) verwaltet wird, laufen mehr als 260 Projekte, die 70 Ländern zugute kommen. Die Agenturen der Partnerländer und der EU-Länder führen diese Projekte gemeinsam durch.

Die Projekte decken ein breites Spektrum an Themen ab, z. B.: Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus; technische Unterstützung von Strafverfolgungsbehörden bei der Bekämpfung von Terrorismus, chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Bedrohungen, organisiertem Verbrechen, Drogenhandel oder Geldwäsche; Aufbau von Kapazitäten zur Verbesserung der Justizsysteme oder Schutz kritischer Infrastrukturen. Zu den unterstützenden Instrumenten können "Train the Trainer", Unterstützung vor Ort, Tabletop- und reale grenzüberschreitende Feldübungen sowie die Entwicklung nationaler Aktionspläne auf der Grundlage von Bedarfs- und Risikobewertungen gehören. Seit Januar 2018 kann die EU den Aufbau von Kapazitäten für Sicherheit und Entwicklung (CBSD) unterstützen. Militärs der Partnerländer können in Ausnahmefällen Ausbildung und Ausrüstung für Aktivitäten zur Unterstützung von Entwicklungszielen zur Verfügung gestellt werden.

Mit einem mehrdimensionalen Ansatz, der sich mit vorsätzlicher (Terrorismus, Kriminalität), aber auch unfallbedingter (Seveso, Fukushima) und umweltbedingter (Ebola) Sicherheit befasst, trägt das IcSP zu mehreren SDGs der Vereinten Nationen und Schlüsselbereichen des Europäischen Konsenses über die Entwicklungspolitik bei, einschließlich wichtiger vorrangiger Maßnahmen in der EU-Nachbarschaft.

*Nukleare Sicherheit*

Die Europäische Kommission fördert nicht die Kernenergie, die in der alleinigen Verantwortung der Regierung eines Staates liegt, aber sie fördert die nukleare Sicherheit. Jeder nukleare Unfall hat globale Auswirkungen auf die Gesellschaften, daher ist die Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen Sicherheit von größter Bedeutung für die Sicherheit der europäischen Bürger und der Umwelt.

Mit einem mehrdimensionalen Ansatz, der nukleare Sicherheit, Gesundheit, Umwelt und damit zusammenhängende Fragen behandelt, trägt das [Programm"Instrument für die Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen Sicherheit"](http://ec.europa.eu/europeaid/funding/funding-instruments-programming/funding-instruments/instrument-nuclear-safety-cooperation_en) zu vielen Schlüsselbereichen des Europäischen Konsenses über die Entwicklungspolitik bei, einschließlich wichtiger vorrangiger Maßnahmen in den Nachbarländern der EU, in Zentralasien und im Iran.

Herausforderungen bestehen in Ländern in der EU-Nachbarschaft. Diese Herausforderungen betreffen vor allem Länder, die sich für die Nutzung der Kernenergie entscheiden, wie Weißrussland und die Türkei, die Verlängerung der Reaktorlaufzeiten, wie Armenien und die Ukraine, sowie die Stilllegung und das Management radioaktiver Abfälle.

**Partnerschaften**

[SDG 17](http://www.un.org/sustainabledevelopment/globalpartnerships/) bezieht sich auf die Partnerschaft in der Entwicklung und unterstreicht die Bedeutung von inklusiven Multi-Stakeholder-Plattformen als Mittel zur effektiven Umsetzung der 2030-Agenda. Die EU setzt sich für die Verwirklichung von SDG 17 ein, sowohl durch eigene externe Maßnahmen und Ressourcen als auch durch die Erleichterung der Umsetzung durch andere. Die EU engagiert sich weiterhin in den entwicklungsbezogenen Prozessen der Vereinten Nationen, insbesondere in der [Globalen Partnerschaft für wirksame Entwicklungszusammenarbeit (GPEDC)](http://effectivecooperation.org/), die derzeit ein Monitoring der Entwicklungseffizienz auf Länderebene durchführt.

*Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft*

Mit der Verabschiedung der [Mitteilung von 2012 hat](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:52012DC0492) die Europäische Kommission zivilgesellschaftliche Organisationen (CSOs) als Akteure in der Governance anerkannt, nicht nur als Dienstleistungsanbieter. Die EU verfolgt auch bei der Umsetzung der SDGs einen inklusiven, gesamtgesellschaftlichen Ansatz", indem sie das Engagement auf unkonventionelle CSOs wie Stiftungen, Diaspora, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände usw. ausweitet. Vor allem Stiftungen spielen eine wachsende und einflussreiche Rolle.

Die Europäische Kommission hat den Dialog mit und die Konsultation von zivilgesellschaftlichen Organisationen gefördert, insbesondere durch das Politikforum für Entwicklung, das einen Raum für den Multi-Stakeholder-Austausch über Entwicklungspolitik bietet. Sie hat 25 Partnerschaftsrahmenvereinbarungen mit internationalen und regionalen zivilgesellschaftlichen Netzwerken unterzeichnet, um zivilgesellschaftliche Organisationen dabei zu unterstützen, zur regionalen und globalen Politikgestaltung beizutragen, insbesondere im Hinblick auf die erfolgreiche Umsetzung der SDGs.

Auf Länderebene hat die EU 107 Roadmaps für das Engagement mit der Zivilgesellschaft ausgearbeitet. Roadmaps sind der strategische und umfassende Rahmen eines Landes, der die gesamte Unterstützung der EU, einschließlich der Delegationen und der EU-Länder, gegenüber der Zivilgesellschaft umfasst. Konzipiert als gemeinsame Initiative der Europäischen Union und ihrer Länder wurden die Roadmaps eingeführt, um das Engagement Europas für die Zivilgesellschaft zu stärken.

Die EU hat für den Zeitraum 2014-2020 1,4 Milliarden Euro bereitgestellt, um CSOs auf globaler und nationaler Ebene durch das Programm für lokale CSOs zu unterstützen, das sich auf Partizipation, Partnerschaft und Multi-Stakeholder-Dialoge konzentriert, um die Kernwerte der Agenda 2030 zu reflektieren.

Der [Bericht](http://ec.europa.eu/europeaid/report-eu-engagement-civil-society_en) 2017 [über das Engagement der EU für die Zivilgesellschaft](http://ec.europa.eu/europeaid/report-eu-engagement-civil-society_en) beschreibt die vielen Formen und Beispiele, in denen diese Unterstützung stattfindet, und wie Europa sein Engagement für die Zivilgesellschaft verstärkt.

*Zusammenarbeit mit der Gebergemeinschaft*

Zusammengenommen sind die Europäische Union und ihre Länder der weltweit [führende Geber von öffentlicher Entwicklungshilfe](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-19-2075_en.htm). Die europäische Entwicklungshilfe macht fast 57 % der gesamten weltweiten Entwicklungshilfe der Geber des Entwicklungshilfeausschusses der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung aus. Die EU arbeitet auch an gemeinsamen Politiken und auf Länderebene, um gemeinsame Ansätze einzusetzen, einschließlich einer [gemeinsamen Programmierung](http://ec.europa.eu/europeaid/policies/eu-approach-aid-effectiveness/joint-programming_en).

In der Logik der Partnerschaft für die Umsetzung der 2030-Agenda und des Aktionsplans von Addis Abeba sowie zur Stärkung des Multilateralismus führt die Europäische Kommission außerdem einen regelmäßigen **Entwicklungsdialog mit Nicht-EU-Partnern**, wie Australien, Kanada, Japan, Korea und den USA. Der Kreis der Partner erweitert sich ständig durch die Zusammenarbeit mit neuen oder aufstrebenden Gebern, etwa aus der arabischen Welt.

*Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen*

Die EU arbeitet auch strategisch mit der UNO und anderen internationalen Organisationen und internationalen Finanzinstitutionen zusammen. Neben der umfangreichen Hilfe, die über diese Organisationen und Institutionen geleistet wird, finden regelmäßige strategische Dialoge auf hoher Ebene statt. Die EU ist hier besonders aktiv:

* in entwicklungsbezogenen **UN-Prozessen**, einschließlich des hochrangigen politischen Forums und des Forums für Entwicklungsfinanzierung, sowie die Unterstützung der UN, insbesondere durch die erneuerte [EU-UN-Partnerschaft im Bereich Entwicklung (2018)](http://eeas.europa.eu/delegations/guyana_en/51265/EU-UN%20renewed%20partnership%20in%20development);
* an den Diskussionen und Beratungen der [Organisation for Economic Co-operation and Development](http://www.oecd.org/development/)durch die Teilnahme am Entwicklungshilfeausschuss (DAC);
* in der **G20** und der **G7**, wobei sie darauf achtet, ihr Engagement für die Umsetzung der 2030-Agenda und ihrer SDGs zu unterstreichen;
* bei der Stärkung ihrer **Partnerschaften mit internationalen Finanzinstitutionen**, wie der Weltbankgruppe (WBG) und dem Internationalen Währungsfonds (IWF), sowie anderen internationalen und **europäischen Finanzinstitutionen und regionalen Entwicklungsbanken**.

**WAS IST DAS ZIEL DER MITTEILUNG UND DER VERTRAGSARTIKEL ZUR WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSPOLITIK?**

In der Mitteilung werden die Maßnahmen dargelegt, die ergriffen werden sollten, um die erste Stufe der [Wirtschafts- und Währungsunion (WWU)](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/economic_monetary_union.html), die am 1. Juli 2015 begann, bis Anfang 2017 zu vollenden. Inzwischen ist ein zukunftsweisenderes [Reflexionspapier](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:52017DC0291) der Europäischen Kommission [zur Vertiefung der WWU](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:52017DC0291) gefolgt.

Die Artikel 119, 120 und 121 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union betreffen die Wirtschafts- und Währungspolitik der EU. Nach diesen Artikeln verpflichten sich die EU-Länder zu:

* ihre Wirtschaftspolitik zu koordinieren,
* auf eine Konvergenz ihrer Wirtschaftsleistung hinarbeiten und
* nach den Grundsätzen einer offenen Marktwirtschaft handeln.

**SCHLÜSSELPUNKTE**

Die Kommunikation ist erforderlich:

* **ein neu gestaltetes** [europäisches Semester\*](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_semester.html) von:
  + die engere Verzahnung von [Euroraum](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/eurozone.html) und nationaler Politik,
  + stärkere Ausrichtung auf die Beschäftigungs- und Sozialpolitik,
  + Förderung der wirtschaftlichen Konvergenz durch den Einsatz von Benchmarking und Best Practice,
  + Einsatz von [EU-Struktur- und Investitionsfonds](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/structural_cohesion_fund.html) und technischer Hilfe zur Unterstützung von Wirtschaftsreformen;
* **verbesserte** [wirtschaftliche governance](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/economic_governance.html)durch:
  + Verringerung der Komplexität und Erhöhung der Transparenz der fiskalischen Regeln,
  + Stärkung der Verfahren zur Bewältigung [makroökonomischer Ungleichgewichte](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/mip.html),
  + die Schaffung von nationalen Gremien für die Wettbewerbsfähigkeit, die unabhängiges Fachwissen bereitstellen,
  + die Einrichtung eines beratenden [Europäischen Fiskalausschusses](http://ec.europa.eu/economy_finance/graphs/2016-10-20_european_fiscal_board_en.htm) zur Verbesserung der fiskalischen Überwachung des Euroraums;
* eine **stärkere Vertretung** des Euro **nach außen**, indem die Länder des Euroraums ermutigt werden, auf der internationalen Bühne, insbesondere im [Internationalen Währungsfonds,](http://www.imf.org/external/index.htm) als Einheit aufzutreten;
* **Schritte in Richtung einer Finanzunion**, vor allem durch:
  + Ausfüllen einer [Bankverbindung union](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/europe_banking_union.html),
  + Genehmigung eines gemeinsamen [europäischenEinlagenversicherungssystems](http://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/banking-and-finance/banking-union/european-deposit-insurance-scheme_en),
  + [die](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:2405_5) Schaffung einer [Kapitalmarktunion](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:2405_5);
* eine wirksamere **demokratische Legitimation** durch die Stärkung der parlamentarischen Kontrolle der WWU-Entwicklungen durch das Europäische Parlament und die Entwicklung einer engeren Einbeziehung der nationalen Parlamente.

Im Mai 2017 veröffentlichte die Kommission, aufbauend auf der Mitteilung von 2015, ein Reflexionspapier zur Vertiefung der WWU. Darin wurden **vier Grundsätze** zur Stärkung der gemeinsamen Währung und zur gemeinsamen Bewältigung von Themen von gemeinsamem Interesse, die über die nationalen Grenzen hinausgehen, befürwortet. Diese sind:

* **Arbeitsplätze**, **Wachstum**, **soziale Gerechtigkeit**, **wirtschaftliche Konvergenz** und **finanzielle Stabilität**, die die Hauptziele der WWU sind;
* **Verantwortung** und **Solidarität** sowie **Risikominderung** und **Risikoteilung**, die eng miteinander verbunden sind;
* Die **Mitgliedschaft in der EWU**, die allen EU-Ländern offen steht (mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs ([1](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/HTML/?uri=LEGISSUM:1402_4&from=EN#BREXIT)) und Dänemarks, die ein [Opt-out](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/opting_out.html) haben) - der Binnenmarkt ist der Schlüssel für eine gut funktionierende gemeinsame Währung und seine Integrität muss erhalten bleiben;
* **Entscheidungsfindung**, die transparenter und demokratisch verantwortlicher werden sollte.

Das Papier hob die Notwendigkeit von Fortschritten in **3 Bereichen** hervor:

* die Vollendung einer **echten Finanzunion**, insbesondere durch die Stärkung der Widerstandsfähigkeit des Bankensektors;
* Erreichen einer **stärker integrierten Wirtschafts- und Fiskalunion** durch Verbesserung der makroökonomischen Stabilisierung im Euroraum;
* Stärkung der WWU-Architektur durch eine **stärkere Aufteilung der nationalen Zuständigkeiten und Entscheidungen** über Angelegenheiten des Euroraums innerhalb eines gemeinsamen Rechtsrahmens.

**HINTERGRUND**

Im Juni 2015 haben die Präsidenten der Kommission, des [Europäischen Parlaments](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_parliament.html), der [Europäischen Zentralbank](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_central_bank.html), des Euro-Gipfels und der [Eurogruppe](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/eurogroup.html) ihren Bericht (["Bericht der fünf Präsidenten"](http://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/5-presidents-report_en.pdf)) über die Vollendung der WWU vorgelegt. In der Mitteilung wird der Fahrplan für Stufe 1, den ihr Bericht enthielt, näher erläutert.

Das WWU-Reflexionspapier der Kommission ist Teil einer Reihe, die mit dem Weißbuch über die Zukunft Europas im März 2017 eingeleitet wurde und die Folgendes umfasst:

* ein Reflexionspapier über die [soziale Dimension von Europa](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:52017DC0206) und
* ein Reflexionspapier über die [Zukunft der EU-Finanzen](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:52017DC0358).

**WAS IST DAS ZIEL DER REGELUNG?**

Sie schafft einen gemeinsamen Rahmen für statistische Standards zur Erstellung harmonisierter Daten im Bereich der Bildung und des lebenslangen Lernens.

**SCHLÜSSELPUNKTE**

Die Regelung umfasst die folgenden Bereiche:

* 1.

Bildungs- und Ausbildungssysteme;

* 2.

andere Statistiken über Bildung und lebenslanges Lernen (z. B. Statistiken über Humankapital und über den sozialen und wirtschaftlichen Nutzen von Bildung).

Die Erstellung von Statistiken auf der Ebene der Europäischen Union (EU) wird unter anderem durch statistische Einzelmaßnahmen umgesetzt:

* für den ersten Bereich, regelmäßige und rechtzeitige Lieferung von Statistiken durch die EU-Länder;
* im Rahmen des zweiten Bereichs die Verwendung von ergänzenden Variablen und Indikatoren aus anderen statistischen Informationssystemen und Erhebungen;
* Entwicklung, Verbesserung und Aktualisierung von Standards und Handbüchern, die Rahmenbedingungen, Konzepte und Methoden definieren;
* Verbesserung der Datenqualität im Rahmen des Qualitätsrahmens.

Die [Europäische Kommission](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_commission.html) wird die verfügbaren Kapazitäten der EU-Länder im Hinblick auf die oben genannten Maßnahmen in Betracht ziehen. Bei den gesammelten Daten werden, wann immer möglich, regionale und geschlechtsspezifische Aspekte berücksichtigt.

Die Kommission ([Eurostat](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:4301897)) wird auch mit dem [Institut für Statistikder Organisationder Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur(UNESCO)](http://www.uis.unesco.org/Pages/default.aspx), der [Organisation for Economic Cooperation and Development](http://www.oecd.org/)(OECD) und anderen internationalen Organisationen zusammenarbeiten, um die Vergleichbarkeit der Daten auf internationaler Ebene zu gewährleisten und Doppelarbeit zu vermeiden.

**Bildungssysteme (UOE)**

Ab dem Schuljahr 2012/2013: Verordnung (EU) Nr. [912/2013](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:32013R0912) der Kommission vom 23. September 2013 in Bezug auf Statistiken über Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung.

**Umfrage zur Erwachsenenbildung (AES)**

2016 AES: Verordnung (EU) Nr. [1175/2014](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:32014R1175) der Kommission vom 30. Oktober 2014 zu Statistiken über die Teilnahme von Erwachsenen am lebenslangen Lernen.

**AB WANN GILT DIE REGELUNG?**

Die Verordnung (EG) Nr. 452/2008 gilt seit dem 24. Juni 2008.

Die Änderungsverordnung (EU) 2019/1700 gilt ab dem 1. Januar 2021.

**WAS IST DAS ZIEL DER REGELUNG?**

* Sie legt fest:
  + einen europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI);
  + einen EU-Garantiefonds;
  + ein europäisches Zentrum für Investitionsberatung; und
  + ein europäisches Portal für Investitionsprojekte.
* Sie legt deren Betriebsbedingungen fest.

**SCHLÜSSELPUNKTE**

Der EFSI, der durch seine EU-Garantie Risiken für die [Europäische Investitionsbank (EIB)](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_investment_bank.html) übernehmen kann, unterstützt Investitionen und einen verbesserten Zugang zu Finanzmitteln für Unternehmen mit bis zu 3.000 Beschäftigten. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf [**kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)**](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/sme.html) und kleinen Unternehmen **mit mittlerer Kapitalisierung\***.

Die Governance des EFSI besteht aus:

* einen Lenkungsausschuss;
* einen Geschäftsführer;
* einen stellvertretenden Geschäftsführer; und
* einen Investitionsausschuss.

Die Verwaltung des EFSI erfolgt auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen der [Europäischen Kommission](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_commission.html) und der EIB.

Grundsätzlich unterstützt der EFSI Projekte, die mit einem höheren Risiko verbunden sind als diejenigen, die die EIB normalerweise unterstützt, und die darauf abzielen, Arbeitsplätze und ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu schaffen.

Um für eine EFSI-Förderung in **Frage zu** kommen, müssen die Projekte sein:

* wirtschaftlich und technisch machbar;
* die Investitionen des privaten Sektors optimal zu nutzen;
* mit der EU-Politik vereinbar sein; und
* **Zusätzlichkeit\*** bieten, indem Marktversagen oder suboptimale Investitionssituationen behoben werden.

**EU-Garantie und Garantiefonds**

Die Garantie kann zur Unterstützung von Zielen verwendet werden, wie z. B:

* Forschung, Entwicklung und Innovation, z. B. durch
  + Projekte im Rahmen von [Horizon 2020](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/horizon_2020.html)
  + Forschungsinfrastruktur
  + Wissens- und Technologietransfer;
* Entwicklung des Energiesektors (z. B. Energieeffizienz, erneuerbare Energien), der Verkehrsinfrastruktur und -ausrüstung sowie des Umweltschutzes und der Ressourceneffizienz;
* Entwicklung und Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien;
* Humankapital (Bildung), Kultur und Kreativwirtschaft sowie Gesundheit (wirksamere Medikamente);
* Finanzielle Unterstützung für Unternehmen mit bis zu 3.000 Mitarbeitern (z.B. Betriebskapital und Risikofinanzierung).

Die Garantie kann zur Deckung von EIB-Darlehen oder anderen Finanzierungs- oder Kreditformen, auch zugunsten von nationalen [Förderbanken](http://www.eib.org/about/partners/npbis/index.htm) oder -instituten, Investitionsplattformen oder Fonds, verwendet werden. EIB-Finanzierungen oder Garantien für den [Europäischen Investitionsfonds (EIF)](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:o10007) kommen ebenfalls für eine Garantiedeckung in Betracht.

Die EU-Garantie darf nicht mehr als **16 Mrd. €** betragen.

Der EU-Garantiefonds wird aus dem allgemeinen [EU-Haushalt](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/budget.html) und anderen Einnahmequellen, wie z. B. den Erträgen aus den von ihm getätigten Investitionen, finanziert.

**Europäisches Zentrum für Investitionsberatung**

* Der [Hub](http://www.eib.org/eiah/index.htm) bietet beratende Unterstützung bei der Identifizierung, Vorbereitung und Entwicklung von Investitionsprojekten.
* Sie fungiert als **zentrale Anlaufstelle** für technische Unterstützung in den für den EFSI relevanten Bereichen, insbesondere Energieeffizienz und Verkehrsinfrastruktur.
* Die EU beteiligt sich bis Ende 2020 mit jährlich bis zu 20 Millionen Euro an den Kosten.

**Portal für europäische Investitionsprojekte**

Hierbei handelt es sich um eine öffentlich zugängliche, benutzerfreundliche [Datenbank](http://ec.europa.eu/priorities/european-investment-project-portal-eipp_en) mit Details zu aktuellen und zukünftigen Investitionsprojekten in der EU.

**Vereinbarung zwischen dem** [**Europäischen Parlament (EP)**](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_parliament.html) **und der EIB**

Im Frühjahr 2017 unterzeichneten das EP und die EIB eine [Vereinbarung](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:22017A0519%2801%29) gemäß der Verordnung (EU) 2015/1017 (Artikel 17). Sie betrifft die detaillierten Regelungen für den Informationsaustausch zwischen dem EP und der EIB, einschließlich des Auswahlverfahrens für den geschäftsführenden Direktor des EFSI und den stellvertretenden geschäftsführenden Direktor des EFSI.

Auf Ersuchen des EP erstatten der Vorsitzende des EFSI-Lenkungsausschusses und der Geschäftsführende Direktor dem EP Bericht über die Leistung des EFSI. Dies kann die Teilnahme an Anhörungen vor dem EP, die Erstellung von Berichten und die Beantwortung von Fragen umfassen.

**Erweiterung des EFSI**

Da der EFSI zunächst für einen Zeitraum von 3 Jahren geschaffen wurde, wurde die Verordnung (EU) 2015/1017 im Dezember 2017 durch die Verordnung (EU) [2017/2396](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:32017R2396) geändert, die:

* verlängert die Laufzeit des EFSI bis zum Ende des aktuellen [mehrjährigen Finanzrahmens](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/multiannual_financial_framework.html), um die Mobilisierung von mindestens **500 Mrd. EUR** an privaten und öffentlichen Investitionen bis 2020 zu ermöglichen;
* erhöht die **EU-Garantie** auf **26 Mrd. €**;
* erhöht sich der **Beitrag der EIB** auf **7,5 Mrd. €** für den gesamten Investitionszeitraum;
* passt die **Zielquote des EU-Garantiefonds auf 35 %** der gesamten EU-Garantieverpflichtung an, um ein angemessenes Schutzniveau zu gewährleisten;
* ermöglicht eine Übertragung aus der Zuweisung an die [Fazilität "Connecting Europe" (CEF)](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:3207_2) gemäß der Verordnung (EU) Nr. 1316/2013 sowie aus den Einnahmen und Rückzahlungen im Rahmen [des Darlehensinstruments der CEF](http://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/growth-and-investment/financing-investment/connecting-europe-facility-cef-financial-instruments_en) und des [Europäischen Fonds für Energie, Klimawandel und Infrastruktur 2020 (Marguerite-Fonds)](http://www.marguerite.com/about-us/background/) zur teilweisen Finanzierung des Beitrags aus dem Gesamthaushaltsplan der EU zum EU-Garantiefonds für zusätzliche Investitionen.

**AB WANN GILT DIE REGELUNG?**

Sie gilt seit dem 4. Juli 2015.

**HINTERGRUND**

Für weitere Informationen siehe:

* [InvestitionsplanfürEuropa](http://ec.europa.eu/commission/priorities/jobs-growth-and-investment/investment-plan_en) (*Europäische Kommission*)
* [Europäischer Fonds für strategische Investitionen (EFSI)](http://www.eib.org/efsi/index.htm) (*Europäische Investitionsbank*).

**SCHLÜSSELBEGRIFFE**

**Mittlere Kapitalisierung:** Obwohl es keine einheitliche EU-Definition gibt, werden diese Unternehmen, die auch als Mid-Caps bezeichnet werden, im Allgemeinen als Unternehmen mit 250 bis 3.000 Mitarbeitern bezeichnet.

**Zusätzlichkeit:** In diesem Zusammenhang darf eine Finanzierung aus dem EFSI nicht die nationalen Ausgaben eines EU-Landes, die Finanzierung im Rahmen eines EU-Programms oder Standardoperationen der EIB ersetzen.

**Leistungsstarke, kostengünstige, kohlenstoffarme und nachhaltige Energie**

Die EU-Strategie für Innovation und Energietechnologie ist ein integraler Bestandteil der Energiepolitik der EU. Sie zielt darauf ab, Energietechnologie und Innovation weiterzuentwickeln.

**ACT**

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen - Energietechnologien und Innovation ([KOM(2013) 253 endgültig](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:52013DC0253) vom 2. Mai 2013)

**ZUSAMMENFASSUNG**

Die EU-Strategie für Innovation und Energietechnologie ist ein integraler Bestandteil der Energiepolitik der EU. Sie zielt darauf ab, Energietechnologie und Innovation weiterzuentwickeln.

**WAS BEWIRKT DIESE KOMMUNIKATION?**

Darin wird eine Strategie dargelegt, die die bestehenden Rechtsvorschriften ergänzt, um sicherzustellen, dass die EU weiterhin über einen führenden Technologie- und Innovationssektor verfügt, der die energiepolitischen Herausforderungen für 2020 und darüber hinaus bewältigen kann.

Es zielt darauf ab, [leistungsstarke, kostengünstige, kohlenstoffarme und nachhaltige](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=uriserv:180101_2) Energietechnologien auf den Markt zu bringen und so die Ziele der Strategie [Europa 2020](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=uriserv:em0028) für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum zu erreichen.

**SCHLÜSSELPUNKTE**

Diese Kommunikation kapselt die Prinzipien von:

* bei der Prioritätensetzung das gesamte Energiesystem zu betrachten (d.h. wie sich eine einzelne Technologie auf das gesamte Energiesystem auswirkt);
* Stärkung der Verbindung zwischen Innovation und Energiepolitik;
* Bündelung der finanziellen Ressourcen für Forschung und Innovation; und
* mit Fokus auf Technologien für die Zeit nach 2020.

Die Europäische Kommission möchte zusammen mit den Interessengruppen des [EU-Strategieplans für Energietechnologie (SET-Plan\*)](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=uriserv:en0019) die Entwicklung (unter der Leitung der SET-Plan-Lenkungsgruppe) eines integrierten Fahrplans sicherstellen, der:

* 1.

konsolidiert die Technologie-Roadmaps des SET-Plans;

* 2.

deckt die gesamte Forschungs- und Innovationskette ab (von der Grundlagenforschung bis zur Markteinführung); und

* 3.

identifiziert klare Rollen und Aufgaben für die verschiedenen Akteure, wie z. B. die [Europäische Energieforschungsallianz](http://www.eera-set.eu/) (EERA) und das [Europäische Institut für Innovation und Technologie](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=uriserv:2702_1) (EIT).

Darüber hinaus soll ein Aktionsplan mit gemeinsamen und individuellen Investitionen zur Unterstützung der integrierten Roadmap definiert werden.

Die Kommission und die EU-Länder sollen die Berichterstattung und Überwachung des [integrierten Fahrplans und des Aktionsplans mit Hilfe](https://setis.ec.europa.eu/set-plan-process/integrated-roadmap-and-action-plan) des [Informationssystems für strategische Energietechnologien](https://setis.ec.europa.eu/about-setis) (SETIS) des SET-Plans verstärken.

Die Kommission soll eine Koordinierungsstruktur (im Rahmen der Lenkungsgruppe des SET-Plans) einrichten, um Investitionen in Forschung und Innovation zur Energieeffizienz zu fördern.

In der Mitteilung werden das Europäische Parlament und der Europäische Rat aufgefordert,:

* bekräftigen ihre Unterstützung für den SET-Plan;
* die wichtigsten Grundsätze und Entwicklungen, die für Energietechnologie und -innovation in der gesamten EU erforderlich sind, zu unterstützen und
* Unterstützung der Angleichung von EU-, nationalen und privaten Ressourcen, um zu dieser Strategie beizutragen.

**HINTERGRUND**

Kohlenstoffarme Technologien (d. h. Solarenergie, Windkraft oder Kohlenstoffabscheidung und -speicherung) haben ein großes Potenzial für die [Verringerung der Treibhausgasemissionen](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=uriserv:2001_10) (THG), die Verbesserung der nachhaltigen Energieversorgung, die Schaffung von Arbeitsplätzen, Wirtschaftswachstum und die Verringerung der Abhängigkeit Europas von externen Energielieferanten. Allerdings sind Innovationen in diesem Bereich in der Regel teuer, riskant und langsam, weshalb eine Strategie für ihre Entwicklung erforderlich ist.

## WAS BEWIRKT DIESE KOMMUNIKATION?

Jedes Jahr verabschiedet die [Europäische Kommission](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_commission.html) ihr "Erweiterungspaket" - eine Reihe von Dokumenten, in denen sie ihre Politik zur [EU-Erweiterung](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/enlargement.html) erläutert.

Dieses Paket umfasst das [Strategiepapier zur Erweiterung](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:52015DC0611), in dem das weitere Vorgehen dargelegt und eine Bestandsaufnahme der Fortschritte jedes einzelnen [Kandidatenlandes](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/applicant_countries.html) und jedes potenziellen Kandidatenlandes vorgenommen wird. Dem Strategiepapier sind detaillierte Berichte über jedes der Länder beigefügt.

## SCHLÜSSELPUNKTE

Neben der Gesamtstrategie enthält das Paket die folgenden Berichte, in denen die Fortschritte der einzelnen Kandidatenländer und potenziellen Kandidatenländer im vergangenen Jahr erörtert und Leitlinien für die Reformprioritäten festgelegt werden:

* [Montenegro Bericht 2015](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:52015SC0210)
* [Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien Bericht 2015](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:52015SC0212)
* [Albanien Bericht 2015](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:52015SC0213)
* [Serbien Bericht 2015](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:52015SC0211)
* [Türkei Bericht 2015](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:52015SC0216)
* [Bosnien und Herzegowina Bericht 2015](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:52015SC0214)
* [Kosovo\* Bericht 2015](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:52015SC0215)

**\*** Diese Bezeichnung präjudiziert nicht die Positionen zum Status und steht im Einklang mit der [Resolution 1244/99 des UN-Sicherheitsrates](http://daccess-ods.un.org/access.nsf/Get?Open&DS=S/RES/1244%20(1999)&Lang=E&Area=UNDOC) und dem [IGH-Gutachten zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovo](http://www.icj-cij.org/en/case/141).

## HINTERGRUND

* Weitere Informationen finden Sie unter ["Check current status"](http://ec.europa.eu/enlargement/countries/check-current-status/index_en.htm) auf der Website der Europäischen Kommission.

**WAS IST DAS ZIEL DER ENTSCHEIDUNG?**

Es soll sicherstellen:

* dass die Finanzinstrumente der EU, die [kleine und mittlere Unternehmen (KMU)](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/sme.html) unterstützen, eine schnelle Reaktion ermöglichen, indem ein Modell der Finanzierungsvereinbarung geschaffen wird, das einheitliche Bedingungen und Gleichbehandlung für und unter den teilnehmenden EU-Ländern, die die Mittel nutzen, gewährleistet;
* kohärente Regeln für den Beitrag dieser Mittel zu jeder einzelnen Finanzierungsvereinbarung, die zwischen den teilnehmenden EU-Ländern und der [Europäischen Investitionsbank (EIB)](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_investment_bank.html) oder dem [Europäischen Investitionsfonds (EIF) geschlossen wird,](http://www.eif.org/) sowie für die in den Übertragungsvereinbarungen enthaltenen Regeln bezüglich anderer Quellen im Rahmen der Programme Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und kleinen und mittleren Unternehmen ([COSME](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:1901_3)) und [Horizont 2020](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/horizon_2020.html).

**SCHLÜSSELPUNKTE**

**Umfang**

Der Beschluss legt das Muster der Finanzierungsvereinbarung für den finanziellen Beitrag fest:

* des [Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=legissum:2602_3) und des [Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=legissum:0301_1);
* zu **gemeinsamen ungedeckten** Garantie\*- und Verbriefungs\*-Finanzinstrumenten zugunsten von KMU; und
* die zwischen der EIB oder dem EIF und jedem teilnehmenden EU-Land abgeschlossen werden.

**Regeln**

Die Regeln für die Muster-Finanzierungsvereinbarung sind im Anhang des Beschlusses aufgeführt. Sie umfassen eine Reihe von Elementen, darunter:

* Förderfähigkeits- und Ausschlusskriterien der neuen Fremdfinanzierung\*;
* allgemeine Grundsätze im Zusammenhang mit der Implementierung und Verwaltung der beiden Finanzinstrumente;
* territoriale Abdeckung;
* minimale Hebeleffekte, Meilensteine und Pönalen;
* Aufgaben und Pflichten des EIF;
* Auswahl der Finanzintermediäre und operative Vereinbarungen;
* Steuerung;
* Beiträge.

**AB WANN GILT DIE ENTSCHEIDUNG?**

Sie gilt seit dem 13. September 2014.

**HINTERGRUND**

Für weitere Informationen siehe:

* [LändlicheEntwicklung2014-2020](http://ec.europa.eu/agriculture/rural-development-2014-2020_en) (*Europäische Kommission*)
* [Europäischer Fonds für regionale Entwicklung](http://ec.europa.eu/regional_policy/en/funding/erdf/) (*Europäische Kommission*)
* [System für die Fondsverwaltung in der Europäischen Union - EFRE](http://ec.europa.eu/sfc/en/2014/fund/erdf) (*Europäische Kommission*).

**SCHLÜSSELBEGRIFFE**

**Gemeinsame ungedeckte Garantie:** Bietet ungedeckte Portfoliogarantien und eine vorgesehene teilweise Kapitalentlastung für Banken, die neue Kreditportfolios aufbauen. Im Gegenzug übertragen die Originatoren die Vorteile des Instruments an KMU in Form der Annahme von Kunden mit höherem Risiko, reduzierten Anforderungen an die Sicherheiten und/oder reduzierten Preisen.

**Verbriefung:** durch ein Portfolio bestehender Kredite unterlegt. Im Gegenzug erklären sich die Originatoren ausdrücklich bereit, neue EU-Finanzierungen für KMU in den betreffenden Regionen in Übereinstimmung mit den Förderkriterien, die die EU-Fonds in die Struktur eingebracht haben, zu übernehmen.

**Neue Fremdfinanzierung:** neue Darlehen, Leasingverträge oder Garantien an Endempfänger, die vom Finanzintermediär bis spätestens 31. Dezember 2023 gemäß den in den operativen Vereinbarungen festgelegten Bedingungen vergeben werden.

## WAS IST DAS ZIEL DER REGELUNG?

* Diese Verordnung, die Monitoring-Mechanismus-Verordnung (MMR), erweitert und verbessert den bisherigen Mechanismus zur Überwachung von Treibhausgasemissionen (THG) in der [EU](https://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/eu_union.html) erheblich.
* Sie zielt darauf ab, die Überwachungs- und Berichterstattungsverfahren und -regeln für Treibhausgasemissionen zu verbessern.
* Sie enthält neue Anforderungen an die Berichterstattung und Überwachung, die sich aus dem [Klima- und Energiepaket 2020](http://ec.europa.eu/clima/policies/strategies/2020_en) der EU und aus den jüngsten Beschlüssen des [Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen](http://unfccc.int/2860.php) (UNFCCC) ergeben, und ersetzt den alten Überwachungsmechanismus, der unter der Entscheidung [280/2004/EG eingerichtet wurde](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/ALL/?uri=CELEX:32004D0280).

## SCHLÜSSELPUNKTE

Die Regelung:

* verbessert die **Überwachungs-, Berichts- und** Überprüfungsverfahren und -regeln, was die Umsetzung der nationalen und internationalen Verpflichtungen ermöglicht;
* richtet ein EU-weites **Treibhausgasinventarsystem\* ein**, das die Transparenz und Vollständigkeit der Treibhausgasinventare [der EU-Mitgliedstaaten](https://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/member_states.html) verbessern soll;
* enthält die Informationen der Mitgliedsstaaten über ihre **Planungen und Strategien zur Anpassung an den Klimawandel**, die Aspekte wie Überschwemmungen, Dürren und extreme Temperaturen abdecken;
* verbessert die Berichterstattung der EU und der Mitgliedsstaaten über die **finanzielle und technologische Unterstützung** der Entwicklungsländer;
* gewährleistet die **Aktualität, Transparenz, Genauigkeit, Vergleichbarkeit und Vollständigkeit der** von der EU und den Mitgliedsstaaten gemeldeten **Daten**.

**Aufhebung**

Die Verordnung (EU) Nr. 525/2013 wurde aufgehoben und durch die Verordnung (EU) [2018/1999](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=celex%3A32018R1999) (siehe [Zusammenfassung](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:4372643)) mit Wirkung zum 30. Dezember 2020 ersetzt, wobei einige Übergangsmaßnahmen noch in Kraft sind.

## AB WANN GILT DIE REGELUNG?

Sie gilt seit dem 8. Juli 2013.

## HINTERGRUND

* Infolge verschiedener internationaler Klimaverhandlungen und neuer UNFCCC-Anforderungen sowie unter Berücksichtigung neuer EU-Rechtsvorschriften musste die Entscheidung 280/2004/EG, die weniger strenge Maßnahmen zur Überwachung der EU-THG-Emissionen und zur Umsetzung des [Kyoto-Protokolls](https://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/kyoto_protocol.html) enthielt, erheblich verbessert werden.
* Im Jahr 2013 verabschiedete die EU den MMR und hob damit die Entscheidung 280/2004/EG auf. Damit wurde sichergestellt, dass sie über einen robusten Berichtsmechanismus zu den Projektionen, Politiken und Maßnahmen der EU in Bezug auf Treibhausgasemissionen verfügt.
* Die [Europäische Kommission](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_commission.html) veröffentlicht jedes Jahr ihren Fortschrittsbericht zum Klimaschutz. Sie berichtet auch regelmäßig an die UN.
* Für weitere Informationen siehe:
  + [Emissionsüberwachung und -berichterstattung](http://ec.europa.eu/clima/policies/strategies/progress/monitoring_en) (*Europäische Kommission*)
  + [Abschwächung desKlimawandels](https://www.eea.europa.eu/themes/climate) (*Europäische Umweltagentur*).

## SCHLÜSSELBEGRIFFE

**Treibhausgasinventar:** Dies ist ein Emissionsinventar, das 7 verschiedene Treibhausgase aus allen Sektoren erfasst, einschließlich Energie, Industrieprozesse, Abfall, Landwirtschaft und Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF). Das Treibhausgasinventar der EU wird jedes Jahr von der Europäischen Kommission erstellt, die von der Europäischen Umweltagentur unterstützt wird.

**WAS IST DAS ZIEL DER ENTSCHEIDUNG?**

* Sie schließt das regionale Übereinkommen über Pan-Europa-Mittelmeer-Präferenzursprungsregeln\* ab.
* Dieses Übereinkommen ermöglicht es den Ländern der Pan-Europa-Mittelmeer-Zone (in den Stichpunkten unten aufgeführt), von gemeinsamen Regeln und einer bevorzugten Zollbehandlung zu profitieren.
* Es zielt darauf ab, eine tiefere wirtschaftliche Integration und stärkere Handelsbeziehungen in der Region zu fördern.

**SCHLÜSSELPUNKTE**

Ein regionales Übereinkommen über den Ursprung der in der Pan-Europa-Mittelmeer-Zone gehandelten Waren wurde im April 2011 im Namen der EU unterzeichnet. Das Übereinkommen fasst in einem **einzigen Rechtsinstrument** alle Regeln bezüglich des Ursprungs von Waren zusammen, die im Rahmen von rund 60 bilateralen Freihandelsabkommen (FHA) zwischen Ländern der Pan-Europa-Mittelmeer-Zone einschließlich der [EU-Stabilisierung and Association process (SAP)](https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/policy/glossary/terms/sap_en) gehandelt werden.

**Vertragsparteien**

Neben der EU sind die Vertragsparteien dieser Konvention:

* die Staaten [der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA)](http://www.efta.int/): Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz;
* Unterzeichner der [Erklärung von Barcelona](http://www.eeas.europa.eu/archives/docs/euromed/docs/bd_en.pdf): Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Marokko, die Palästinensische Autonomiebehörde, Syrien, Tunesien und die Türkei;
* den Färöern;
* Teilnehmer am SAP-Prozess: Bosnien-Herzegowina, Kroatien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Albanien, Montenegro und Serbien, sowie der Kosovo (1);
* der Republik Moldau, Georgien und der Ukraine.

**Ursprüngliche Produkte**

Damit die Zollpräferenzen angewendet werden können, muss der Ursprung der Waren festgestellt werden. Waren gelten als Ursprungserzeugnisse der Pan-Europa-Mittelmeer-Kumulierungszone, wenn sie es sind:

* die im Gebiet einer Vertragspartei vollständig gewonnen oder hergestellt worden sind (z. B. durch Gewinnung, Ernte oder - im Fall von lebenden Tieren - durch Geburt und Aufzucht);
* aus Vormaterialien mit Ursprung in Ländern, die das Übereinkommen nicht unterzeichnet haben (Vormaterialien ohne Ursprungseigenschaft), die aber im Gebiet einer Vertragspartei ausreichend be- oder verarbeitet worden sind (Anhang II der Anlage I);
* aus dem [Europäischen Wirtschaftsraum (EWR)](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:em0024) importiert und in eine andere Vertragspartei exportiert werden.

**Pan-Europa-Mittelmeer-Kumulierungszone**

Das Übereinkommen funktioniert auf der Grundlage eines **Kumulierungssystems**, bei dem die Vertragsparteien Ursprungserzeugnisse der jeweils anderen Partei so verwenden können, als wären sie im Inland hergestellt worden. Im Rahmen des Systems der Paneuropa-Mittelmeer-Ursprungskumulierung funktioniert ein System der [diagonalen Kumulierung](http://www.wcoomd.org/en/topics/origin/instrument-and-tools/comparative-study-on-preferential-rules-of-origin/specific-topics/study-annex/cum-dia.aspx) zwischen der EU und vielen der betreffenden Länder.

**Nachweis der Herkunft**

* Die Zollbehörden des Ausfuhrlandes stellen **Warenverkehrsbescheinigungen** [EUR.1](https://www.chamber-international.com/exporting-chamber-international/documentation-for-export-and-import/eur-1-certificates/) oder EUR-MED als Nachweis der Ursprungsansprüche aus. Damit können Einführer in anderen Vertragsparteien die Zollpräferenzregelungen in Anspruch nehmen.
* Eine **Ursprungserklärung** oder eine Ursprungserklärung EUR-MED kann auch von einem ermächtigten Ausführer abgegeben werden.

**Vereinbarungen zur Verwaltungszusammenarbeit**

Die Zollbehörden der Vertragsparteien stimmen sich untereinander ab (z. B. durch gemeinsame Nutzung von Musterabdrücken von Stempeln, die zur Ausstellung von Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1 und EUR-MED oder zur Prüfung von Ursprungsnachweisen verwendet werden).

**Management und Implementierung**

Ein gemeinsamer Ausschuss, der sich aus Vertretern aller Vertragsparteien zusammensetzt, sorgt für die Verwaltung und Umsetzung der Konvention.

(1) Diese Benennung erfolgt unbeschadet der Stellungnahmen zum Status und steht im Einklang mit der [Resolution 1244 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen](https://documents-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N99/172/89/PDF/N9917289.pdf?OpenElement) und dem [Gutachten des Internationalen Gerichtshofs](http://www.icj-cij.org/files/case-related/141/16012.pdf) zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovo.

**AB WANN GILT DIE ENTSCHEIDUNG?**

Sie gilt seit dem 26. März 2012.

**WAS IST DAS ZIEL DER REGELUNG?**

Sie legt das Grundprinzip fest, dass die Ausfuhr von Waren aus EU-Ländern in andere Länder keinen mengenmäßigen Beschränkungen unterliegt. Sie legt auch Regeln für ein Verfahren zur Ergreifung von Schutzmaßnahmen fest.

**SCHLÜSSELPUNKTE**

Die Verordnung gilt für alle Produkte, ob industriell oder landwirtschaftlich.

**Schutzmaßnahmen**

* Um zu verhindern, dass eine kritische Situation aufgrund eines Mangels an wesentlichen Produkten entsteht, kann die [Europäische Kommission die](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_commission.html) Ausfuhr eines Gutes von der Vorlage einer Ausfuhrgenehmigung abhängig machen. Die Maßnahmen können auf Exporte in bestimmte Länder oder auf Exporte aus bestimmten Regionen der EU beschränkt werden. Sie betreffen jedoch keine Waren, die sich bereits auf dem Weg zur EU-Grenze befinden.
* Im Zusammenhang mit dem Ausbruch von COVID-19 verlangte beispielsweise die Durchführungsverordnung (EU) [2020/402](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:32020R0402) für einen begrenzten Zeitraum, dass bestimmte persönliche Schutzausrüstungen - unabhängig davon, ob sie aus der EU stammen oder nicht - von den zuständigen Behörden der EU-Länder für den Export außerhalb der EU genehmigt werden müssen, außer in Länder der [Europäischen Freihandelsassoziation](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_free_trade_association.html), in Gebiete, die von EU-Lieferketten abhängig sind (z. B. Andorra), und in bestimmte [überseeische Gebiete](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:1105_1). Mit der Maßnahme sollte sichergestellt werden, dass in den EU-Ländern persönliche Schutzausrüstungen zur Verfügung stehen, um die Verbreitung von COVID-19 zu verhindern. Der [Durchführungsrechtsakt](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/implementing_acts.html) legte das Verfahren zur Beantragung der Genehmigung fest und listete in seinem Anhang I die genehmigungspflichtigen Produkte auf (Schutzbrillen und -visiere, Handschuhe, Schutzkleidung, Mund-Nasen-Schutz-Ausrüstung und Gesichtsschilde).
* Die Kommission muss alle Schutzmaßnahmen im Interesse der EU unter Berücksichtigung bestehender internationaler Verpflichtungen (z. B. aus der Mitgliedschaft der EU in der [Welthandelsorganisation](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:r11010)) erlassen.

**Information und Beratung**

* Wenn ein EU-Land der Meinung ist, dass aufgrund ungewöhnlicher Entwicklungen auf dem Markt Schutzmaßnahmen erforderlich sein könnten, muss es die Kommission informieren. Diese berät dann die anderen EU-Länder.
* Die Kommission kann die EU-Länder auffordern, statistische Daten über die Markttrends bei einer bestimmten Ware zu übermitteln, um die wirtschaftliche und kommerzielle Lage in Bezug auf diese Ware zu beurteilen.

**Implementierung**

Der Ausschuss für Schutzmaßnahmen, der sich aus Vertretern der EU-Länder zusammensetzt und gemäß der Verordnung (EU) [2015/478](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:32015R0478) über [gemeinsame Vorschriften für Einfuhren eingesetzt wurde](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:070202_3), unterstützt die Kommission bei der Umsetzung der Verordnung.

**AB WANN GILT DIE REGELUNG?**

Sie gilt seit dem 16. April 2015. Sie hebt die Verordnung (EG) Nr. [1061/2009](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:32009R1061) mit sofortiger Wirkung auf.

**HINTERGRUND**

Die Verordnung [kodifiziert](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/codification.html) die Verordnung (EG) Nr. 1061/2009 des Rates, die bei früheren Gelegenheiten erheblich geändert worden war. Sie ist Teil der gemeinsamen Handelspolitik der EU, die auf einheitlichen Grundsätzen für alle EU-Länder beruht.

# Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung - Untersuchungsregeln

## ZUSAMMENFASSUNG VON:

[Verordnung (EU, Euratom) Nr. 883/2013 über die Untersuchungen des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF)](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:32013R0883)

[Verordnung (EU, Euratom) 2020/2223 zur Änderung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 883/2013 in Bezug auf die Zusammenarbeit mit der Europäischen Staatsanwaltschaft und die Wirksamkeit der Untersuchungen des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:32020R2223)

## WHAT IS THE AIM OF THE REGULATIONS?

Regulation (EU, Euratom) No 883/2013 aims to:

* reinforce the independence of the [European Anti-Fraud Office (OLAF)](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:l34008), set up under Decision [1999/352/EC, ECSC, Euratom](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:31999D0352) to combat fraud, corruption and any illegal activity which could harm the [EU](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/eu_union.html)’s financial interests[\*](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/HTML/?uri=LEGISSUM:4401811&from=EN#keyterm_E0001);
* make OLAF investigations more effective;
* improve cooperation between the different institutions and bodies involved;
* strengthen the rights of individuals covered by investigations.

Amending Regulation (EU, Euratom) 2020/2223 seeks to:

* adapt the operation of OLAF to the establishment of the [European Public Prosecutor’s Office (EPPO)](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_prosecutor.html), set up under Regulation (EU) [2017/1939](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:32017R1939) (see [summary](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:4319113)) to ensure maximum complementarity; and
* enhance the effectiveness of OLAF’s investigative function as regards a number of specific issues, including:
  + new rules for carrying out on-the-spot checks and inspections
  + access to bank account information
  + establishing a controller of procedural guarantees
  + access to the final report by the person concerned
  + the strengthened role of the anti-fraud coordination services in the EU countries and
  + new rules to improve the follow-up of investigations.

## SCHLÜSSELPUNKTE

**OLAF:**

* conducts internal and external investigations;
* provides assistance to EPPO based on close cooperation, exchange of information, complementarity and avoidance of duplication;
* helps EU countries to organise close cooperation between their anti-fraud authorities;
* develops EU anti-fraud policies as a [European Commission](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_commission.html) service;
* contributes to the design and development of anti-fraud and anti-corruption strategies to protect the EU’s financial interests;
* promotes and coordinates sharing of operational experience and best procedural practices;
* participates, where necessary, in [joint investigation teams](http://www.eurojust.europa.eu/judicial-cooperation/eurojust-role-facilitating-judicial-cooperation-instruments/joint-investigation-teams);
* supports joint national anti-fraud activities.

**Internal investigations**

**OLAF:**

* carries out administrative investigations within EU institutions, bodies, offices and agencies, and at the premises of economic operators[\*](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/HTML/?uri=LEGISSUM:4401811&from=EN#keyterm_E0002);
* enjoys immediate and unannounced access to any relevant information and data, relating to the matter under investigation;
* may request oral and written information from officials, other staff and heads of offices and agencies;
* informs the [institutions](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/eu_institutions.html), bodies, offices and [agencies](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/eu_agencies.html) if an investigation concerns their employees and consults them, where necessary, if precautionary administrative measures should be taken to protect the EU’s financial interests.

Amending Regulation (EU, Euratom) 2020/2223 allows OLAF, during its investigations, access to privately owned devices used for work purposes, if OLAF has reasonable grounds for suspecting that their content may be relevant for the investigation. Access would be based on internal rules to be adopted by each institution, body, office or agency concerned in respect of its staff and members.

**External investigations**

**OLAF:**

* carries out on-the-spot checks and inspections and other investigative activities in EU countries, non-EU countries, the premises of international organisations and on economic operators, according to the rules laid down in Regulation (EU, Euratom) No 883/2013 and Regulation (Euratom, EC) No [2185/96](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:31996R2185), and to the terms of cooperation and mutual assistance agreements;
* may transmit to EU countries’ competent national authorities information about fraud, corruption or any other illegal activity affecting the EU’s financial interests to enable them to take appropriate action.

Under amending Regulation (EU, Euratom) 2020/2223, in external investigations, access to privately owned devices used for work purposes would take place under the same conditions and to the same extent as they do for national authorities in the relevant country.

**Investigations procedure**

**OLAF’s director-general:**

* decides whether, if there is sufficient suspicion, to open an external or internal investigation, either on the director-general’s own initiative or following a request from an EU institution, body, office or agency, or from an EU country;
* may send any relevant information to the EU institution, body, office or agency or the EU country concerned if the director-general decides not to open an investigation;
* directs the conduct of investigations on the basis of written instructions, where appropriate;
* reports to the [Supervisory Committee](http://europa.eu/supervisory-committee-olaf/) if an investigation cannot be closed within 12 months and every 6 months thereafter;
* may transmit to national judicial authorities any information obtained during an internal investigation coming under their jurisdiction.

**OLAF staff:**

* conducts investigations objectively and impartially, respecting the regulation’s procedural guarantees and the presumption of innocence;
* seeks evidence for and against the person concerned;
* may, with suitable notice, interview an individual or a witness any time during the investigation — this person has the right to avoid self-incrimination and to be assisted by a person of choice;
* writes up a record of the interview and gives a copy to the interviewee;
* provides the person concerned with an opportunity to comment on facts concerning them;
* treats all information transmitted or obtained during external and internal investigations as confidential;
* cooperates with EPPO, [Eurojust](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/eurojust.html), [Europol](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/europol.html) and competent authorities of the EU countries, non-EU countries and international organisations.

**Access to bank account information**

Under amending Regulation (EU, Euratom) 2020/2223, OLAF’s investigative powers are strengthened. OLAF can request information on bank accounts and, where strictly necessary, on transactions, with the cooperation of national authorities. This would be under the same conditions as those applicable to competent national authorities and subject to a written request explaining its appropriateness and proportionality.

**Controller of procedural guarantees**

The independent position of controller of procedural guarantees is created under amending Regulation (EU, Euratom) 2020/2223. Administratively attached to the Supervisory Committee, the controller would be responsible for handling complaints from the persons concerned and could make recommendations to OLAF on how to resolve the problem raised in the complaint.

**Close collaboration between OLAF and EPPO**

OLAF and EPPO have **complementary roles** in protecting the EU’s financial interests and will work in close cooperation. Under amending Regulation (EU, Euratom) 2020/2223, OLAF remains an administrative body conducting **administrative investigations**, which may lead to financial, administrative, disciplinary and judicial recommendations, EPPO’s mandate, which covers 22 of the 27 EU countries, focuses on **criminal investigations** to establish the criminal responsibility of persons involved in fraud, corruption or other criminal offences affecting the EU’s financial interests falling under its competence.

When acting in support of EPPO and to protect the admissibility of evidence, as well as [fundamental rights](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/fundamental_rights.html) and procedural guarantees, EPPO and OLAF must cooperate closely to ensure that procedural safeguards of Regulation (EU) 2017/1939 are observed.

**Final report**

Drawn up under the director-general’s authority upon completion of the investigation, the final report:

* contains:
  + the legal basis for the investigation
  + procedural steps followed and guarantees respected
  + facts established and their preliminary classification in law
  + estimated financial impact and
  + conclusions of the investigation;
* is accompanied, where appropriate, by the director-general’s recommendations on whether or not action, whether disciplinary, administrative, financial or judicial, should be taken and estimated amounts should be recovered;
* is sent to the EU country or the institution, body, office or agency concerned.

**EU countries:**

* establish an anti-fraud coordination service ([AFCOS](http://ec.europa.eu/anti-fraud/investigations/afcos_en)) to facilitate effective cooperation and the sharing of information with OLAF;
* provide or coordinate the necessary assistance for OLAF to carry out its tasks effectively.

**EU institutions, bodies, offices and agencies:**

* adopt rules requiring their staff to cooperate with and supply information to OLAF;
* ensure the confidentiality of internal investigations;
* may not begin a parallel inquiry into the same facts when the OLAF director-general has opened or is considering opening an investigation;
* send OLAF, without delay, any information on possible cases of fraud, corruption or other illegal financial activity.

**Aufhebung**

Regulation (EU, Euratom) No 883/2013 repeals Regulation (EC) No [1073/1999](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=celex:31999R1073) and Regulation (Euratom) No [1074/1999](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=celex:31999R1074).

## FROM WHEN DO THE REGULATIONS APPLY?

* Regulation (EU, Euratom) No 883/2013 has applied since 1 October 2013.
* Amending Regulation (EU, Euratom) 2020/2223 entered into force on 17 January 2021.

**WHAT IS THE AIM OF THESE ARTICLES?**

They establish the EU’s legal powers to negotiate and conclude international agreements, and its [competence](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=legissum:ai0020), whether exclusive or shared, to enter into such agreements.

**SCHLÜSSELPUNKTE**

**International agreements (conventions, treaties)**

* International agreements with non-EU countries or with international organisations are an integral part of EU law. These agreements are separate from primary law and secondary legislation and form a *sui generis* category. According to some judgments of the CJEU, they can have [direct effect](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/ALL/?uri=LEGISSUM:l14547) and their legal force is superior to secondary legislation, which must therefore comply with them.
* They are treaties under public international law and generate rights and obligations for the contracting parties.
* Unlike [unilateral acts](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=legissum:l14528), conventions and agreements are not the result of a legislative procedure or the sole will of an institution.
* [Article 216 TFEU](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=celex:12016E216) cites the cases in which the EU is authorised to conclude such agreements.
* After having been negotiated and signed, and depending on the subject matter concerned, they may require ratification by an act of secondary legislation.
* International agreements must be applied throughout the EU. They have a legal force superior to unilateral secondary acts, which must therefore comply with them.
* In addition, [Article 207 TFEU](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=celex:12016E207) governs the EU’s [trade policy](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/eu_trade_policy.html) — a key external competence of the EU and a central element of its relations with the rest of the world.

**EU external competences**

* The EU has [legal personality](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/union_legal_personality.html) and is therefore a **subject of international law** which is capable of negotiating and concluding international agreements on its own behalf, i.e. it has competences (or powers) in this field conferred on it by the treaties.
* If the subject matter of an agreement does not fall under the exclusive competence of the EU, EU countries also have to sign the agreement. These are known as **‘mixed agreements’**.

**Exclusive competence and shared competence**

* The [**distribution of competences**](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/competences.html) between the EU and EU countries also applies at international level. Where the EU negotiates and concludes an international agreement, it has either **exclusive competence** or **competence which is shared with EU countries**.
* Where it has **exclusive competence**, the EU alone has the power to negotiate and conclude the agreement. [Article 3](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=celex:12016E003) TFEU specifies the areas in which the EU has exclusive competence to conclude international agreements, including trade agreements.
* Where its competence is **shared** with EU countries, the agreement is concluded both by the EU and by EU countries. It is therefore a mixed agreement to which EU countries must give their consent. Mixed agreements may also require that an internal EU act is adopted to share out the obligations between the EU countries and the EU. [Article 4](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=celex:12016E004) TFEU sets out which competences are shared.

**WHAT IS THE AIM OF THESE TREATY ARTICLES?**

They aim to provide the EU with the necessary instruments to provide assistance to, cooperate with and develop relations and partnerships with non-EU countries, including through [international agreements](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:ai0034), as well as with international, regional or global organisations, in pursuit of the objectives of the EU’s external action as set out in [Article 21](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:12016M021) TEU.

**SCHLÜSSELPUNKTE**

Article 21 TEU sets out the principles on which the [EU’s external action](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/external_responsibilities.html) is based and its goals which include:

* safeguarding its values, fundamental interests, security, independence and integrity;
* consolidating and supporting democracy, the [rule of law](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/rule_of_law.html), [human rights](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/human_rights.html) and the principles of [international law](http://www.un.org/en/sections/what-we-do/uphold-international-law/);
* preserving peace, prevent conflicts and strengthening international security.

Article 21 also requires the EU to ensure consistency between EU external action and other policy areas.The EU’s external action covers 6 domains:

1. **Common foreign and security policy** (including the common security and defence policy) — Articles 23-46 TEU

* The [High Representative of the Union for foreign affairs and security policy](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:ai0009) is responsible for:
  + carrying out the EU’s [common foreign and security policy](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/foreign_security_policy.html) (Articles 24-41) and [common security and defence policy](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/foreign_security_policy.html) (Articles 42-46);
  + contributes to their development through proposals; and
  + ensures implementation of the decisions adopted by the [European Council](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_council.html) and the [Council](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/eu_council.html).
* The [European External Action Service](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/eu_external_action_service.html) supports the High Representative in the fulfilment of his/her mandate.

2. **Development** **cooperation** — Articles 208-211 TFEU

* The main long-term aim of EU [development cooperation](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/development_aid.html) is to eradicate poverty in the world by promoting the sustainable economic, social and environmental development of developing countries.

3. **Humanitarian Aid** — Article 214 TFEU

* EU [humanitarian aid](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/humanitarian_aid.html) operations are designed to provide *ad hoc* assistance and relief and protection for people in non-EU countries who are victims of natural or man-made disasters.

4. **Assistance** — Articles 212-213 TFEU

* The EU can provide assistance, including financial assistance, to non-EU countries other than developing countries. Such action must be consistent with EU development policy.

5. **Trade** — Articles 205-207 TFEU

* The EU’s common [trade policy](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/eu_trade_policy.html) is an exclusive EU [competence](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:ai0020).
* The [European Parliament](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_parliament.html) is co-legislator with the Council on trade matters.
* The EU [customs union](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/customs_union.html) must contribute to:
  + the harmonious development of world trade;
  + the progressive abolition of restrictions on international trade and on foreign direct investment; and
  + the lowering of customs and other barriers.

6. **Solidarity clause** — Article 222 TFEU

The [solidarity clause](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/solidarity_clause.html) provides the basis for arrangements allowing the EU and the EU countries to act jointly and use the instruments at their disposal:

* to prevent the terrorist threat in the territory of an EU country;
* to protect an EU country from any terrorist attack and assist them in such event;
* to provide assistance to an EU country which is the victim of a natural or man-made disaster.
* **WAS BEWIRKT DIESE REGELUNG?**
* It creates a dedicated, EU-level body for fundamental rights - the Agency - and lays down its main tasks and objectives, functioning and internal governance.
* **SCHLÜSSELPUNKTE**
* The regulation defines the Agency’s activities as the following:

|  |  |
| --- | --- |
| - — | **supplying expertise to EU institutions and EU countries** on fundamental rights, so they can make sure any action they take or laws they pass complies with these rights, |

|  |  |
| --- | --- |
| - — | **formulating opinions** for EU institutions and governments either on its own initiative or at their request (for example on whether their actions or legislative proposals are compatible with fundamental rights), |

|  |  |
| --- | --- |
| - — | collecting, analysing and distributing **reliable and comparable information** on the specific effects of EU action on people’s fundamental rights, |

|  |  |
| --- | --- |
| - — | undertaking scientific **research and surveys** on fundamental rights, |

|  |  |
| --- | --- |
| - — | issuing publications on **specific topics** or on the implementation of fundamental rights law by EU institutions and governments, |

|  |  |
| --- | --- |
| - — | publishing an **annual report** on the issues covered by its remit, highlighting examples **of best practice,** |

|  |  |
| --- | --- |
| - — | **designing communication strategies or campaigns** and promoting dialogue with civil society to **raise public awareness** of fundamental rights, |

|  |  |
| --- | --- |
| - — | suggesting mechanisms for enforcing these rights. |

* The Agency does not, however, deal with individual complaints.
* **5-yearly activity plans**
* The Agency’s activities are based on a Multiannual Framework adopted by the EU Council which identifies the specific issues it will work on over a 5-year period, in line with the EU’s overall priorities.
* These must include ‘**racism, xenophobia** and related intolerance’.
* **Cooperation with other bodies**
* The Agency must maintain close links with:

|  |  |
| --- | --- |
| - — | the [EU institutions](http://europa.eu/about-eu/institutions-bodies/index_en.htm), |

|  |  |
| --- | --- |
| - — | EU countries’ governments and civil society groups, such as the [Fundamental Rights Platform](http://fra.europa.eu/en/cooperation/civil-society/about-frp), |

|  |  |
| --- | --- |
| - — | equality bodies (e.g. [EU Institute for Gender Equality](http://eige.europa.eu/) or the [UN coordinating committee for National Human Rights Institutions](http://www.ohchr.org/EN/Countries/NHRI/Pages/NHRIMain.aspx)), |

|  |  |
| --- | --- |
| - — | international organisations ([Council of Europe](http://www.coe.int/en/), [United Nations](http://www.un.org/en/index.html), [Organization for Security and Co-operation in Europe](http://www.osce.org/), |

|  |  |
| --- | --- |
| - — | [candidate countries](http://ec.europa.eu/enlargement/countries/check-current-status/index_en.htm) to the EU. |

**WHAT DOES THE COMMUNICATION DO?**

It sets out the strategy for a digital single market, one of the European Commission’s [10 policy priorities](http://ec.europa.eu/priorities/docs/pg_en.pdf#page=6) in its [agenda for jobs, growth, fairness and democratic change](http://www.eesc.europa.eu/resources/docs/jean-claude-juncker---political-guidelines.pdf).

**SCHLÜSSELPUNKTE**

The strategy sets out **16 targeted actions** based on **3 pillars**.

* 1.

**Better access for consumers to digital goods and services across Europe**. Under this pillar the Commission will propose:

* + rules to make cross-border [e-commerce](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=uriserv:l24204) easier;
  + a review of the [Regulation on Consumer Protection Cooperation](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=uriserv:l32047) to enforce consumer rules more quickly and consistently;
  + more efficient and affordable cross-border parcel delivery;
  + to end unjustified geo-blocking\* thus increasing choice and access for European online consumers;
  + to identify potential competition concerns affecting European e-commerce markets;
  + a modern, more European [copyright law](http://ec.europa.eu/internal_market/copyright/index_en.htm);
  + a review of the [Satellite and Cable Directive](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=uriserv:l26031) to assess whether its scope should be broadened to include broadcasters’ online transmissions;
  + reduce the administrative burden to businesses caused by different VAT regimes.
* 2.

**Creating the right conditions and a level playing field for digital networks and innovative services to flourish**. The Commission proposes:

* + an overhaul of [EU telecoms rules](http://ec.europa.eu/digital-agenda/en/telecoms-rules);
  + to review the [audiovisual media](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/audiovisual.html) framework to make it fit for the 21st century;
  + analyse the role of online platforms such as search engines, social media etc., in the digital single market and assess how to tackle illegal content;
  + increase trust and security in digital services, particularly the handling of [personal data](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=uriserv:l14042). This will include a review of the [e-Privacy Directive](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=uriserv:l24120);
  + a partnership with industry on [cybersecurity](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=uriserv:si0010) covering technologies and online network security.
* 3.

**Maximising the growth potential of the digital economy**. The Commission will:

* + propose a ‘free flow of data initiative’ to promote the free movement of data in the EU as well as a [‘European cloud’](https://ec.europa.eu/digital-agenda/node/609#Article) initiative;
  + define priorities for standards and interoperability of devices, applications, data repositories, services and networks which are critical to the digital single market;
  + support an inclusive digital society where citizens have the right skills to seize the opportunities of the internet and boost their chances of getting a job.

The Commission will complete these actions by the end of 2016.

For more information, see [digital single market on the European Commission's website](http://ec.europa.eu/priorities/digital-single-market/).

**INTRODUCTION**

The Treaty on the Functioning of the European Union (TFEU), as a result of the Lisbon Treaty, was developed from the Treaty establishing the **European Community** (TEC or EC Treaty), as put in place by the [Treaty of Maastricht](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=legissum:xy0026). The EC Treaty itself was based on the Treaty establishing the [**European Economic Community**](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=legissum:xy0023) (TEEC), signed in Rome on 25 March 1957. The creation of the European Union by means of the Treaty of Maastricht (7 February 1992) marked a further step along the path to the political unification of Europe.

However, the European Union did not replace the European Communities but instead placed it under the same umbrella based on the ‘3-pillar’ structure:

* **The 1st pillar** consisted of the European Communities (the EC, the [European Coal and Steel Community](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=legissum:xy0022) (ECSC) until 2002, and [Euratom](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=legissum:4301853)).
* **The 2nd pillar** consisted of the cooperation between the EU countries under the [common foreign and security policy](http://europa.eu/european-union/topics/foreign-security-policy_en).
* **The 3rd pillar**covered cooperation between the EU countries in the field of [justice](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/justice.html) and home affairs.

Every new treaty leads to the renumbering of the articles. The [Treaty of Lisbon](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:ai0033), signed on 13.12.2007 and entered into force on 1.12.2009, in turn renamed the TEC as the TFEU which merged the 3 pillars into the reformed EU and was once again renumbered.

The TFEU is one of 2 primary treaties of the EU, alongside the [Treaty on European Union](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:4301855) (TEU). It forms the detailed basis of EU law by defining the principles and objectives of the EU and the scope for action within its policy areas. It also sets out organisational and functional details of the EU institutions.

**WHAT IS THE AIM OF THE TREATY?**

As stated already in its former preamble, the aim of the TEC was to ‘lay the foundations of an ever closer union among the peoples of Europe’. That wording is still present in the preamble of the current TFEU as well as of the TEU. These treaties have in fact brought a more political and democratic dimension to European integration beyond the original economic objective of creating a single market.

**KEY POINTS OF THE CONSOLIDATED TREATY**

* Part 1 — **Principles:**
  + describes the scope of the treaty and its link to the TEU (Article 1);
  + outlines the EU competences according to the level of EU powers in each area (Articles 2, 3, 4, 5 and 6);
  + sets out general principles governing the action of the EU (Articles 7 to 17).
* Part 2 — **Non-discrimination and citizenship of the EU:**
  + outlaws nationality-based discrimination (Article 18);
  + states the EU will ‘combat discrimination based on sex, racial or ethnic origin, religion or belief, disability, age or sexual orientation’ (Article 19);
  + establishes and defines citizenship of the EU and the related rights (Articles 20 to 24).
* Part 3 — the largest (Articles 26 to 197), it brings the legal basis for the **EU policies and internal actions** in the following areas:
  + the [internal market](http://ec.europa.eu/growth/single-market_en) (Title I);
  + the [free movement of goods](http://ec.europa.eu/growth/single-market/goods/free-movement-sectors_en) (Title II), including the [customs union](http://europa.eu/european-union/topics/customs_en);
  + the [common agricultural policy](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/agricultural_policy.html) and the [common fisheries policy](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/fisheries.html) (Title III);
  + the free movement of workers (and [people](http://ec.europa.eu/justice/citizen/move-live/index_en.htm) in general), [services](http://ec.europa.eu/growth/single-market/services_en) and [capital](http://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/banking-and-finance/financial-markets/capital-movements_en) (Title IV);
  + the [area of freedom, justice and security](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/freedom_and_security.html) (Title V), including [police and justice cooperation](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/police_judicial_cooperation.html);
  + [transport](http://europa.eu/european-union/topics/transport_en) (Title VI);
  + [competition](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/competition.html), [taxation](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/taxation.html) and the [harmonisation of legislation](http://ec.europa.eu/environment/archives/guide/part1.htm) (Title VII);
  + [economic and monetary policy](http://europa.eu/european-union/topics/economic-monetary-affairs_en) (Title VIII), including articles on the euro;
  + [employment policy](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/employment.html) (Title IX);
  + [social policy](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/social_policy.html) (Title X), with reference to the [European Social Charter](http://www.coe.int/en/web/turin-european-social-charter) (1961) and the [Community Charter of the Fundamental Social Rights of Workers](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:c10107) (1989) — Title XI establishes the [European Social Fund](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_social_fund.html);
  + [education](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/education.html), [vocational training](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/training.html), [youth](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/youth.html) and [sport](http://europa.eu/european-union/topics/sport_en) policies (Title XII);
  + [culture](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/culture.html) (Title XIII);
  + [public health](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/public_health.html) (Title XIV);
  + [consumer protection](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/consumer_protection.html) (Title XV);
  + [trans-European networks](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/ten.html) (Title XVI);
  + [industrial policy](http://europa.eu/european-union/topics/enterprise_en) (Title XVII);
  + [economic, social and territorial cohesion](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/economic_social_cohesion.html) — in other words, reducing disparities in development (Title XVIII);
  + [research and development](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/research_and_development.html) and [space policy](http://europa.eu/european-union/topics/space_en) (Title XIX);
  + [environmental policy](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/environment.html) (Title XX);
  + [energy policy](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/energy.html) (Title XXI);
  + [tourism](http://ec.europa.eu/growth/sectors/tourism_en) (Title XXII);
  + [civil protection](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/civil_protection.html) (Title XXIII);
  + [administrative cooperation](http://ec.europa.eu/taxation_customs/business/tax-cooperation-control/administrative-cooperation_en) (Title XXIV).
* Part 4 — **Association of the**[**overseas countries and territories**](http://ec.europa.eu/europeaid/regions/octs_en) (Articles 198 to 204) describes the special relations between the EU and the overseas territories of some EU countries which, contrary to outermost regions, are not part of the EU.
* Part 5 — **EU external action** (Articles 205 to 222) describes:
  + the common commercial ([external trade](http://europa.eu/european-union/topics/trade_en)) policy;
  + [cooperation on development and humanitarian aid](http://europa.eu/european-union/topics/development-cooperation_en) for non-EU countries;
  + relations with non-EU countries (international treaties, [sanctions](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:25_1) and [solidarity](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/solidarity_clause.html) between EU countries) and international bodies;
  + the establishment of EU delegations;
  + that external actions must be in accordance with the principles laid out in Chapter 1, Title 5 of the TEU regarding the common foreign and security policy (Article 205).
* Part 6 — **Institutional and financial provisions** elaborates on:
  + [EU institutions](http://europa.eu/european-union/about-eu/institutions-bodies_en) (Articles 223 to 227);
  + EU consultative bodies (Articles 300 to 307);
  + the European Investment Bank (Articles 308 and 309);
  + legislative [acts](http://europa.eu/european-union/eu-law/legal-acts_en) (regulations, directives, etc.) and [procedures](http://europa.eu/european-union/eu-law/decision-making/procedures_en) of the EU (Articles 288 to 299);
  + the EU [budget](http://europa.eu/european-union/about-eu/money_en) (Articles 310 to 325);
  + [enhanced cooperation](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/enhanced_cooperation.html) between EU countries (Articles 326 to 334).
* Part 7 — **General and final provisions** (Articles 335 to 358) deals with specific legal points such as the legal capacity of the EU, territorial and temporal application, the seat of institutions, immunities and the effect on treaties signed before 1958 or the date of accession.

**FROM WHEN DOES THE TREATY APPLY?**

Signed by 27 EU countries (Croatia did not join the EU until 2013) on 13 December 2007, the TFEU entered into force on 1 December 2009.

**A vision for the internal market for industrial products**

The European Commission has produced a policy paper setting out its vision for the future of the EU’s internal market for industrial products.

**ACT**

Communication from the Commission to the European Parliament, the Council and the European Economic and Social Committee: A vision for the internal market for industrial products ([COM(2014) 25 final](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:52014DC0025) of 22 January 2014 - not published in the Official Journal).

**ZUSAMMENFASSUNG**

EU legislation on industrial products sets out the essential requirements relating to safety, health and other public interests that businesses must comply with when putting products on the EU market, including the affixing of the CE marking. This legislation also sets out the compulsory steps to be taken to demonstrate that the product complies with EU law before it can carry the CE marking.

The overall conclusion of an online public consultation and assessment in this area is that the EU’s internal market legislation for products is relevant to meeting EU objectives relating to the need for technical harmonisation measures with high levels of protection of health and safety and consumers, and to the environment. Therefore, it is not only a key factor for the competitiveness of European industry but also for consumer and environmental protection.

Certain points for improvement were also identified in the policy paper known as a communication. Whilst the Commission seeks to keep up with the pace of technological challenges in the 21st century, it also wishes to take account of European industry’s demand for periods of regulatory stability without any major overhaul of the rules.

The policy paper identified the following priorities.

**Strong enforcement mechanisms**

This means stepping up the Commission’s efforts to ensure that EU law is respected to safeguard important public interests such as health and safety; the protection of the environment and security; and the protection of consumers. The Commission is looking into the possibility of drafting a legislative proposal on how to streamline and harmonise economic sanctions of an administrative or civil nature where EU law is not respected.

**Cross-sector legislation on products**

The Commission will assess the need to adopt horizontal (i.e cross-sector) legislation setting out common elements across sectors.

**Innovation and the digital future**

The Commission will take into account innovation and technological developments when it is developing new legislative proposals relating to industrial products. It will also launch an initiative on e-compliance whereby companies can demonstrate their compliance with EU legislation electronically.

**The blurring distinction between products and their connected services**

Manufacturing firms are increasingly offering services (e.g. maintenance and training) along with their traditional products. The Commission will examine how to improve the way in which this blurring distinction between products and services is handled.

**More regulations, fewer directives**

Subject to a case-by-case assessment, the Commission will give priority to regulations as a source of EU law rather than directives because, being directly applicable in EU countries, they lead to more certainty for business.

**A business-friendly approach to product rules**

Currently, businesses are faced with many laws applying to the same products/manufacturers and the boundaries between many of the laws are sometimes unclear. When carrying out a periodic review of sectoral legislation, the Commission will consider whether EU law on industrial products can be brought together with other legislation applicable to the same category of products.

**The global market**

The EU should continue to promote international convergence of legislation and technical standards for industrial products while ensuring a high level of protection of public interests. The Commission should ensure more focus on the impact of EU regulation on the international competitiveness of EU businesses.

**Monitoring scheme for the EU’s border-free area**

This law creates a framework for a specific monitoring mechanism designed to verify the application of the European Union's so-called ‘Schengen’ legislation. It aims to ensure that high uniform standards are applied in practice by those European Union countries in the Schengen area - an area comprising 26 countries, 22 of which are EU countries and four of which are non-EU. In this area, no internal border controls are applied.

**ACT**

Council Regulation (EU) No [1053/2013](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:32013R1053) of 7 October 2013 establishing an evaluation and monitoring mechanism to verify the application of the Schengen acquis and repealing the Decision of the Executive Committee of 16 September 1998 setting up a Standing Committee on the evaluation and implementation of Schengen.

**ZUSAMMENFASSUNG**

The main objective of the evaluation and monitoring mechanism is to ensure a **high level of mutual trust between countries** belonging to the ‘Schengen area’ in respect of their capacity to properly implement the relevant rules in all fields of the [Schengen EU legislation](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/schengen_agreement) (the ‘Schengen *acquis* ’).

**SCOPE OF THE MECHANISM**

The evaluation mechanism covers all aspects of the legislation in this field. As regards borders, it aims to cover both the efficiency of the border controls at external borders and the absence of internal border controls.

EU countries and the Commission are to assume joint responsibility for the implementation of the whole mechanism, with the Commission providing the overall coordination.

**ANNOUNCED AND UNANNOUNCED INSPECTIONS**

To implement the evaluation mechanism, a multiannual (5-year) and an annual programme of inspections is to be set up under the coordination of the Commission. These evaluations should take place regularly on the territory of all the Schengen states in the form of **announced and unannounced inspections**.

**ACTION PLAN TO ADDRESS DEFICIENCIES**

On-site evaluations must be carried out by specially trained experts appointed by the EU countries and selected in a neutral manner, based on a **risk analysis** by the [Frontex](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=uriserv:l33216) agency (relating to external borders) and the support of [Europol](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=uriserv:jl0025), [Eurojust](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=uriserv:l33188) and other relevant EU bodies in the areas covered by their mandates.

Following this analysis and the findings of the on-site inspection, a report is prepared by the experts under the coordination of the Commission. A range of recommendations may then be sent to the EU country inspected. Where that country’s implementation of the legislation is considered lacking or there is serious neglect of its obligations, it must submit an **action plan** addressing these issues.

**MONITORING AND FOLLOW-UP**

A report on the implementation of such an action plan must be submitted every 6 months to the Commission and other EU countries to confirm that the EU country monitored has taken the **required measures and steps** to remedy the weaknesses. A range of other regular reports may follow to track the implementation of the measures. If necessary, the Commission may set up new control inspections.

**WHAT IS THE AIM OF THIS REGULATION?**

* It aims to ensure that management, conservation and control rules of the convention area of the [South Pacific Regional Fisheries Management Organisation (SPRFMO)](http://www.sprfmo.int/) are fully incorporated into EU law.
* The regulation works alongside the [EU fisheries control system](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:pe0012) for the checking, inspection and enforcement by national authorities of the rules of the [common fisheries policy](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:02020101_1).

**SCHLÜSSELPUNKTE**

**SPRFMO**

* SPRFMO is an inter-governmental organisation committed to the long-term conservation and sustainable use of the fishery resources of the South Pacific Ocean.
* The EU is a contracting party.

**Scope and application**

* The regulation applies to:
  + EU fishing vessels operating in the SPRFMO convention area;
  + EU fishing vessels transshipping[\*](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=legissum%3A4353955#keyterm_E0001) fishery products caught in the SPRFMO convention area;
  + non-EU country fishing vessels upon requesting access to, or being the object of an inspection in, EU ports and carrying fishery products harvested in the SPRFMO convention area.
* It applies without prejudice to:
  + Regulation (EC) No [1005/2008](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=celex:32008R1005) (see [summary](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:pe0005));
  + Regulation (EC) No [1224/2009](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=celex:32009R1224) (see [summary](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/ALL/?uri=LEGISSUM:pe0012));
  + Regulation (EU) [2017/2403](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=celex:32017R2403) (see [summary](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:4326429)).

**Regeln**

* requires EU countries to ensure a minimum 10% scientific observer coverage in the jack mackerel fishery and stop fishing when they have reached 100% of its catch limit;
* requires EU vessels to observe rules to protect **seabirds** including the use of bird scaring lines;
* to protect vulnerable marine ecosystems[\*](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=legissum%3A4353955#keyterm_E0002), prohibits EU vessels from engaging in bottom fishing[\*](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=legissum%3A4353955#keyterm_E0003) or exploratory fishing[\*](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=legissum%3A4353955#keyterm_E0004) without authorisation from SPRFMO and on the basis of a bottom fishing assessment evaluated by the SPRFMO Scientific Committee;
* requires at least 10% of observer coverage for long-liners fishing for bottom fishing species and to cease from bottom fishing activities within 5 nautical miles of the area where any encounter with vulnerable marine ecosystems exceeds the threshold levels;
* bans the use of large scale pelagic drifting nets (gillnets or combinations of nets exceeding 2.5 kilometres in length), and all deepwater gillnets[\*](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=legissum%3A4353955#keyterm_E0005) throughout the SPRFMO convention area;
* requires the notification of transshipment of jack mackerel and demersal species and its monitoring when an observer is on board;
* requires EU vessels intending to transit the convention area while carrying **gillnets** to notify the SPRFMO Secretariat at least 36 hours before entering the area and to ensure that the vessels flying their flag operate a [vessel monitoring system](http://ec.europa.eu/fisheries/cfp/control/technologies/vms_en) reporting once every 2 hours while in the SPRFMO convention area;
* requires EU countries to submit to the Commission, by 15 November each year, a list of fishing vessels flying their flag authorised to fish in the SPRFMO convention area for the following year, including the information contained in Annex V. The Commission forwards that list to the SPRFMO Secretariat;
* EU countries whose vessels fish in the SPRFMO must set up observer programmes to collect data on fish caught to be submitted to the Commission.

**AB WANN GILT DIE REGELUNG?**

It has applied since 19 July 2018.

**Boosting entrepreneurship of European SMEs — COSME programme**

**ZUSAMMENFASSUNG VON:**

[Regulation (EU) No 1287/2013 — establishing a programme for the competitiveness of enterprises and small and medium-sized enterprises (COSME) (2014–20)](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:32013R1287)

**WAS IST DAS ZIEL DER REGELUNG?**

It establishes a European Union (EU) programme that seeks to boost support for small and medium-sized enterprises (SMEs) by improving conditions under which entrepreneurship can thrive.

**SCHLÜSSELPUNKTE**

* SMEs are the **main contributors to economic growth and employment** in the EU. Under the competitiveness of enterprises and small and medium-sized enterprises ([COSME](http://ec.europa.eu/growth/smes/cosme_en)) programme, it is now easier for SMEs to stay competitive through access to finance and markets, the simplification of regulation and the promotion of entrepreneurship.
* COSME will provide a **direct channel for communication** between European SMEs and the [European Commission](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_commission.html).

**Better business conditions**

* COSME will support actions that **improve access to finance** for SMEs from start-up to growth phases. Financial instruments include equality and loan guarantee facilities. In some cases, these can be used along with national financial instruments for regional policy and the [Horizon 2020 programme](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/horizon_2020.html) for research and innovation.
* The programme will also grant **better access to markets inside and outside the EU**. The programme will provide information on areas such as:
  + available business opportunities,
  + barriers to market entry in areas outside the EU,
  + advice on legal and customs practices.
* Support services on **intellectual property rights**, including assisting cross-border business cooperation, technology and R & D transfer and innovation partnerships, will also be provided.

**Promoting competition**

* In order to maintain the competitiveness and sustainability of businesses, the programme aims to **improve the design and implementation** of existing policies that affect SMEs. It will also promote **cross-border collaboration** and support the **development of products and services and technologies**.
* SMEs will also be encouraged to operate in an **environmentally sustainable way** and demonstrate **social corporate responsibility**.

**A culture of entrepreneurship**

* The programme will also focus on promoting entrepreneurship. It aims to create an entrepreneurial culture in the EU **by removing barriers** that make it hard for small businesses to grow, including changing regulatory burdens already placed on SMEs.
* The programme will pay particular attention to **young female entrepreneurs,** as well as other specific target groups, such as **older people and entrepreneurs belonging to socially disadvantaged communities**.

**Funding**

The programme has a budget of €2.3 billion over 7 years, and runs from 2014 to 2020. It will be managed by the [Executive Agency for Small and Medium-sized Enterprises](https://ec.europa.eu/easme/).

**AB WANN GILT DIE REGELUNG?**

It has applied since 23 December 2013.

**WAS IST DAS ZIEL DER RICHTLINIE?**

It aims at ensuring fair taxation of payments made between associated companies[\*](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/HTML/?uri=LEGISSUM:l31039&from=EN#keyterm_E0003) in different EU countries, while avoiding double-taxation between EU countries. It applies to:

* interest payments[\*](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/HTML/?uri=LEGISSUM:l31039&from=EN" \l "keyterm_E0001);
* royalty payments[\*](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/HTML/?uri=LEGISSUM:l31039&from=EN" \l "keyterm_E0002)

**SCHLÜSSELPUNKTE**

The purpose of the directive is to abolish taxes levied at the EU country of source, while the EU country of receipt taxes the same payment.

Therefore, the main aim is to ensure that the payments are not taxed in more than one country (double taxation).

Interest and royalty payments arising in an EU country are exempt from any taxes imposed on those payments in that country provided that the beneficial owner[\*](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/HTML/?uri=LEGISSUM:l31039&from=EN#keyterm_E0004) of the interest or royalties is:

* a company of another EU country[\*](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/HTML/?uri=LEGISSUM:l31039&from=EN#keyterm_E0005)
* or a permanent establishment[\*](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/HTML/?uri=LEGISSUM:l31039&from=EN#keyterm_E0006) situated in another EU country.

The **annex** to the directive includes a **list of the types of companies** to which the directive applies. The directive has been amended to take into account the types of companies in the countries that joined the EU in 2004, 2007 and 2013.

Where an associated company or permanent establishment pays excess tax on interest or royalties in an EU country that is not its own, it must apply for a **refund**. The country must repay the excess tax withheld within 1 year following receipt of an application and any supporting information that it may reasonably ask for from the company or permanent establishment. If the tax withheld has not been refunded within that period, the company or permanent establishment is entitled (on expiry of the year in question) to interest on the tax which is refunded. This interest is calculated at a rate corresponding to the national interest rate to be applied in comparable cases under the domestic law of the country in question.

This directive will not rule out the application of domestic or agreement-based rules required for the **prevention of fraud or abuse**. EU countries may withdraw the benefits of this directive or refuse to apply it in the case of transactions for which the principal motive or one of the principal motives is tax evasion, tax avoidance or abuse.

Certain countries benefited for a period from **transitional rules** whereby the application of the directive was delayed.

The [International Bureau of Fiscal Documentation](http://www.ibfd.org/) conducted a [survey](http://ec.europa.eu/taxation_customs/sites/taxation/files/resources/documents/common/publications/studies/survey_ir_dir.pdf) on the directive’s implementation for the [European Commission](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_commission.html) in 2006 and the Commission published its own [report](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:52009DC0179) on its operation in 2009. In 2011, the Commission adopted a [proposal](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:52011PC0714) to [recast](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/legislation_recasting.html) the directive with a view to expanding its scope and to avoid situations where tax relief is granted but the corresponding income is not effectively subject to tax (double non-taxation).

**AB WANN GILT DIE RICHTLINIE?**

The directive has applied since 26 June 2003 and had to become law in the EU countries by 1 January 2004.

**HINTERGRUND**

Für weitere Informationen siehe:

* [Taxation of cross-border interest and royalty payments in the EU](http://ec.europa.eu/taxation_customs/business/company-tax/taxation-crossborder-interest-royalty-payments-eu-union_en) (*European Commission*).

**SCHLÜSSELBEGRIFFE**

**Interest payment:** income from debt-claims of every kind, whether or not they are secured by mortgage and whether or not carrying a right to participate in the debtor’s profits. Examples include income from bonds or debentures (long-term bonds which yield a fixed rate of interest, issued by a company and secured against assets), and premiums and prizes relating to those bonds or debentures. Penalty charges for late payment are not regarded as interest.

**Royalty payment:** payments of any kind received for the use of or the right to use any copyright of literary, artistic or scientific work, including:

* cinematograph films and software,
* any patent,
* trade mark,
* design or model,
* plan,
* secret formula or process or for information concerning industrial, commercial or scientific experience.

Payments for the use of, or the right to use, industrial, commercial or scientific equipment are regarded as royalties.

**Associated companies:** 2 companies are regarded as associated companies:

* when one has a direct minimum holding of 25% in the capital of the other, or
* when a third company has a direct minimum holding of 25% in the capital of both companies.

**Beneficial owner:** the company that receives those payments for its own benefit and not as an intermediary, such as an agent, trustee or authorised signatory, for some other person.

In case of a permanent establishment, when the payment is effectively connected with that permanent establishment.

**Company of another EU country:** this company must meet the 3 following criteria:

* it was formed in accordance with the law of an EU country (i.e. it has its registered office, central administration or principal place of business within the EU and its activities present an effective and continuous link with the economy of that country);
* it is resident in that EU country;
* it is subject to corporation tax.

**Permanent establishment:** a fixed place of business situated in a Member State through which the business of a company of another Member State is wholly or partly carried on.

**WAS IST DAS ZIEL DER REGELUNG?**

* Part of a package of legislation on air traffic management to establish the Single European Sky under Regulation (EC) No [549/2004](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=celex:32004R0549) (see [summary](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:l24020)), the regulation seeks to optimise the use of European airspace, thus reducing delays and promoting the growth of air transport.
* The regulation was amended by Regulation (EC) No [1070/2009](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:32009R1070) in view of the plan to extend the competences of the [European Union Aviation Safety Agency](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:4359400) to include air traffic management safety. This amendment permits the [European Commission](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/european_commission.html) to update measures due to technical or operational developments, as well as to lay down the basic criteria and procedures for the exercise of certain network management functions.

**SCHLÜSSELPUNKTE**

**Creation of the Single European Sky**

This seeks to:

* provide tools to manage fluctuations in air traffic capacity;
* improve safety: ensure the same levels of safety are observed in air traffic control systems and procedures in all EU countries;
* reduce the fragmentation of air traffic service provision: varying national approaches to air traffic management and its organisation lead to inconsistencies and shortcomings, with an adverse effect on the internal air transport market;
* improve the integration of military systems into the organisation of air traffic control;
* facilitate the introduction of new technology.

**Network management and design**

To support initiatives both on a national level and on the level of functional airspace blocks, air traffic management network functions will allow optimal use of airspace and ensure that airspace users can operate preferred trajectories, while permitting maximum access to airspace and air navigation services.

**Flexible use of airspace**

Coordination will be increased between the civilian and military authorities, in particular for the allocation and efficient use of airspace for military purposes, including the criteria and principles which should govern allocation and use, and in particular access for civilian flights.

**AB WANN GILT DIE REGELUNG?**

It has applied since 20 April 2004.

**WHAT ARE THE AIMS OF THE AGREEMENTS AND OF THE DECISIONS?**

The agreements aim to promote:

* **regular political and security dialogue** to foster mutual understanding, cooperation and common initiatives;
* **economic, trade and financial cooperation**, including:
  + the progressive liberalisation of trade in goods;
  + the facilitation of trade in services and the movement of capital to achieve liberalisation as soon as conditions are met;
  + the sustainable development of the Mediterranean region; and
  + regional integration;
* **social, cultural and educational cooperation**, notably through intercultural dialogue, migration control, skills development, promotion of labour law or gender equality.

The decisions conclude the agreements on behalf of the EU.

**SCHLÜSSELPUNKTE**

**Euro-Mediterranean partnership**

* The agreement between the EU and the southern Mediterranean countries are based on the Euro-Mediterranean Partnership.
* This political, economic and social partnership is based on the principles of reciprocity, solidarity and co-development.

The Partnership was replaced in 2008 by the [Union for the Mediterranean (UfM)](http://eeas.europa.eu/diplomatic-network/union-mediterranean-ufm/329/union-for-the-mediterranean-ufm_en).

* UfM’s mission is to enhance regional cooperation, dialogue and the implementation of projects and initiatives with tangible impact on citizens, with an emphasis on young people and women, to address the 3 strategic **objectives** of the region:
  + stability;
  + human development; and
  + integration.
* in the area of trade, the UfM promotes:
  + enhanced trade relations among its members;
  + reduced barriers to trade;
  + regional integration initiatives; and
  + greater business cooperation.
* The EU has association agreements with all of the partners with the exception of **Libya**.
* An agreement with [Syria](http://eeas.europa.eu/headquarters/headquarters-homepage_en/6769/EU-Syria%20relations,%20factsheet) has been drafted but not signed.

**Umfang**

Each agreement is adapted to the specificities of the non-EU country concerned. However, they all share in principle the same basic structure covering:

* political dialogue;
* free movement of goods;
* establishment of services;
* payments, capital, [competition](http://eur-lex.europa.eu/summary/glossary/competition.html) and other economic measures;
* economic cooperation;
* cooperation in social and cultural matters;
* cooperation on environmental protection;
* financial cooperation;
* institutional and general rules.

**Objectives**

The bilateral agreements all share a number of goals in particular:

* encouraging intra-regional cooperation of the Mediterranean countries, as a factor of peace, stability, economic and social development;
* establishing a free trade area.

**Establishing a free trade area**

* The agreements set out the basis for establishing a free trade area in the Mediterranean in compliance with [World Trade Organisation](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:r11010) rules.
* A free trade area must be established after a transitional period of 12 years following the entry into force of the agreements.
* Free movement of goods between the EU and the Mediterranean countries must result from:
  + gradual elimination of **customs duties**;
  + the prohibition of **quantitative restrictions** on exports and imports (with exceptions in certain cases), as well as all measures having equivalent or discriminatory effect between the parties.
* The parties reaffirm their commitments under the [General Agreement on Trade in Services (GATS)](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=LEGISSUM:r11012).
* The non-EU country partners must achieve full liberalisation of the **capital sector** as soon as sufficient conditions are in place.
* A dispute settlement mechanism needs to be gradually put in place.

**Institutional arrangements**

The agreements set up an institutional structure including:

* an **Association Council**, organised at ministerial level, which takes decisions and makes recommendations so that fixed objectives can be attained,
* an **Association Committee** which manages the agreement and settles differences regarding its application and interpretation.

**DATE OF ENTRY INTO FORCE**

Association agreements came into force on the following dates:

* 1 July 1997 — Interim agreement with Palestine[\*](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=legissum%3Ar14104#keyterm_E0001)
* 1 March 2000 — Morocco
* 1 June 2000 — Israel
* 1 May 2002 — Jordan
* 1 June 2004 — Egypt
* 1 September 2005 — Algeria
* 1 April 2006 — Lebanon
* 1 March 1998 — Tunisia.

**HINTERGRUND**

* [Euro-Mediterranean Partnership](http://ec.europa.eu/trade/policy/countries-and-regions/regions/euro-mediterranean-partnership/) (*European Commission*).

**MAIN DOCUMENTS**

Council Decision [2006/356/EC](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:32006D0356) of 14 February 2006 concerning the conclusion of the Euro-Mediterranean Agreement establishing an association between the European Community and its Member States of the one part, and the Republic of Lebanon, of the other part (OJ L 143, 30.5.2006, p. 1)

[Euro-Mediterranean Agreement establishing an Association between the European Community and its Member States, of the one part, and the Republic of Lebanon, of the other part](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:22006A0530%2801%29) — Protocol 1 concerning arrangements applicable to imports into the Community of agricultural products originating in Lebanon referred to in Article 14(1) — Protocol 2 concerning arrangements applicable to imports into Lebanon of agricultural products originating in the Community referred to in Article 14(2) — Protocol 3 on trade between Lebanon and the Community in processed agricultural products referred to in Article 14(3) — Protocol 4 concerning the definition of the concept originating products and methods of administrative cooperation — Protocol 5 on mutual administrative assistance in customs matters (OJ L 143, 30.5.2006, pp. 2-188)

Successive amendments to the agreement have been incorporated into the original text. This [consolidated version](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:02006A0530%2801%29-20150209) is of documentary value only.

Council Decision [2005/690/EC](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:32005D0690) of 18 July 2005 on the conclusion of the Euro-Mediterranean Agreement establishing an Association between the European Community and its Member States, of the one part, and the People’s Democratic Republic of Algeria, of the other part (OJ L 265, 10.10.2005, p. 1)

[Euro-Mediterranean Agreement establishing an Association between the European Community and its Member States, of the one part, and the People's Democratic Republic of Algeria, of the other part](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:22005A1010%2801%29) — Annexes — Protocols — Final Act — Declarations (OJ L 265, 10.10.2005, pp. 2-228)

See [consolidated version](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:02005A1010%2801%29-20170201).

Council Decision [2004/635/EC](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:32004D0635) of 21 April 2004 concerning the conclusion of a Euro-Mediterranean Agreement establishing an Association between the European Communities and their Member States, of the one part, and the Arab Republic of Egypt, of the other part (OJ L 304, 30.9.2004, p. 38)

[Euro-Mediterranean Agreement establishing an Association between the European Communities and their Member States, of the one part, and the Arab Republic of Egypt, of the other part](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:22004A0930%2803%29) — Protocols — Final Act — Declarations Agreement in the form of an Exchange of Letters between the Community and Egypt concerning imports into the Community of fresh cut flowers and flowers and flower buds falling within subheading 0603 10 of the Common Customs Tariff (OJ L 304, 30.9.2004, pp. 39-208)

See [consolidated version](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:02004A0930%2803%29-20160201).

Council and Commission Decision [2002/357/EC,ECSC](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:32002D0357) of 26 March 2002 on the conclusion of the Euro-Mediterranean Agreement establishing an Association between the European Communities and their Member States, of the one part, and the Hashemite Kingdom of Jordan, of the other part (OJ L 129, 15.5.2002, pp. 1-2)

[Euro-Mediterranean Agreement establishing an Association between the European Communities and their Member States, of the one part, and the Hashemite Kingdom of Jordan, of the other part](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:22002A0515%2802%29) — Protocol 1 concerning the arrangements applicable to the importation into the Community of agricultural products originating in Jordan — Protocol 2 concerning the arrangements applicable to the importation into Jordan of agricultural products originating in the Community — Protocol 3 concerning the definition of the concept of ‘originating products’ and methods of administrative cooperation — Protocol 4 on mutual assistance between administrative authorities in customs matters — Joint Declarations — Final Act (OJ L 129, 15.5.2002, pp. 3-176)

See [consolidated version](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:02002A0515%2802%29-20181204).

Decision of the Council and the Commission [2000/384/EC, ECSC](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:32000D0384) of 19 April 2000 on the conclusion of a Euro-Mediterranean Agreement establishing an association between the European Communities and their Member States, of the one part and the State of Israel, of the other part (OJ L 147, 21.6.2000, pp. 1-2)

[Euro-Mediterranean Agreement establishing an association between the European Communities and their Member States, of the one part, and the State of Israel, of the other part](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:22000A0621%2801%29) — Protocol 1 concerning the arrangements applicable to the importation into the Community of agricultural products originating in Israel — Protocol 2 concerning the arrangements applicable to the importation into Israel of agricultural products originating in the Community — Protocol 3 concerning plant protection matters — Protocol 4 concerning the definition of ‘originating products’ and methods of administrative cooperation — Protocol 5 on mutual assistance between administrative authorities in customs matters — Joint Declarations — Agreement in the form of an Exchange of Letters concerning outstanding bilateral issues — Agreement in the form of an Exchange of letters relating to Protocol 1 and concerning imports into the Community of fresh cut flowers and flower buds falling within subheading 0603 10 of the Common Customs Tariff — Agreement in the form of an Exchange of Letters regarding the implementation of the Uruguay Round Agreements — Declarations by the European Community — Declaration by Israel (OJ L 147, 21.6.2000, pp. 3-172)

See [consolidated version](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:02000A0621%2801%29-20130701).

Council and Commission Decision [2000/204/EC, ECSC](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:32000D0204) of January 26 2000 on the conclusion of the Euro-Mediterranean Agreement establishing an association between the European Communities and their Member States, of the one part, and the Kingdom of Morocco, of the other part (OJ L 70, 18.3.2000, p. 1)

[Euro-Mediterranean Agreement establishing an association between the European Communities and their Member States, of the one part, and the Kingdom of Morocco, of the other part](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:22000A0318%2801%29) — Protocol 1 on the arrangements applying to imports into the Community of agricultural products originating in Morocco — Protocol 2 on the arrangements applying to imports into the Community of fishery products originating in Morocco — Protocol 3 on the arrangements applying to imports into Morocco of agricultural products originating in the Community — Protocol 4 concerning the definition of originating products and methods of administrative cooperation — Protocol 5 on mutual assistance in customs matters between the administrative authorities — Final Act — Joint Declarations — Agreements in the form of an Exchange of Letters — Declaration by the Community — Declarations by Morocco (OJ L 70, 18.3.2000, pp. 2-204)

See [consolidated version](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:02000A0318%2801%29-20190719).

Decision of the Council and the Commission [98/238/EC, ECSC](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:31998D0238) of 26 January 1998 on the conclusion of a Euro-Mediterranean Agreement establishing an association between the European Communities and their Member States, of the one part, and the Republic of Tunisia, of the other part (OJ L 97, 30.3.1998, p. 1)

[Euro-Mediterranean Agreement establishing an association between the European Communities and their Member States, of the one part, and the Republic of Tunisia, of the other part](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:21998A0330%2801%29) — Protocol No 1 on the arrangements applying to imports into the Community of agricultural products originating in Tunisia — Protocol No 2 on the arrangement applying to imports into the Community of fishery products originating in Tunisia — Protocol No 3 on the arrangements applying to imports into Tunisia of agricultural products originating in the Community — Protocol No 4 concerning the definition of originating products and methods of administrative cooperation — Protocol No 5 on mutual assistance in customs matters between the administrative authorities — Joint Declarations — Declarations (OJ L 97, 30.3.1998, pp. 2-183)

See [consolidated version](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:01998A0330%2801%29-20130101).

Council Decision [97/430/EC](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:31997D0430) of 2 June 1997 concerning the conclusion of the Euro-Mediterranean Interim Association Agreement on trade and cooperation between the European Community, of the one part, and the Palestine Liberation Organization (PLO) for the benefit of the Palestinian Authority of the West Bank and the Gaza Strip (OJ L 187, 16.7.1997, pp. 1-2)

[Euro-Mediterranean Interim Association Agreement on trade and cooperation between the European Community, of the one part, and the Palestine Liberation Organization (PLO) for the benefit of the Palestinian Authority of the West Bank and the Gaza Strip, of the other part](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:21997A0716%2801%29) — Protocol 1 on the arrangements applying to imports into the Community of agricultural products originating in the West Bank and the Gaza Strip — Protocol 2 on the arrangements applying to imports into the West Bank and the Gaza Strip of agricultural products originating in the Community — Protocol 3 concerning the definition of the concept of ‘originating products’ and methods of administrative cooperation — Final Act — Joint Declarations — Declaration by the European Community (OJ L 187, 16.7.1997, pp. 3-135)

See [consolidated version](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/AUTO/?uri=celex:01997A0716%2801%29-20160301).

\* This designation should not be construed as a recognition of a State of Palestine and is without prejudice to the individual positions of Member States on this issue.